

PROTOKOLL

über die 14. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 15. April 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, SR Dr. Franz Starzengruber, Ing. TOAR Wolfgang Wein, Dkfm. Ing. Franz Zeilinger, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

GR Ing. David Forstenlechner

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

Stw-23/97 Kunsteisbahn Steyr; Erneuerung der Eis- aufbereitung; Auftragsenerweiterung.

5. VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEINMAYR:

- 1) GHJ1-3/99 Zentrale Kopierstelle; Abschluß eines Leasingvertrages mit der Fa. OCE zur Anschaffung neuer Kopiergeräte.
- 2) AgrarErl.-126/94 Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Bestellung eines Ersatzmitgliedes.
- 3) Präs-108/99 Antrag der LIF- und F-Gemeinderatsfraktion gem. § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend Grundsatzbeschluß zur Errichtung eines gemeinderätlichen Wirtschaftsgremiums.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

4) SH-510/99 Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 1999.

5) Fin-239/97 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subventionsansuchen für 1999.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

6) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad Steyr; 2. Bauetappe;

1. Teil; Auftragserhöhungen.

7) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe der Arbeiten.

8) Stw-14/99 „Kanalisation Steyrdorf - 4. Teil; baubedingte Erneuerung Trinkwasserleitung Bründlplatz und Aichetgasse; Neuverlegung Erdgasversorgungsleitung Aichetgasse; Tiefbauleistungen; Auftragsvergabe.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum, Bauabschnitt IV; Gas- und Wasserwerk

I. Allgemeines

II. Ausschreibung Elektroinstallationen

III. Auftragsvergaben und Mittelfreigaben

10) K-1/99 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1999 - 1. Teil; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

11) BauH-203/96 Kirchliche Ensembles in Steyr;

BauH-261/97 Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle; Brunnenstube, Gesamtsanierung

Pfarre Gleink Steinfiguren

Stadtpfarrkirche Sonnenblumenepitaph

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

12) Pers-434/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission;

Pers-1020/85 Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1998.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie sehr herzlich. Ich begrüße auch die Damen und Herren, die aus der Bürgerschaft da sind und die Vertreter der Presse. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung sind Herr GR Kurt Apfelthaler und GR Martin Fiala vorgesehen. Nehmen die beiden Herren die Funktion an? Jawohl. Ich bitte das dem Protokoll hinzuzufügen. Entschuldigt hat sich bei mir Herr GR Ing. David Forstenlechner. Weitere Entschuldigungen sind nicht eingelangt.

Zu Punkt 2) „Beantwortung von allfälligen Anfragen“ darf ich folgendes mitteilen:

Herr Gemeinderat Klaus Hoflehner richtete mit Schreiben vom 25. 2. 1999 folgende Anfrage an mich. Sie lautet:

„Im Sommer 1997, rechtzeitig vor den Gemeinderatswahlen, wurde von der SPÖ der Wirtschaftspark Steyr-Nord präsentiert.

Seit dieser Präsentation sind nunmehr bald zwei Jahre vergangen und es ist seitdem sehr ruhig um dieses Projekt geworden.

Schon einmal erlitt die Stadt Steyr mit dem Wirtschaftspark Hinterberg einen totalen Schiffbruch, wo sich über Jahre hinaus kein einziger Betrieb angesiedelt hat und der sich schlußendlich als Subvention für die damalige Z-Leasing Bank herausgestellt hat.

Daher ergehen folgende Fragen an sie:

1. Was ist seit Sommer 1997 zum Thema Wirtschaftspark Steyr-Nord geschehen?
2. Was ist in nächster Zeit diesbezüglich geplant?
3. In welchem Zeitraum ist mit der ersten Ansiedlung von Betrieben zu rechnen?
4. An welche Struktur ist beim Wirtschaftspark Steyr gedacht:
 - Werden die Gebäude/Grundstücke vermietet, verpachtet oder verkauft?
 - Welche Branchen sollen angesiedelt werden?
 - Mit welchen Fördermöglichkeiten gedenkt man die Betriebe dort anzusiedeln?
5. Welche Rolle spielt das FAZAT bei diesem Projekt?

Ich ersuche sie, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung am 15. 4. 1999 zu beantworten.“

Hiezu kann ich folgendes berichten Herr Kollege Hoflehner:

Es ist nicht ruhig um dieses Projekt geworden. Ganz im Gegenteil. Mich wundert nur, daß sie so wenig informiert sind, nachdem wir uns ja mit dieser Materie intensivst beschäftigt haben. Ich darf auch daran erinnern, daß wir einen Auftrag gegeben haben, hier dieses Projekt auszuarbeiten,

vorzubereiten und dieser Auftrag ist an FAZAT ergangen und unter Einschaltung der Wirtschaftspark-Entwicklungsgesellschaft des Bundes und der TMG des Landes ist dort intensivst gearbeitet worden und immer wieder im Vorstand des FAZAT's berichtet worden und alle Fraktionen sitzen natürlich in diesem Vorstand. Für ihre Fraktion ist es der Mag. Pressmayr, wenn ich mich richtig entsinne. Der war bei den Sitzungen auch immer anwesend. Wenn da Kommunikationsprobleme aufgetreten sind, dann bitte ich diese intern zu bereinigen aber nicht den Eindruck zu erwecken, wir verschlafen hier die Frage Wirtschaftspark. Eines der wichtigsten Themen die im Wirtschaftsbereich von der Stadt bearbeitet werden. Konkret kann ich also hier nur unterstreichen, was ich schon bisher gesagt habe, die Aufgabenstellung hat sich hier besonders auf die Schwerpunkte inhaltliche Positionierung des Projektes, die Erarbeitung einer ersten Kostenabschätzung, die Entwicklung eines Organisations- und Finanzierungsmodells bezogen. Das sind auch, neben den von mir angeführten und außer jeder Frage stehenden, von ihrer Kompetenz her, Einrichtungen wie Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Bundes und TMG Oberösterreich auch noch mit zusätzlichen Experten, die eingebunden wurden, sind diese Arbeiten vorangeschritten.

Zur Frage - „Was ist in nächster Zeit geplant?“ - kann ich ihnen sagen, daß das Detailkonzept in den kommenden Wochen abgeschlossen sein wird, daß Anfang Juni eine Präsentation der Ergebnisse in den Gremien der Stadt geplant ist.

Die Ansiedlung, wann die geplant ist, laut dem Terminplan der Detailkonzeption, voraussichtlich ab Herbst 2000. Ich möchte also auch noch erinnern, daß im Vorfeld die Widmungsfrage geklärt sein muß. Wir haben natürlich im Flächenwidmungsplan der Stadt diese Fläche ausgewiesen. Wir haben sogar eine beträchtliche Erweiterung hier in Vorbereitung. Wir müssen allerdings von der Raumplanungsbehörde des Landes dazu das Plazet bekommen.

An welche Struktur ist beim Wirtschaftspark Steyr gedacht?

Werden die Gebäude/Grundstücke vermietet, verpachtet oder verkauft? Welche Branchen sollen angesiedelt werden? Welche Fördermöglichkeiten gedenkt man anzuwenden?

Ich muß dazu berichten, daß das Projekt sich in einen Gewerbepark, einen Wirtschafts- und Dienstleistungspark und in ein Gründer- und Technologiezentrum unterteilt. In den Parkzonen ist der Verkauf der Grundstücke vorgesehen. Die Errichtung der Objekte obliegt den jeweiligen Investoren. Die Flächen des Gründer- und Technologiezentrums werden vermietet. Die Branchenschwerpunkte des WDP liegen in den Bereichen der Fahrzeugkomponenten und -technologien, des Sondermaschinenbaus und der Automatisierungstechnik, der Umwelttechnik und -komponenten sowie der Medizin- und Gerätetechnik. Im GTZ sollen v.a. produktionsnahe Dienstleister, im GP höherwertige Gewerbebetriebe mit Dienstleistungsfunktionen angesiedelt werden.

Die Förderung besteht v. a. in der Entwicklung, der Zurverfügungstellung und der aktiven Vermarktung hochwertiger Grundstücksangebote, das wir dort haben, aber auch in der Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur. Zusätzliche Förderungen sind zur Zeit nicht vorgesehen. Mit diesen Materien werden wir uns ja noch ausreichend beschäftigen müssen.

Die Rolle des FAZAT ist auch noch nachgefragt. Da darf ich sagen, zum einen ist das FAZAT für die Erstellung der Detailkonzeption beauftragt worden. Hier war es eingeplant, daß die Entwicklung dort stattfindet. Die Kompetenzen der FAZAT Steyr GmbH, das ist also der Wirtschaftsarm dieses Vereins, soll über einen Managementvertrag in die weitere Projektentwicklung und -umsetzung eingebunden werden.

So sehen also die Dinge aus. Da ist sehr konkrete Arbeit geleistet worden und wir werden hier auch noch Nutznießer, in absehbarer Zeit, dieser Entwicklungen sein können.

Zur nächsten Frage:

Frau Gemeinderätin Elfriede Reznar richtete mit Schreiben vom 26. 3. 1999 folgende Anfrage an Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach. Es waren mehrere Anfragen, glaube ich. Ich ersuche nun die Kollegin Mach, diese Anfrage zu verlesen und auch zu beantworten:

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, sehr geehrte Gäste. Die Anfrage von der GR Reznar lautet:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Die in der Sitzung des Sozialausschusses vom 16. 12. 1998 gemeinsam erarbeitete Tarifvariante für die Neugestaltung der Kindergartentarife sollte bis zum 20. 1. 1999 in den Fraktionen behandelt werden.

Da die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion gerade dieses Thema sehr ernst nimmt, haben wir Herrn Dr. Starzengruber gebeten, diese Variante in unserer Fraktionssitzung noch einmal vorzustellen, was dieser in seiner Freizeit sachlich und anschaulich tat. Die gesamte Fraktion stand und steht hinter dieser Variante, die uns gerecht und durchführbar erscheint.

Anlässlich dieser Sitzung haben wir auch Herrn Dr. Starzengruber gefragt, ob aufgrund dieses Gespräches noch eine schriftliche Stellungnahme erfolgen soll, was er verneinte, da er nun unsere Stellungnahme als gegeben nehmen kann.

Ihren Äußerungen und den Presseberichten ist zu entnehmen, daß die einzelnen Fraktionen bis zum vorgesehenen Zeitpunkt keine Stellungnahme, bis auf eine Fraktion, zu diesem Thema abgegeben hätten.

Ich stelle daher an sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, gemäß § 10 des Stadtstatutes folgende Anfrage:

1. Weshalb wird von ihnen bestritten, daß die Freiheitlichen eine Stellungnahme abgegeben haben oder ist es in ihrem Geschäftsbereich nicht üblich, mit dem Geschäftsbereichsleiter aktuelle Situationen zu besprechen?
2. Warum wurde nicht unmittelbar nach dem 20. 1. 1999 wieder eine Sitzung zu diesem Thema einberufen, in der die Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen vorgelegt werden sollten?

Zu Frage 1: Weshalb wird von ihnen bestritten, daß die Freiheitlichen eine Stellungnahme abgegeben haben, oder ist es in Ihrem Geschäftsbereich nicht üblich, mit dem Geschäftsbereichsleiter aktuelle Situationen zu besprechen?

Ich habe nie bestritten, daß einige Freiheitliche Gemeinderäte eine Stellungnahme zu den Kindergartentarifen abgegeben haben. Ich habe nur festgestellt, daß die Freiheitliche GR-Fraktion keine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat, wie es eigentlich vereinbart war.

Was die mündliche Zustimmung zur letzten Variante der Kindergartentarife betrifft, die Freiheitliche Gemeinderäte gegenüber dem Leiter des Geschäftsbereiches V, Herrn Dr. Starzengruber, geäußert haben, kann ich feststellen, daß mir dies von Dr. Starzengruber natürlich mitgeteilt wurde. Im Gegensatz zur Aussage von Dr. Starzengruber, daß die mündliche Zusage genüge, habe ich jedoch bewußt weiterhin auf eine schriftliche Stellungnahme der F-Fraktion bestanden, weil gerade die Freiheitliche Fraktion leider dafür bekannt ist, daß mündliche Ankündigungen und Taten manchmal

völlig unterschiedlich sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine böse Unterstellung, Frau Vizebürgermeisterin. Haben sie Beweise dafür, dann legen sie die vor.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mache ich gleich. Ein aktuelles Beispiel für diese Behauptung liefert die F-Fraktion in ihrer jüngsten Parteipostille „Steyr Aktiv“, wo sie auf Seite 3 die saftige Erhöhung der Kindergartentarife um bis zu 40 % kritisiert, die sie aber - wie jetzt auch in dieser Anfrage reklamiert wird - bereits in der Fraktionssitzung vom 13.01.1999 gutgeheißen und letztendlich im Gemeinderat selbst eingebracht und beschlossen hat. Das ist der Beweis dafür.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Beweis war das, daß hier ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zwischenrufe sind erlaubt, aber Zwischenreden nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn Dichtung und Wahrheit so knapp beieinander liegen, dann ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich stelle das nur fest. Moment. Also, Zwischenruf ja, aber KO-Referate nein. Weiter Frau Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Frage 2: Warum wurde nicht unmittelbar nach dem 20.01.1999 wieder eine Sitzung zu diesem Thema einberufen, in der die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen vorgelegt werden sollten?

Wie sicherlich noch in Erinnerung ist, wurde bei der Sozialausschuß-Sitzung vom 16.12.1998 festgehalten, daß nach der Stellungnahme der Fraktionen zur letzten Varianten der Kindergartentarife keine weitere Sitzung mehr stattfinden wird, das habe ich allgemein bekannt gegeben und das steht

auch im Protokoll, weil bereits 8 Varianten für die Kindergartentarife erarbeitet wurden. Um eine 5. Sondersitzung für die Tarifordnung zu vermeiden, war vereinbart worden, daß jede Fraktion eine Stellungnahme in schriftlicher Form abgibt.

-

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist mit der schriftlichen SPÖ-Stellungnahme?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die ist vorhanden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja wo? Die hat niemand gesehen. Wer im Raum hat einen SPÖ-Stellungnahme gesehen? Wer?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja lächerlich Herr Kollege. Die Kollegin Mach hat für die SPÖ-Fraktion als amtsführende Vizebürgermeisterin in ihrem eigenen Ressort verhandelt und hat die Vorschläge unterbreitet. Wir werden ja nicht noch einmal eine Parallelstellungnahme abgeben. Das ist ja doch lächerlich. Wieso sollen wir eine Stellungnahme zu unserem eigenen Vorschlag abgeben? Das war doch der Amtsvorschlag Nr. 8) bitte. Das verstehe ich wirklich nicht. Ich meine, ihr habt es euch im letzten Moment überlegt, daß ihr dem Amtsvorschlag zustimmt. Tage vorher. Wir haben dem dann auch zugestimmt. Daher haben, wenn ich es richtig im Kopf habe, 32 von 36 Gemeinderäten dem Antrag zugestimmt und die Kindergartentarife sind somit beschlossen und in Kraft. Das hat höchstens einen Aufklärungscharakter hinterher, was wir jetzt diskutieren. Die sind in Kraft. Eindeutig. Das haben wir beschlossen, 32:4 oder nicht?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, zu 3.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Protokolle lesen. Die nächste Anfrage bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das dürfen sie, selbstverständlich.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich hätte gerne gewußt, welche Fraktionen eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frage kann ich beantworten. Die erste schriftliche Stellungnahme habe ich von der ÖVP erhalten. Die war zeitgemäß abgegeben. Von euch habe ich gar keine erhalten. Ich habe mich natürlich mit Herrn Dr. Starzengruber unterhalten. Es ist auch nicht so, daß wir, wir haben jede Woche ein Gespräch mitsammen, nicht reden, wie sie festgestellt haben. Ich habe auch von der LIF dann eine Stellungnahme bekommen. Die LIF hat das an Herrn Dr. Starzengruber am 20. gesendet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zeitgerecht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Lassen sie mich bitte ausreden. Sie haben es am 20. Herrn Dr. Starzengruber gesendet. Ich habe es aber am 20. nicht erhalten, weil da war ich nicht mehr da, wie ich es bekommen hätte. Sie haben es zeitgerecht am letzten Tag abgegeben. Die Sitzung war am 16. und darum habe ich es auch verspätet bekommen. Wie ich die Aussage in der Zeitung gemacht habe, habe ich gesagt, ich habe eine schriftliche Stellungnahme direkt erhalten und die war von der GR Pramendorfer. Das entspricht bitte der Wahrheit. Auch von den Grünen ist eine Stellungnahme abgegeben worden. Ich kann das Datum bitte jetzt nicht sagen. Ich persönlich habe eine Stellungnahme von der GR Pramendorfer bekommen, auch nicht im Namen von der ÖVP-Fraktion, aber die Frau GR Pramendorfer hat es für die ÖVP-Fraktion geschrieben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Entschuldigung wenn ich da jetzt Frage. War es jetzt ein Fehler, das an Herrn Dr. Starzengruber zu schicken?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe es dann auch von den Grünen bekommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Einen kurzen Zwischenruf gestatten sie mir noch bitte. Frau Vizebürgermeisterin, sie haben aber in diesem Interview, einen Monat später, noch behauptet, es wäre nur eine Stellungnahme eingegangen von der ÖVP. Wir behaupten, daß es auch einen Monat gedauert hat, daß von Dr. Starzengruber aus dem Amt an sie diese Stellungnahme ergangen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist aber jetzt schon wieder eine kleine Rede, Frau Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Kollegin Frech, die Anfrage war nicht von ihnen gestellt sondern von der Kollegin Reznar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber vielleicht können wir uns darauf verständigen. Fest steht, daß ein ¾ Jahr für die Kindergartentarife verhandelt wurde, daß man sich nicht rasch und leicht auf einen Vorschlag einigen konnte, daß immerhin der 8., erst der 8. abgeänderte Vorschlag, zur Debatte gestanden hat, in der fraglichen Zeit, und, daß hier in der letzten Sitzung, in der dieser 8. Antrag zur Debatte gestanden hat, auch keine Einigung herbeigeführt werden konnte und die Kollegin Mach als Vorsitzende des Ausschusses vereinbart hat, mit Zustimmung aller Fraktionen, daß bis zu einem Stichtag X hier die schriftlichen Stellungnahmen eingehen. Wenn die zustimmend sind, und um die geht es nämlich in Wirklichkeit, um zustimmende zum letzten Vorschlag, den 8., zustimmende Stellungnahmen da sind und hier das im breiten Konsens beschlossen werden kann, dann hätten wir das zum Beschluß erhoben. In Wahrheit ist nur eine schriftliche zustimmende Stellungnahme an die Kollegin Mach gekommen und zwar von der Kollegin Pramendorfer seitens der ÖVP-Fraktion. Die FPÖ-Fraktion, haben wir auch erfahren, hat das in einem Fraktionsgespräch dem Herrn Dr. Starzengruber, dem GB-Leiter, mitgeteilt. Eine schriftliche Stellungnahme an die Kollegin Mach, als Referentin, ist nicht ergangen. Die Stellungnahmen der Liberalen und der Grünen waren nicht zustimmend. Aus dieser Situation heraus haben wir, in unserer fraktionellen Beratung, und wir sind halt die Mehrheitsfraktion, entschieden, wenn kein Konsens gefunden werden kann, dann werden wir in diesem Jahr keine Veränderung, daher auch keine Erhöhung, der Kindergartentarife vornehmen. Überraschend hat es dann eine Übereinstimmung gegeben, das ist uns in der Stadtsenatssitzung vor der Gemeinderatssitzung kundgetan worden, daß es einen Initiativantrag geben wird, FPÖ und ÖVP, und zwar auf Basis des Amtsvorschlages, dieses 8) Vorschlages. Dem haben wir uns dann angeschlossen. Schlußendlich hat der GR mit sehr ausgeprägter, großer Mehrheit, mit 32:4 Stimmen ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Drei waren es!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... oder mit einer Stimmenthaltung, diese, jetzt in Kraft befindlichen Kindergartentarife, beschlossen. Damit ist das, glaube ich, lückenlos dokumentiert, wie das gegangen ist. Wir haben sowieso vollendete Situation und rechtskräftige Beschlüsse. Die Eltern werden informiert, was die neuen Kindergartentarife sind. Die Linie ist sozial. Es werden mehr den Nulltarif beanspruchen können, es werden eine Reihe weniger als bisher bezahlen, es werden allerdings andere den Ausgleich herbeiführen, sodaß sich das in Wirklichkeit im Budget der Stadt wertneutral auswirken wird. Das haben wir nach langer Beratung zustande gebracht und mit großer Mehrheit im GR beschlossen. Das ist die Situation. Jetzt bitte ich die nächsten Fragen zu beantworten.

GR Monika Freimund verläßt um 14.50 Uhr krankheitshalber die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die nächste Frage kommt von der LIF-Gemeinderatsfraktion. Sie lautet:

Anfrage gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr sowie § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

In der Gemeinderatssitzung vom 21. 1. d. J. gab es eine Anfrage der liberalen GR-Fraktion an sie bezüglich der laut neuem Sozialhilfegesetz vorgeschriebenen Sozialberatungsstelle. Konkret bezog sich diese Anfrage auf den Sachverhalt, daß das Land Oberösterreich die Sozialhilfeverbände und Städte mit eigenem Statut aufgefordert hatte, mitzuteilen, welche Einrichtung die jeweiligen Sozialhilfeträger als Sozialberatungsstelle definieren. Da es in Steyr - u. a. im Hinblick auf diese neue Gesetzeslage - einen Grundsatzbeschuß für einen Gesundheits- und Sozialservice gibt, welcher als privater Verein geführt wird und bereits im letzten Jahr seine Beratungstätigkeit aufgenommen hat, kann davon ausgegangen werden, daß dieser Gesundheits- und Sozialservice ident mit der vom Land Oberösterreich geforderten Sozialberatungsstelle ist.

Die liberale GR-Fraktion wollte in der Gemeinderatssitzung vom 21. 1. 1999 von ihnen wissen, ob sie dem Land Oberösterreich bereits offiziell mitgeteilt haben, daß der bestehende Gesundheits- und Sozialservice seitens der Stadt Steyr als Sozialberatungsstelle laut SHG vorgesehen ist. Sie teilten mir in Beantwortung dieser Anfrage mit, daß es bis zu diesem Zeitpunkt keine Aufforderung des Landes OÖ. gegeben hätte, eine Sozialberatungsstelle zu melden und aus diesem Grund sich die weitere Beantwortung meiner Anfrage erübrigen würde.

In der Zwischenzeit mußte ich allerdings zu meinem Erstaunen erfahren, daß sie sehr wohl eine offizielle Mitteilung an das Land schickten, in der es um genau diese Sozialberatungsstelle geht. In diesem Zusammenhang ergehen daher folgende Fragen an sie:

1. Wann erhielten sie die Aufforderung des Landes Oberösterreich zur Meldung der von der Stadt Steyr vorgesehenen Sozialberatungsstelle?
2. Wann erfolgte die Meldung der Sozialberatungsstelle seitens der Stadt Steyr an das Land Oberösterreich?
3. Welche Einrichtung haben sie als Sozialberatungsstelle laut SHG dem Land OÖ. genannt?
4. Sollte es sich bei der dem Land OÖ. gemeldeten Einrichtung nicht um den Gesundheits- und Sozialservice Steyr handeln, so möchte ich wissen, warum einer anderen Einrichtung der Vorzug gegeben wurde. Dies vor allem vor dem Hintergrund, als eines ihrer persönlichen Hauptargumente in

der Gemeinderatssitzung vom 3. 7. 1997 für den Grundsatzbeschluß eines Gesundheits- und Sozialservices jenes war, daß nach dem neuen SHG eine solche Beratungsstelle vorgesehen sei und diese Einrichtung auch vom Land Oberösterreich anerkannt werde.

5. Sollte es sich bei der dem Land OÖ gemeldeten Sozialberatungsstelle um die sogenannte Seniorenberatungsstelle des Magistrates Steyr handeln, die im 2. Stock eines Altbaus ohne Lift untergebracht ist, so möchte ich wissen, welche Gründe sie zu diesem Schritt bewogen haben.

6. Welche finanziellen Folgen ergeben sich für den Gesundheits- und Sozialservice Steyr, wenn er nicht als Sozialberatungsstelle seitens der Stadt Steyr anerkannt wird?

Zu Frage 1: Wann erhielten sie die Aufforderung des Landes OÖ zur Meldung der von der Stadt Steyr vorgesehenen Sozialberatungsstelle?

Eine schriftliche Aufforderung des Landes OÖ zur Meldung der von der Stadt Steyr vorgesehenen Sozialberatungsstelle ist bis heute ha. nichts eingetroffen. In einem Telefonat zwischen Frau Dr. Reif und Frau Martin, die im Büro von LR Ackerl tätig ist, Ende Jänner d. J. erwähnte Letztere, daß es günstig wäre, wenn seitens der Stadt ein Schreiben an LR Ackerl ergehen würde, in dem die Stadt ihrerseits die Vorschläge hinsichtlich Einrichtung einer Sozialberatungsstelle darlegen würde.

Zu Frage 2: Wann erfolgte die Meldung der Sozialberatungsstelle seitens der Stadt an das Land OÖ.?

Die Meldung einer Sozialberatungsstelle seitens der Stadt konnte nicht erfolgen, da es Sache des Landes ist, zu entscheiden, was als Sozialberatungsstelle anerkannt wird. Die Stadt hat lediglich ein Vorschlagsrecht. Ein diesbezügliches Schreiben wurde am 12. Februar 1999 an LR Ackerl gesandt.

Zu Frage 3: Welche Einrichtung haben sie als Sozialberatungsstelle lt. SHG dem Land OÖ. genannt?

Für die Stadt Steyr sind seitens des Landes 1,76 Personaleinheiten für Sozialberatung vorgesehen. Da die Stadt Steyr im Rahmen der „Seniorenservice-Stelle“ bereits Sozialberatung für Senioren im Ausmaß von 1 PE anbietet, wurde seitens der Stadt vorgeschlagen, diese Personaleinheit anzuerkennen und die restlichen an das GSS als Sozialberatungsstelle für die übrige Bevölkerung zu vergeben.

Zu Frage 4 bzw. Frage 5:

Sollte es sich bei der dem Land OÖ. gemeldeten Einrichtung nicht um den Gesundheits- und Sozialservice Steyr handeln, so möchte ich wissen, warum einer anderen Einrichtung der Vorzug gegeben wurde. Dies vor allem vor dem Hintergrund als eines ihrer persönlichen Hauptargumente in der Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 1997 für den Grundsatzbeschluß eines Gesundheits- und Sozialservices jenes war, daß nach dem neuen SHG eine solche Beratungsstelle vorgesehen sei und diese Einrichtung auch vom Land Oberösterreich anerkannt werde.

Sollte es sich bei der dem Land OÖ. gemeldeten Sozialberatungsstelle um die sogenannte Seniorenberatungsstelle des Magistrates Steyr handeln, die im 2. Stock eines Altbaus ohne Lift unterbracht ist, so möchte ich wissen, welche Gründe sie zu diesem Schritt bewogen haben?

In den Erläuterungen zum neuen SHG wird zu § 31 ausgeführt: „Die Sozialberatungsstellen sind Anlaufstellen für hilfeschende Personen mit einem Beratungs-, Unterstützungs-, Versorgungs- oder Pflegebedarf, insbesondere aber für alte, kranke oder behinderte Menschen und/oder deren Angehörige“.

Da Sozialberatungsstellen vorwiegend Anlaufstellen für alte Menschen sein sollen und die Stadt Steyr bereits über eine derartige Stelle verfügt, war naheliegend, diese als Teil der für Steyr geplanten

Sozialberatungsstelle vorzuschlagen. Für Senioren, die nicht oder nicht mehr in der Lage sind, die Seniorenservice-Stelle persönlich aufzusuchen, wurde ein Außendienst installiert. Wir haben einmal eine Vorstellung im Sozialausschuß gemacht. Ich glaube, da wird sich jeder erinnern können, daß wir auch den Außendienst haben, gerade bei den Senioren.

Da Sozialberatungsstellen jedoch nicht ausschließlich für alte Menschen zur Verfügung stehen sollten, wurde seitens der Stadt dem Land OÖ. vorgeschlagen, daß die Sozialberatungsstelle für die übrige Bevölkerung an das GSS vergeben werden könnte.

Für die Beibehaltung der Seniorenservicestelle als Teil der Sozialberatungsstelle spricht neben der Tatsache, daß sie von den Senioren sehr gut angenommen wird, auch das Kostenargument. Das Land - als Kostenträger der Sozialberatungsstellen - refundiert pro PE, inkl. Sachkosten, S 600.000,--. Mit diesem Betrag wird für die 1 PE inkl. Sachkosten im Rahmen des Seniorenservices das Auslangen gefunden.

Das GSS benötigt für 1 PE inkl. Sachkosten lt. VA für das Jahr 1999 S 860.000,--. Die Differenz in Höhe von S 260.000,-- pro PE wäre von der Stadt zu tragen.

Zu Frage 6: Welche finanziellen Folgen ergeben sich für den Gesundheits- und Sozialservice Steyr, wenn er nicht als Sozialberatungsstelle seitens der Stadt Steyr anerkannt wird?

Sollte das GSS nicht als Sozialberatungsstelle anerkannt werden, wäre die Finanzierung gleich wie bei anderen Sozialvereinen, d.h. es wären Subventionsansuchen an Stadt, Land und andere Finanziers zu richten. Für das Jahr 1999 scheint die Finanzierung gesichert, da von Seiten der Landesregierung bekanntgegeben wurde, daß S 400.000,-- als Subvention für das GSS vorgesehen wurden und auch im Budget der Stadt Steyr S 800.000,-- für diesen Zweck enthalten sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Warum wurde diese weitreichende Thematik in keinem Gremium beraten?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weil es das Land vorschlägt, welche Stelle lt. Sozialhilfegesetz die Sozialservicestelle sein soll. Darum können wir nicht vorschlagen. Wir können eine Empfehlung geben aber wir können es nicht umsetzen, weil das Land bestimmt. Das sagt schon das Land, was anerkannt wird und nicht die Stadt Steyr. Darum ist es auch nicht behandelt worden, weil vom Land noch kein Vorschlag gekommen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Nächste Frage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Anfrage gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr sowie § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates. Anfrage vom Liberalen Forum.

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

In Beantwortung einer Anfrage der Frau Gemeinderätin Claudia Pramendorfer in der Gemeinderatssitzung vom 17. 9. 1998 gaben sie als zuständige Referentin öffentlich bekannt, daß ein Kinderschutzzentrum noch im selben Jahr seinen Betrieb in Steyr aufnehmen würde.

Ihr wörtliches Zitat aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 17. 9. 1998 dazu:

„... habe ich von LR Ackerl eine mündliche Zusage bekommen, daß ich für heuer noch Geld bekomme. Ich warte natürlich zur Sicherstellung auf die schriftliche Zusage. Dann wird die Frau Dr. Emhofer-Licka im heurigen Jahr noch auf Honorarbasis beginnen und wird sich alles so richten, wie sie es für den Kinderschutz braucht ...“

In diesem Zusammenhang ergehen an sie, als zuständige Referentin, folgende Fragen:

1. Wann hat Frau Dr. Emhofer-Licka mit ihrer Tätigkeit auf Honorarbasis begonnen?
2. LR Ackerl hat - wie den Medien zu entnehmen war - für 1998 eine halbe Million Schilling für die Errichtung eines Kinderschutzzentrums bereitgestellt.

Ist diese halbe Million Schilling im Jahr 1998 für die Errichtung des Kinderschutzzentrums verbraucht worden?

Wenn nein, haben sie sich darum gekümmert, daß diese halbe Million Schilling in das Finanzjahr 1999 übertragen wird und wurde diese Übertragung seitens des Landes OÖ. genehmigt?

3. In einem persönlichen Gespräch Anfang Jänner 1999 zum Thema Kinderschutzzentrum bat ich sie, sich mit dem Verein zur Förderung der Kinderschutzzentren in Verbindung zu setzen, was sie mir auch zusagten. Dieser Verein hat ihnen nämlich bereits vor nunmehr fast zwei Jahren ein Konzept für ein Kinderschutzzentrum vorgelegt und massive Bedenken gegen eine Ansiedlung eines Kinderschutzzentrums auf Magistratsebene geäußert. Sie gaben mir - vor nunmehr mehr als drei Monaten - die Zusage, erneut mit dem Verein Kontakt aufzunehmen.

Haben sie in der Zwischenzeit ein persönliches Gespräch mit Mitgliedern des Vereinsvorstandes geführt?

Wenn nein, so ersuche ich sie umgehend bekanntzugeben, wann es den versprochenen Gesprächstermin geben wird!

4. Fachleute aus dem Sozialbereich und Psychologen vertreten die Meinung, daß die räumliche und personelle Trennung eines Kinderschutzzentrums von Behörden eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Einrichtung ist. Sie als politische Referentin tendieren hingegen dazu, das Kinderschutzzentrum auf Magistratsebene anzusiedeln.

Was spricht Ihrer Ansicht nach gegen ein von Experten befürwortetes autonomes Kinderschutzzentrum?

5. Was sind die Gründe, daß es bis heute - obwohl von ihnen persönlich noch für 1998 zugesagt - kein Kinderschutzzentrum in Steyr gibt?

6. In der Beantwortung der eingangs erwähnten Anfrage vom 17. 9. 1998 teilten sie dem Gemeinderat mit, daß sie bereits für 1999 eine mündliche Zusage seitens des Landes Oberösterreich hätten.

Zugleich sprachen sie wörtlich davon, daß dann natürlich auch bei uns ein Budgetansatz rein muß.

In welcher Höhe stellt das Land OÖ für 1999 finanzielle Mittel für ein Kinderschutzzentrum in Steyr bereit?

In welcher Höhe ist der von ihnen zitierte Budgetansatz seitens der Stadt Steyr bzw. durch sie als zuständige Referentin für 1999 erfolgt?

7. Was gedenken sie zu tun, um nun raschest die Entwicklung eines Kinderschutzzentrums voranzutreiben?

Zu Frage 1: Wann hat Frau Dr. Emhofer-Licka mit ihrer Tätigkeit auf Honorarbasis begonnen?

Der Beginn der Tätigkeit durch Frau Dr. Emhofer hat sich verzögert, weil - wie auch sie natürlich wissen - die Finanzierung für das gesamte Projekt Kinderschutzzentrum vorerst nicht sichergestellt werden konnte.

Zu Frage 2: LR Ackerl hat - wie den Medien zu entnehmen war - für 1998 eine halbe Million Schilling für die Errichtung eines Kinderschutzzentrums bereitgestellt.

Ist diese halbe Million Schilling im Jahr 1998 für die Errichtung des Kinderschutzzentrums verbraucht worden?

Wenn nein, haben sie sich darum gekümmert, daß diese halbe Million Schilling in das Frühjahr 1999 übertragen wird und wurde diese Übertragung seitens des Landes OÖ genehmigt?

Herr LR Ackerl hat für das Jahr 1998 eine Subvention in Höhe von S 300.000,-- für die anfallenden Investitionskosten sowie eine Subvention von S 200.000,-- zum laufenden Betrieb zugesagt. Diese Beträge wurden im Jahr 1998 nicht verbraucht.

Ich habe natürlich Sorge getragen, daß die für das Jahr 1998 von Herrn LR Ackerl bewilligten Geldmittel auf das heurige Jahr übertragen wurden. Herr LR Ackerl hat dies mit Schreiben vom 25.03.1999 bestätigt.

Zu Frage 3: In einem persönlichen Gespräch Anfang Jänner 1999 zum Thema Kinderschutzzentrum bat ich sie, sich mit dem Verein zur Förderung der Kinderschutzzentren in Verbindung zu setzen, was sie mir auch zusagten. Dieser Verein hat ihnen nämlich bereits vor nunmehr fast zwei Jahren ein Konzept für ein Kinderschutzzentrum vorgelegt und massive Bedenken gegen eine Ansiedlung eines Kinderschutzzentrums auf Magistratsebene geäußert. Sie gaben mir - vor nunmehr mehr als drei Monaten - die Zusage, erneut mit dem Verein Kontakt aufzunehmen.

Haben sie in der Zwischenzeit ein persönliches Gespräch mit Mitgliedern des Vereinsvorstandes geführt?

Wenn nein, so ersuche ich sie umgehend bekanntzugeben, wann es den versprochenen Gesprächstermin geben wird!

Ich habe heuer im Februar mit Herrn Hager, einem Vertreter des Vereines, telefonisch ein Gespräch geführt und ihn dabei informiert, daß ich bei einem für 17. März fixierten Gesprächstermin mit Soziallandesrat Ackerl mögliche Finanzierungsvarianten für die Realisierung des Kinderschutzzentrums und die weitere Vorgangsweise besprechen werde. Ich habe dabei auch betont, daß mir an einer Zusammenarbeit bzw. der Einbindung des Vereines in dieses Projekt sehr viel liegt und ich mir beispielsweise vorstellen könnte, daß in einem begleitenden Beirat auch Vertreter des Vereines aktiv mitwirken könnten.

Zu Frage 4: Fachleute aus dem Sozialbereich und Psychologen vertreten die Meinung, daß die räumliche und personelle Trennung eines Kinderschutzzentrums von Behörden eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Einrichtung ist. Sie als politische Referentin tendieren hingegen dazu, das Kinderschutzzentrum auf Magistratebene anzusiedeln.

Was spricht Ihrer Ansicht nach gegen ein von Experten befürwortetes autonomes Kinderschutzzentrum?

Eine räumliche Trennung eines Kinderschutzzentrums von der Verwaltungsbehörde wurde nie in Frage gestellt und ist auch sicher sinnvoll. Eine personelle Trennung ist keine Voraussetzung für das Funktionieren eines Kinderschutzzentrums, zumal eine organisatorische Ansiedlung im Bereich der Jugendwohlfahrtsbehörde, die sicher nicht zielführend wäre, ohnehin nicht in Betracht gezogen wird.

Eine andere Expertenmeinung sieht bei einer organisatorischen Ansiedlung des Kinderschutzes im Rahmen des Magistrates folgenden wesentlichen Vorteil:

Der Magistrat hat über seine Einrichtung, wie vor allem das Jugendamt und die Kindergärten und Horte, einen Zugang zu den Menschen, die diese Hilfe besonders benötigen, sie aber von sich aus nicht in Anspruch nehmen. Damit ist ein höherer Grad der Effizienz und ein Vernetzungseffekt gegeben, der über einen privaten Verein in dieser Form nicht erreicht werden kann.

Zu Frage 5: Was sind die Gründe, daß es bis heute - obwohl von ihnen persönlich noch für 1998 zugesagt - kein Kinderschutzzentrum in Steyr gibt?

Obwohl der Budgetrahmen der Stadt für 1999 sehr hoch ist, mußten trotzdem eine Reihe von Wünschen und Forderungen zurückgestellt werden. Darunter leider auch die Finanzierung für das Kinderschutzzentrum, für das ich als zuständige Referentin Finanzmittel in Höhe von S 1.260.000,-- angemeldet habe. Ich habe auch die Mittelanmeldung mit, Frau Kollegin, wenn sie es sehen wollen, daß ich es angemeldet habe.

Es ging beim Budgetansatz für das Kinderschutzzentrum daher ganz sicher nicht um das gemeinsame Wollen, diese Einrichtung zu verwirklichen. Es ging vielmehr um die Verantwortung für das gesamte Finanzgefüge der Stadt, die wir gemeinsam wahrnehmen müssen und die - wie der Budgetbeschluß gezeigt hat - von einer sehr breiten Mehrheit im Gemeinderat auch wahrgenommen wurde.

Unabhängig davon bemühe ich mich aber weiterhin intensiv darum, daß so bald wie möglich ein Kinderschutzzentrum in Steyr verwirklicht werden kann.

Zu Frage 6: In der Beantwortung der eingangs erwähnten Anfrage vom 17. September 1998 teilen sie dem Gemeinderat mit, daß sie bereits für 1999 eine mündliche Zusage seitens des Landes OÖ hätten. Zugleich sprachen sie wörtlich davon, daß dann natürlich auch bei uns ein Budgetansatz rein muß.

In welcher Höhe stellt das Land OÖ für 1999 finanzielle Mittel für ein Kinderschutzzentrum in Steyr bereit?

In welcher Höhe ist der von ihnen zitierte Budgetansatz seitens der Stadt Steyr bzw. durch sie als zuständige Referentin für 1999 erfolgt?

Das Land OÖ stellt für 1999 einen Betrag von S 500.000,-- zur Verfügung. Das ist der Übertrag von 1998. Das haben wir einmal in schriftlicher Form. Wie bereits ausgeführt, habe ich für das Budget 1999 einen Betrag von S 1.260.000,-- angemeldet, der aber letztendlich nicht zum Tragen gekommen und leider wieder gestrichen worden ist.

Zu Frage 7: Was gedenken sie zu tun, um nun raschest die Entwicklung eines Kinderschutzzentrums voranzutreiben?

Der aktuelle Stand der Dinge ist der, daß es mir mit Unterstützung von Soziallandesrat Ackerl gelungen ist, die Finanzierung soweit sicherzustellen, daß wir noch heuer mit der Verwirklichung des Kinderschutzzentrums beginnen können. Zusätzlich zu den vom Land OÖ getragenen Kosten muß die Stadt erst ab dem Jahr 2000 erstmals einen finanziellen Beitrag in Höhe von S 150.000,-- leisten, im Jahr 2001 einen Beitrag in Höhe von S 300.000,-- und im Jahr 2002 einen Beitrag in Höhe von S 500.000,--. Diese finanzielle Regelung basiert auf einem Vorschlag von Landesrat Ackerl, dem Bürgermeister Leithenmayr - vorbehaltlich der Beschlüsse der Gremien - zugestimmt und dies auch Landesrat Ackerl mit Schreiben vom 07. April mitgeteilt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Das war die Anfrage 3. Zwei Anfragen sind noch eingegangen. Und zwar von den GR Apfelthaler und Kupfer, betreffend Medikamentenabfall und Umbau des Forumkaufhauses. Sie sind leider zu spät eingelangt, sodaß wir sie in der nächsten Gemeinderatssitzung beantworten.

Zu meinen Mitteilungen darf ich mir erlauben, daß ich hier einiges berichte. Unter anderem die Frage Gleitzeit oder Teilzeitarbeit beim Magistrat. Ich darf berichten, daß wir hier, so wie bei privaten Firmen, auch flexible Arbeitszeitmodelle entwickelt und umgesetzt haben.

Derzeit sind 140 Bedienstete teilzeitbeschäftigt. In erster Linie orientierend Frauen in diesem Bereich. Es sind von 140 Teilzeitbeschäftigten 137 Frauen. Die Schwerpunkte liegen im Pflegebereich, beim Reinigungspersonal, in den städtischen Kindergärten und bei den Schreibkräften.

Wir haben also einen Teilzeitbeschäftigtenanteil von 14 Prozent, was eine ansich gute Quote darstellt. Wir werden uns in dem Bereich auch weiter entwickeln und so gut es geht auch solche Angebote, besonders den Frauen, unterbreiten.

Erfreulich ist, daß wir im heurigen Jahr schon 90 Gewerbe-Neuanmeldungen haben, in nur drei Monaten. Es waren eigentlich insgesamt 64 Gewerbe-Neuanmeldungen, 17 weitere Betriebsstätten angemeldet und 7 Gewerbe-Standortverlegungen nach Steyr durchgeführt. In Summe 88. Es hat allerdings leider auch auf der anderen Seite Endigungen, 53 an der Zahl, und 5 Standortverlegungen aus Steyr, gegeben. Es ergibt sich aber doch ein beachtlicher Nettozuwachs von 30 Gewerbeberechtigungen im ersten Quartal.

Zum Hallenbad darf ich hier berichten, daß die Umbauarbeiten der Etappe 2 B am 6. April begonnen haben.

Nachdem in die Generalsanierung und Erneuerung des Steyrer Hallenbades bisher bereits 48 Millionen Schilling investiert worden sind, werden nach Ostern die Modernisierungsarbeiten fortgesetzt. Vorgesehen ist unter anderem die völlige Neugestaltung des Saunabereiches mit normaler Saunakabine sowie zusätzlich einer Biosauna und einem Dampfbad. Ebenfalls erneuert werden die Naßzellen und der gesamte Sanitärbereich, der Aufenthalts- und Ruheraum und der Garderobenbereich. Darüber hinaus wird es eine direkte Treppenverbindung von der Sauna ins Hallenbad geben, damit die Saunagäste in Zukunft auch das Hallenbad mitbenutzen können. Zu diesem Zweck wird ein Anbau an der Ostseite des Gebäudes errichtet, der auch im Untergeschoß mehr Platz für den neuen Umkleidebereich bringt und gleichzeitig beim Hallenbad im Obergeschoß die Ausgestaltung eines weiteren Wintergartens mit zusätzlichen Liegeflächen ermöglicht.

Außerdem wird im Zuge dieser Ausbautetappe auch das Lehrschwimmbecken völlig neu gestaltet und

mit einem separaten Mutter-Kind-Bereich ausgestattet. Und auch der Buffet-Bereich wird attraktiviert und deutlich vergrößert.

Die Investitionskosten für diesen Bauabschnitt werden 22 Millionen Schilling, hoffentlich sage ich, betragen.

Der Kindergartenneubau und die Planung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz schreiten zügig voran. Wir haben hier mit einem Investitionsaufwand von rund 30 Millionen Schilling den 6-gruppigen Kindergarten in Münchenholz im Bau. Es werden zwei Hortgruppen und 4 Kindergartengruppen, für insgesamt 160 Kinder, sein.

Im Hinblick auf die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes in Münchenholz wird demnächst der Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden und es ist damit zu rechnen, daß Ende September, Anfang Oktober, das Siegerprojekt ermittelt werden wird.

Wir reden von einer Investition von rund 180 Millionen Schilling. Es wird natürlich auch davon abhängen, wie sich die Finanzierungsgespräche mit dem Land Oberösterreich letztendlich darstellen. Wenn alles nach unseren Vorstellungen läuft, ist im Herbst des nächsten Jahres mit einem Spatenstich zu rechnen. Wir rechnen überdies mit einer Bauzeit von 2, 2 ½ Jahren.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß im März die Arbeitslosenquote 7,3 % betragen hat. Sie ist um 0,8 Prozentpunkte niedriger gegenüber dem Vormonat. Sie ist allerdings um 0,7 % höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das ist an und für sich momentan eine sehr stagnierende Situation. Wir haben schon bessere Zeiten beim Rückgang der Arbeitslosigkeit gehabt.

Im März 1999 waren 3.005 Menschen als arbeitslos gemeldet. Es gibt im März 264 offene Stellen. Das ist also etwas weniger als im Vorjahr um dieselbe Zeit.

Meine Damen und Herren, das war es. Ich bitte sie unter Pkt. 4) die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, die mit den Unterlagen übermittelt wurden.

Bevor wir zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände schreiten darf ich mitteilen, daß zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen. Der eine von der ÖVP-Fraktion und der andere von der Liberalen Fraktion betreffend die Änderung der eingereichten neuen Linienplanung für den städtischen Busverkehr von der Busdrehscheibe Hessenplatz - Stadtplatz von derzeit 15 Minuten auf 7 ½ Minuten umzustellen. Weiters fordern wir, die geplanten Haltestellen an der Vorlandbrücke nicht zu errichten, sondern die Linien 2 b, 8 a, 8 b, 3 a und 5 in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen. Details werde ich jetzt nicht zur Verlesung bringen. Es wird dann Gelegenheit sein, im Zuge der Debatte zu erörtern. Ich schlage vor, daß wir, wie üblich, am Ende der Tagesordnung diesen Dringlichkeitsantrag behandeln. Wer dafür ist, den würde ich bitten, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung. Das ist einstimmig angenommen und wird so abgewickelt werden.

Der zweite Dringlichkeitsantrag ist mir von der FPÖ-Fraktion zugemittelt worden. Er beschäftigt sich mit der Fassung ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Antrag zur Geschäftsordnung Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was für einen Antrag wollen sie denn stellen Frau Kollegin?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt die Möglichkeit diesen Dringlichkeitsantrag gleich zu Beginn der Sitzung zu behandeln und nicht am Ende der Tagesordnung. Dazu wird allerdings eine 2/3 Mehrheit benötigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben schon beschlossen, daß wir ihn am Ende der Tagesordnung abwickeln. Das war mein Antrag und der ist einstimmig beschlossen worden, Frau Kollegin. Mir ist das schon bekannt, daß man ihn auch sofort behandeln kann und dazu wäre eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Wir haben aber schon einstimmig beschlossen, daß wir ihn am Ende der Tagesordnung behandeln. Aber vielleicht können wir das jetzt beim nächsten Antrag noch einmal versuchen, wie das funktioniert.

Antrag der F-Fraktion. Der GR möge eine Resolution beschließen und zwar an den Herrn Bundeskanzler und an die in der EU vertretenen österreichischen Fraktionen. Es geht dabei im Wesentlichen darum, daß hier Ausschreibungen, die Verkehrsbetriebe betreffend, durch Kommunen nicht europaweit durchgeführt werden. An und für sich glaube ich, ein recht sinnvoller Vorgang, der auch den GR in Linz beschäftigt und wo eine Beschlußfassung, ich glaube sogar einstimmig, sagt Herr Dr. Pfeil, bereits stattgefunden hat. Auch in diesem Falle würde ich dem GR vorschlagen, ihn am Ende der Tagesordnung, nach dem Dringlichkeitsantrag Nr. 1) von der ÖVP, auf Nr. 2) einer näheren Behandlung und Beschlußfassung zuzuführen. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Beide Dringlichkeitsanträge haben hier eine Mehrheit gefunden und werden am Ende der Tagesordnung behandelt.

Zur Behandlung der Tagesordnung darf ich nunmehr den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Präsidiums, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates. In meinem Antrag Nr. 1) geht es darum, ein neues Kopiersystem für den Magistrat zu schaffen. Wir haben das entsprechend vorbereitet, vorberaten, im StS auch bereits beschlossen. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

GHJ1-3/99

Zentrale Kopierstelle; Abschluß eines Leasingvertrages mit der Fa. OCE zur Anschaffung neuer Kopiergeräte.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilungen für Zentralverwaltung und Privatrechtsangelegenheiten vom 12. 3. 1999 wird dem Abschluß eines Leasingvertrages mit der Fa. Oce über die Anschaffung eines neuen Kopiersystems für die zentrale Kopierstelle des Magistrates der Stadt Steyr entsprechend dem vorstehenden Amtsbericht zugestimmt.

Ich bitte hier die Debatte zu eröffnen bzw. die Abstimmung hiezu herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 2) beschäftigt sich mit der Bestellung eines Ersatzmitgliedes für die Bezirksgrundverkehrskommission Steyr. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

AgrarErl.-126/94

Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Bestellung eines Ersatzmitgliedes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 30. 3. 1999 wird anstelle des ausscheidenden Herrn OMR Mag. Andreas Pöchlhammer künftighin Herr OMR Mag. Helmut Golda (Magistratsbeamter) als Ersatzmitglied in die Bezirksgrundverkehrskommission Steyr, aufgrund der Bestimmung des § 26 Abs. 1 (5) OÖ GVG 1994 für die Funktionsperiode bis 31. 11. 2000 bestellt.

Ich bitte auch hier um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich darf vorausschicken, daß wir der Bestellung von Herrn Mag. Golda die Zustimmung erteilen werden. Aber in diesem Zusammenhang ist schon eines bemerkenswert, daß beim Ausscheiden eines doch höherrangigen Magistratsbeamten hier eine Art Wiedereinkehrmöglichkeit dargestellt wird. In früheren Jahren haben wir solche Maßnahmen immer im Personalbeirat oder auch im Stadtsenat besprochen. Das ist dieses Mal nicht geschehen. Es besteht die Frage, ob dieser Posten auch nachbesetzt wird, nachdem im kommenden Personalbeirat das auch nicht auf der Tagesordnung steht. Wird der Posten nachbesetzt oder nicht? Das ist das eine. Zum anderen bin ich schon der Meinung, daß man Reisende nicht aufhalten sollte. Wenn sich jemand verändern will, das ist gut und richtig. Aber mir kommt es schon so in etwa vor,

wenn ich, um es jetzt bei einem plakativen Beispiel zu belassen, bei der Firma Spar als Abteilungsleiter angestellt oder als großer Mann angestellt bin, und ich gehe dann zum Billa-Konzern, in derselben Position oder etwas höher, aber wenn es mir dort vielleicht nicht gefällt, dann würde ich schon gerne wieder in den Schoß der Firma Spar zurückkehren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist alles schon passiert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur, in der Wirtschaft kommt das eher selten vor, daß mein früherer Arbeitgeber mir eine Karenzierung erlaubt und dann zusagt, nach einem Jahr, bei vollen Bezügen, wieder einzusteigen. Trotzdem, ich bin durchaus der Meinung, daß ein Wechsel gut ist, Wandel ist auch gut, aber es sollten auch die zuständigen Gremien befaßt werden. Es ist schon sehr interessant, was die Stabstelle, wenn sie nicht mehr nachbesetzt wird, bisher getan hat oder was sie in Zukunft tun wird und wer das tun soll? Das ist doch eine sehr wesentliche Stabstelle und es war seinerzeit sehr wichtig, neben der Stabstelle für Controlling, wir wissen alle, was wir damit erlebt haben. Jetzt steht wieder Stabstelle für Organisation und EDV-Statistik drauf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertbes Präsidium, wertbes Gäste. Ich möchte nur einmal ganz kurz anmerken, daß das eine Maßnahme ist, die in einem Bundesgesetz, im Beamtendienstrechtsgesetz vorgesehen ist, eine Karenzierung bzw. die Erteilung eines Sonderurlaubes. Ich glaube ganz einfach, daß hier letztendlich, aufgrund dessen, daß es eine Absicherung gibt, daß dieser Arbeitsplatz für ihn dann frei ist, maximal eine befristete Nachbesetzung für dieses eine Jahr durchgeführt werden könnte, weil nämlich dann das Rückkehrrecht des Bediensteten auf diesen Arbeitsplatz wieder vorhanden ist. Daher denke ich mir, daß wir, wenn schon überhaupt, über eine befristete Nachbesetzung diskutieren könnten. Grundsätzlich geht es aber darum, daß ich mir denke, daß auch der GR in Steyr kein Bundesgesetz verändern wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Zu diesem Punkt ist zu sagen, daß ich die Arbeit des Mag. Pöchhacker in der Vergangenheit sehr geschätzt habe und ich es sehr bedauere, wenn er jetzt ein Jahr Sonderurlaub nimmt. Insbesondere dahin betrachtet, da er sehr stark bei der Projektierung des zu errichtenden Alten- und Pflegeheimes Münchenholz, beteiligt ist und hier natürlich die Frage 100%ig berechtigt ist, wie es mit dieser Projektierung weiter geht, wenn einer der Führenden dieser Projektierung, der Projektleiter, ein Jahr Sonderurlaub hat. Daß das alles, lieber Kollege Willi Hauser, auf gesetzlicher Basis abläuft ist ja nicht bestritten worden. Das ist ganz klar. Aber wichtig ist jetzt, wie wir diese Arbeit fortführen und es auch ein personeller Ersatz nicht leicht hat, mitten in diese Projektierung hinein, die Arbeit fortzuführen. Ich bitte um Antwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Erstens geht es bei dieser Karenzierung ganz mit rechten Dingen zu. Das hat auch der Kollege Hauser bereits zum Ausdruck gebracht. Zweitens: Wie es abgewickelt wird, geht auch mit rechten Dingen zu. Das weiß auch der Herr Vizebürgermeister Pfeil, weil die Frage hat er ja auch im Stadtsenat schon einmal gestellt und es ist auch dort bereits beantwortet worden. Also macht er da eigentlich nur mehr eine rhetorische Frage an den Gemeinderat. Wir können sie aber natürlich noch einmal beantworten. Es ist hier, im Zuge der Beschlußfassung für den Stadtsenat und beim Geschäftsverteilungsplan ganz klar beschlossen worden, welche Kompetenzen im übertragenen Bereich der Stadtsenatsmitglieder direkt abgewickelt werden können. Bei dieser Gelegenheit und diesen Fall betreffend ist natürlich beschlossen worden, daß der Personalreferent in seinem Referat hier diese Entscheidung treffen kann. Im Übrigen möchte ich wirklich sagen, weil sich die Gelegenheit bietet, daß Herr Mag. Pöchhacker eine ausgezeichnete Arbeit im Magistrat geleistet hat, daß er nicht zur Konkurrenz wechselt, wobei man eh nicht genau weiß, wer die Konkurrenz bei einem Magistrat ist, sondern er hat sich ja im Verwaltungsbereich hier seine Lorbeeren verdient und besonders im Bereich bei der Organisation unseres Verwaltungssymposiums, was wir mittlerweile doch zu einer bemerkenswerten Veranstaltung gemacht haben, die auch höheren Orts an und für sich, wie man so schön sagt, durchaus Würdigung findet, Städtebund usw. Damit ist er auch mit einer Reihe von Institutionen in Berührung gekommen, die im Beratungsbereich tätig sind. Die sind auf ihn aufmerksam geworden und haben ihm ein Angebot unterbreitet, daß er einmal nützen wird. Wir haben ihm den Weg dazu nicht versperrt. Wir glauben nämlich, daß man durchaus auch als Magistratsbediensteter über den Schrebergartenzaun hinwegsehen soll und dort und da auch neue Inputs oder interessante Entwicklungen hier beobachten soll und das eine oder andere, was für uns paßt, auch in geeigneter Form umsetzen soll. In diesem Sinne ist auch das Engagement des Mag. Pöchhacker zu verstehen. Wir haben hier diesem Sonderurlaub oder dieser Karenzierung nichts in den Weg gelegt. Wir werden daher auch, weil es ein Sonderurlaub oder eine Karenzierung ist, noch nicht ausschreiben und werden aber natürlich bemüht sein, hier seine Arbeiten, entsprechend unserer Spargesinnung, auch an andere Mitwirkende im Magistrat zu verteilen und zu schauen, daß wir die Arbeit möglichst kostengünstig durchführen.

Was die Frage des Kollegen Fürweger anbelangt muß ich sagen, daß es richtig ist, daß hier Herr Mag. Pöchhacker bei der Entwicklung des Konzeptes für das APM engagiert mitgearbeitet hat. Das Projekt ist fertig. Das Projekt wird gebunden. Das Projekt geht dem Lenkungsausschuß zu. Das ist also eine fertige Unterlage auf Basis der auch der Architektenwettbewerb ausgeschrieben wird. Dort steht das Raum-erfordernis drinnen, dort stehen Finanzierungsvoraussetzungen drinnen, dort stehen Organisationsvoraussetzungen, Personalbesetzung und all dieses drinnen. Das ist erarbeitet worden. Wir werden natürlich anhand dieses Papiers die weiteren Arbeiten durchführen und werden auch

einen Projektverantwortlichen zu bestellen haben, der dieses Projekt auch federführend weiter betreibt. Ja, das war es.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es wird auch der Lenkungsausschuß noch zur Abschlusssitzung eingeladen und da wird Herr Mag. Pöchhacker das noch präsentieren. Es wird jedem die Einladung noch rechtzeitig zugesandt.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster Antrag.

Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr:

Grundsatzbeschluß zur Errichtung eines gemeinderätlichen Wirtschaftsgremiums

In Steyr gibt es derzeit zehn gemeinderätliche Ausschüsse, von denen sich jedoch keiner explizit mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Steyr nach wie vor stark von einer Monostruktur der Wirtschaft bestimmt ist sowie die Arbeitslosenrate über dem Bundes- bzw. Landesdurchschnitt liegt, muß wirtschaftspolitischen Fragen auch auf kommunaler Ebene künftig ein noch höherer Stellenwert als bisher zukommen.

Ein gemeinderätliches wirtschaftspolitisches Gremium bietet aufgrund der in anderen Städten wie Linz und Wels bereits gemachten Erfahrungen eine Reihe von Synergieeffekten und bedeutet zugleich ein positives Signal an die Wirtschaft.

So könnten im Rahmen eines Steyrer Wirtschaftsausschusses u. a. folgende wirtschaftspolitischen Planungen und Maßnahmen intensiv behandelt werden:

Die Erarbeitung von Förderrichtlinien, die Erstellung eines Wirtschaftsleitbildes, Tourismusoffensive, Gewerbeпарк, Nahversorgung, Märkte, Arbeitsmarktentwicklung, Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, aktive Betriebsansiedlungspolitik usw.

Die Organisationsform sowie personelle Besetzung dieses Ausschusses ist prinzipiell in zwei Varianten denkbar:

Variante A: als gemeinderätlicher Ausschuß in Verbindung mit einem Wirtschaftsbeirat

Variante B: als projektorientierter Ausschuß in Verbindung mit einem Wirtschaftsbeirat

Aus Sicht der unterzeichnenden Gemeinderäte wäre jedenfalls den Varianten A oder B der Vorzug gegenüber einem rein gemeinderätlichen Ausschuß zu geben, welcher sich auf Politik und Verwaltung reduzieren würde, was sicherlich nicht im Sinne der verstärkten Einbindung der Wirtschaft ist.

Da es sich bei diesem Antrag um einen Grundsatzbeschluß handelt, sollen die Detailfragen (Variante

A oder B sowie die konkrete personelle Besetzung) im Rahmen der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz und/oder des Finanz- und Rechtsausschusses abgeklärt werden, spätestens jedoch vor der nächsten Gemeinderatssitzung, damit das neuerrichtete wirtschaftspolitische Gremium so rasch wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann.

Präs-108/99

Antrag der LIF-GRin Mag. Michaela Frech und des F-GR Ing. Klaus Hoflehner gem. § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend Grundsatzbeschluß zur Errichtung eines gemeinderätlichen Wirtschaftsgremiums.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Um dem Themenkreis Wirtschaft einen höheren Stellenwert als bisher in der kommunalpolitischen Diskussion und Umsetzung zukommen zu lassen, wird ein Wirtschaftsausschuß und -beirat errichtet. Der Wirkungsbereich des Ausschusses soll die Vorberatung von Anträgen und die Abgabe von Empfehlungen im Bereich wirtschaftspolitischer Planungen und Maßnahmen umfassen. Die organisatorische Struktur sowie die konkrete personelle Besetzung wird bis spätestens Mitte Mai 1999 gemeinsam von allen Fraktionen erarbeitet.

Unterzeichnet: Michaela Frech und Klaus Hoflehner.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht das Wort? Frau Gemeinderätin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wie sie diesem Antrag, den sie vor ihnen liegen haben, entnehmen können, ist das kein Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion und auch kein Antrag der Liberalen GR-Fraktion. Es ist ein Antrag der Gemeinderäte unabhängig der Partei der sie angehören, die ein gemeinsames Anliegen verfolgen. Und zwar, der Kollege Hoflehner als auch ich haben, seit wir in diesem Gemeinderat vertreten sind, seit Oktober 1997, uns bemüht, ein solches wirtschaftspolitisches Gremium in Steyr zu schaffen. D. h., dieser Antrag, den sie heute vor sich liegen haben, ist nicht aus heiterem Himmel passiert sondern hat bereits eine sehr lange Vorgeschichte. Möglicherweise, das kann ich aber nicht beantworten, hat es natürlich auch eine Vorgeschichte, bevor wir beide in diesen Gemeinderat gezogen sind. Wir können aber nur von diesem Zeitpunkt ausgehen wo wir herinnen waren. Um ihnen eine kurze Chronologie des bisher Geschehenen zu bringen, es war in unserem Gespräch, Herr Bürgermeister, daß wir zu Beginn der neuen Legislaturperiode geführt haben bereits ein Thema wo die Liberale GR-Fraktion sie gebeten hat, einen Wirtschaftsausschuß, in Verbindung mit einem Wirtschaftsbeirat zu errichten. Das war gleich die erste Sitzung nach der Wahl. Am 13. November 1997 gab es eine GR-Sitzung, wo mein Kollege Klaus Hoflehner das Thema Wirtschaftsausschuß bzw. Wirtschaftsbeirat am Ende des Gemeinderates in der „Aktuellen Stunde“ vorgebracht hat. In dieser „Aktuellen Stunde“ war das Thema so, daß sowohl die SPÖ als auch die ÖVP prinzipiell gesagt haben, sie können sich das schon vorstellen, aber man muß natürlich noch genauer darüber reden. Dann bat ich den Herrn Bürgermeister im April 1998, nein, früher schon, im Jänner, dieses Thema auf die Tagesordnung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu bringen. Es gab dann eine Sitzung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz am 2. April 1998, wo ich das Thema Wirtschaftsausschuß bzw. Wirtschaftsbeirat zur Diskussion stellte, wo mein persönlicher Zugang der war, daß ich gemeint habe,

wichtig wäre ein Grundsatzbeschuß und wie dieser Wirtschaftsausschuß bzw. -beirat aussehen soll. Er soll gemeinsam, von allen Fraktionen, erarbeitet werden, weil es uns letztlich um die Gemeinsamkeit geht. Es muß Wirtschaft ein gemeinsames Anliegen aller Mandatäre sein, die hier im Raum sitzen. Das wurde allerdings dann in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz anders beschlossen. Ich wurde damit beauftragt, gebeten, verschiedene Modelle vorzutragen und zwar in der nächsten Sitzung und dies einmal alleine auszuarbeiten. Das ist dann auch geschehen. Am 9. Juni 1998 gab es diese verschiedenen Modelle in mehreren Varianten. Ich mußte dann allerdings zu meinem großen Bedauern feststellen, daß noch während der Sitzung, als diese Vorschläge ausgeteilt wurden, und ich gebeten habe, diese Vorschläge in den einzelnen Fraktionen zu beraten, vonseiten der SPÖ als auch vonseiten der ÖVP mitgeteilt wurde, man wolle so ein wirtschaftspolitisches Gremium nicht. Damit war einmal das Ende dieser Debatte. Das war im Juni 1998.

Dann habe ich persönlich meine Erfahrungen gesammelt, fast ein $\frac{3}{4}$ Jahr und habe bemerken müssen, daß das Thema Wirtschaft in den einzelnen gemeinderätlichen Ausschüssen schlichtweg entweder gar nicht vorkommt oder marginal am Rande gestreift wird. Ein Argument des Herrn Bürgermeisters, gegen diesen Wirtschaftsausschuß war ja, und ist leider noch immer, daß das Thema Wirtschaft ohnedies in anderen Gremien behandelt werde. Es gäbe halt keinen Ausschuß der explizit Wirtschaftsausschuß heißt. Nur leider hat mir meine Erfahrung gezeigt, daß das nicht so ist. Weder die Subvention in Höhe von S 500.000,-- für den sog. Bummel- oder Bummerzug landete in einem politischen Gremium, in einem Ausschuß. Nur im Gemeinderat, aber da ist es schon zu spät. Ein Ausschuß soll ja vorberaten, Vorarbeiten leisten. Auch die millionenschwere Förderung für BMW landete nicht in irgendeinem politischen Ausschuß. Auch die Lehrlingsförderung landete nicht zur Vorbereitung in einen Ausschuß sondern, das sind alles Anträge gewesen, die gleich in den GR gegangen sind, wo es vorher keine Meinungsbildung gegeben hat. Das hat mich dazu bewogen, wieder die Forderung nach einem Wirtschaftsausschuß und Wirtschaftsbeirat zu erheben. Auch der Kollege Hoflehner hat wieder ein Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister gesucht um ihn zu bitten, diesen Punkt wieder etwas voranzutreiben.

Ja, aus aktuellem Anlaß ist auch jetzt dieser Antrag erfolgt. Der aktuelle Anlaß ist unter anderem der, daß spürbar wird, auch in der Diskussion die wir heute noch führen werden zum Thema öffentlicher Verkehr in Steyr, daß die Wirtschaftsleute, die Kaufleute immer öfter an uns Gemeinderäte signalisieren, sie fühlen sich zuwenig vertreten. Ich weiß nicht, wie es ihnen gegangen ist? Ich habe in der letzten Zeit beispielsweise sehr viele Faxe von Geschäftstreibenden der Innenstadt bekommen, mit verschiedenen Wünschen. Das ist an die Grünen, an die ÖVP, an die SPÖ, das ist an alle Fraktionen gegangen, wir sollten uns für gewisse Punkte engagieren. Nur, wo sollen wir uns engagieren, wenn wir nicht einmal ein Gremium haben, wo wir diese Faxe beantworten, behandeln können? Das ist für mich auch ganz persönlich der aktuelle Anlaß dahinter.

Eines noch zum Abschluß: Linz hat einen, Wels hat einen. Nur Steyr hat noch immer keinen Wirtschaftsausschuß. Jetzt habe ich mich 1 $\frac{1}{2}$ Jahre mit dem Thema beschäftigt und ich habe eigentlich, vielleicht sagen sie mir einen Grund der dagegenspricht, keinen Grund gefunden, warum nicht in Steyr etwas möglich sein sollte, was in Linz wunderbar funktioniert, was in Wels wunderbar funktioniert, was in anderen Städten funktioniert. Das noch dazu vor einem ganz speziellen Hintergrund. Herr Bürgermeister, sie haben heute zu Beginn der Sitzung gesagt, daß die Arbeitslosenrate in Steyr 7,3 % beträgt. Das ist eine der höchsten in ganz Oberösterreich. D. h., gerade in Steyr ist es notwendig dem Thema Wirtschaft einen noch breiteren Stellenraum zukommen zu lassen, wenn sie sich die hohe Arbeitslosenrate ansehen. Die hängt natürlich auch mit dem Thema Wirtschaft zusammen.

Ein anderer aktueller Anlaß zu diesem Thema ist: Sie können sich noch an die letzte GR-Sitzung erinnern. Da haben wir eine Resolution beschlossen. Und zwar eine Resolution, daß Steyr weiterhin ein Fördergebiet der EU bleibt. In diesem Amtsbericht für diese Resolution, das sind jetzt nicht Daten oder Behauptungen des Liberalen Forums sondern das ist der Amtsbericht aus diesem Hause, steht: „In Steyr besteht weiterhin Handlungsbedarf. Insbesondere im Bezug auf Infrastrukturausstattung, Verringerung der Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsmarkt in Steyr ist nach wie vor stark von einer

Monostruktur der Wirtschaft bestimmt. Diese starke Konzentration auf wenig Industriezweige war ein wesentlicher Grund für die Krisenanfälligkeit der Region in der Vergangenheit. Die Arbeitslosigkeit in Steyr liegt nach wie vor über dem Bundes- oder Landesdurchschnitt usw. und so fort. Wir haben nach wie vor wirtschaftliche Probleme. Die haben andere Städte auch nur wir sollten etwas tun um diese wirtschaftlichen Probleme zu beseitigen. Ein Wirtschaftsausschuß und -beirat wird nicht das Allheilmittel sein, aber es ist ein erster Schritt um auf politischer Ebene dem Thema Wirtschaft einen größeren Stellenwert beikommen zu lassen. Der Antrag, den sie hier vor sich liegen haben, zielt darauf ab, einen gemeinsamen Weg zu finden, diesen Wirtschaftsausschuß und -beirat auf die Reihe zu bekommen. Darum handelt es sich bei diesem Antrag, meine Damen und Herren, auch um einen Grundsatzbeschluß. Und die konkrete personelle Besetzung, die konkrete Ausformulierung, ist es jetzt ein Wirtschaftsausschuß und/oder -beirat, gibt es dazu Projektuntergruppen, die soll dann in anderen Gremien stattfinden. Beispielsweise in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz oder im Finanz- und Rechtsausschuß. Heute, hier, geht es nur darum, einen Grundsatzbeschluß, ein Bekenntnis zum Thema mehr Wirtschaft in Steyr auf politischer Ebene. Um nichts anderes. Ich glaube, allen Anwesenden müßte es möglich sein, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Es kann nur ein positives Signal an die Steyrer Wirtschaft sein. Eines möchte ich sie in diesem Zusammenhang auch bitten; dem Kollegen Hoflehner und mir geht es nicht um einen neuen Ausschuß, wo nur Politiker (unter Anführungszeichen) und Beamte drinnen sitzen, sondern wir wünschen uns analog zum Verkehrsausschuß und zum Umweltausschuß auch einen Beirat. D. h., Vertreter der Wirtschaft sollen in diesen Beirat hineinkommen, der Tourismusdirektor usw. und so fort. Damit man direkt mit den Betroffenen Problemstellungen diskutieren, Lösungen erarbeiten kann. Ich gehe davon aus, meine Damen und Herren, daß es ihnen eigentlich ein Leichtes sein müßte, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben, über Fraktionsgrenzen hinweg, rein der Sache wegen. Es gibt keinen sachlichen Grund, sonst bitte ich sie mir einen zu nennen, warum ein Wirtschaftsausschuß in Steyr nicht errichtet werden sollte. Ich würde mir nach dieser Sitzung wirklich wünschen, rausgehen zu können, in dem Bewußtsein, daß dieser Antrag die Zustimmung aller Mandatäre, mehr über alle Fraktionsgrenzen hinweg, gefunden hat. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hoflehner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren von der Presse, sehr geehrte Gäste. Ich setzte mich also gemeinsam mit der Frau Mag. Michaela Frech ein, eine so grundvernünftige Sache wie die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates. Wir glauben, daß ein Wirtschaftsbeirat in Steyr vieles zu tun hätte. Einige Themen, die ich jetzt aufzähle sind, unserer Meinung nach, schlecht behandelt, manche gar nicht und manche unbefriedigt. Z. B. 1. Die Gründung einer professionellen Ansiedlungs- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft nach Welser Vorbild. 2. Zukunftsweisende Förderrichtlinien für Betriebsneugründungen oder für Betriebsneupositionierungen. 3. Das ist ganz wichtig, dringender Maßnahmenkatalog zur Anbindung Steyr's an die Hauptverkehrsader Westautobahn. 4. Die Erarbeitung eines Wirtschaftsleitbildes, einer Wirtschaftsvision für Steyr im nächsten Jahrtausend sowohl als Handels- als auch als Industriestadt. Selbst wo wir meinen es läuft eigentlich alles optimal, denken andere Kommunen schon wieder um vieles weiter als wir. Z. B. Das Marktwesen. Der Wirtschaftsausschuß der Stadt Linz hat gerade ein umfassendes Attraktivierungsprogramm für die Linzer Märkte erarbeitet. In Wahrheit geht es bei diesem Antrag um etwas ganz anderes, nämlich um das Bewußtsein, daß Wirtschaft zwar nicht alles ist, aber doch sehr, sehr viel, denn sie dient einzig dem Wohle der Stadt. Was haben wir hier davon, wenn die Wirtschaft floriert, wenn wir Gas geben bei der Wirtschaft? Wir haben weniger Arbeitslose, wir haben vielleicht weniger Problemen mit den Lehrlingen, wenn wir weniger Arbeitslose haben,

dann haben wir glücklichere Menschen und wir haben auch einen glücklicheren Bürgermeister, weil er mehr Einnahmen aus den Steuern hat.

Man sollte meinen, daß dieser Antrag nichts mit Parteiideologie zu tun hat, darum bitte auch ich sie, ihn zu unterstützen. Speziell diejenigen, die aus der Wirtschaft kommen in diesem Saal, der Herr Ing. Hack, der Herr StR Mayrhofer, müßten eigentlich begeistert aufschreien. Ich hoffe, sie werden es tun. Ich betreibe jetzt nicht „fishing for compliments“ wenn ich an die Sozialdemokraten gerichtet sage, daß euer Boß hier herinnen, der Herr Bürgermeister Leithenmayr, mir gegenüber immer sehr aufgeschlossen, in Puncto Wirtschaftsfragen, war. Das muß ich wirklich einmal sagen. Er hat ein offenes Ohr gehabt in Puncto Citymarketing, wo wir heute, glaube ich, etwas beschließen. In der Gemeinderatssitzung, die ja vorangegangen ist, haben wir gesagt, Förderungen, das war meine Meinung, die Förderungen der Stadt Steyr sind Schnee von vorgestern. Hat er gesagt, Herr Hoflehner, ich bin der 1. an ihrer Seite, so ungefähr haben sie es gesagt, wenn wir neue Förderungen andiskutieren. Auch hier war er auf meiner Seite. Ich glaube nicht, daß er das bisher schlecht gemacht hat, aber speziell an diesem Beispiel, am Thema Förderungen, möchte ich erklären, wie wichtig ein Wirtschaftsbeirat, bestehend aus Politikern aller Fraktionen, Managern und auch Geschäftsleuten, wäre.

Nach dieser letzten GR-Sitzung habe ich beim Herrn Bürgermeister einen Gesprächstermin zum Thema Förderungen gehabt. Ich wollte mich zu diesem Gespräch gut vorbereiten. Ich bin z. B. zur Frau Stadträtin Marlies Osmann nach Graz gefahren, ich war in Bregenz, wie so oft bin ich nach Wels gepilgert und habe mir angesehen, wie die Stadt Wels eigentlich Vorbild in Sachen Wirtschaftskompetenz ist. Wir wollten dem Herrn Bürgermeister Vorschläge unterbreiten, wie wir Freiheitliche uns die Wirtschaftsförderung eigentlich vorstellen könnten. Ich bin also dann mit einem Stapel an Papier, mit einem Berg an Informationen, dagesessen. Ich muß dann ganz ehrlich gestehen, ich habe es sein lassen konkrete Vorschläge zu unterbreiten, weil ich bin vor einer Fülle von ungelösten Problemen gestanden. Welche Visionen und welche mittelfristigen Ziele haben wir überhaupt in Bezug auf Industrie, Gewerbe, Handel, Beherbergungsbetriebe? Eine Frage. Welche Sparten, welche Branchen, welche Stadtteile wollen wir denn überhaupt fördern und unterstützen? Welche liegen uns besonders am Herzen? Greißler, Jungunternehmer, Innovative, oder Bestandssicherung für in Schwierigkeiten geratene Unternehmen, Umweltschutzbetriebe. Welche Förderungen von Bund, Land oder EU gibt es denn überhaupt schon? Dann kommen eigentlich die noch heikleren Fragen. Förderumfang und die ganzen Fördervoraussetzungen. Also, sie sehen, ich will damit eines sagen, das ist ein unheimlich kompliziertes Thema, das Thema Förderungen. Ich frage sie, wer sonst als ein projektbezogener Wirtschaftsbeirat, Wirtschaftsausschuß kann so ein Thema wirklich aufrollen und behandeln. In den Städten wo ich war, Graz, Bregenz und auch Wels, haben sich die Wirtschaftsbeiräte genau mit diesem heiklen Thema Förderungen, monatelang auseinandergesetzt. Ich denke, das ist ein klassisches Beispiel, wie der Aufgabenbereich eines Wirtschaftsbeirates sein könnte.

Wirtschaft ist Chefsache und das soll es auch bleiben. Das ist ganz klar, aber jeder fortschrittliche Mensch wird erkennen, daß ein motiviertes Team an ihrer Seite, Herr Bürgermeister, sicherlich viel mehr bewegen könnte, die positives bewegen könnten für Steyr.

Ich bitte sie daher, unseren Grundsatzbeschluß zur Errichtung eines gemeinderätlichen Wirtschaftsgremiums zu unterstützen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. Ich bin mir sicher, daß es noch andere Wortmeldungen gibt, aber das macht nichts, ich ziehe meine vor. Für mich stellt sich die Frage, wenn wir schon ein bestehendes Gremium haben, daß das löst, dann brauchen wir keines mehr. Aus den Reden der Vorredner höre ich, daß wir so etwas nicht haben. Dann stellt sich mir die zweite Frage: „Was kostet uns so ein Gremium?“ Dann muß ich sagen, es kostet uns eigentlich Zeit der Teilnehmer, das Haus haben wir, wenn wir es am Tag machen, dann brauchen wir nicht einmal das Licht aufdrehen, also würde ich sagen, nehmen wir uns die Zeit für so ein Gremium.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort meine sehr geehrten Damen und Herren? Herr GR Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Hohes Präsidium, meine geschätzten Damen und Herren. Ich habe mir die Unterlage mit Interesse angesehen. Ich denke, die Fragen, die drinnen offen gelassen wurden, sind nicht wenig. Die Begründung für den Antrag ist in einigen Punkten für mich nicht sehr schlüssig. Einen höheren Stellenwert als bisher, heißt es in der Begründung des Antrages, soll dem Themenkreis Wirtschaft eingeräumt werden. Gleichzeitig sagt der Kollege Hoflehner, daß er sehr zufrieden ist mit der Arbeit des Bürgermeisters, mit seiner Wirtschaftspolitik. Daher sehe ich hier in der Begründung einen gewissen Widerspruch. Ich kann mich an die letzten Jahre erinnern, ob in Steyr nun ein Bundeskanzler Kreisky zu Besuch war oder ein Bundeskanzler Vranitzky oder jetzt ein Bundeskanzler Klima. Die erste Ansprechperson, Herr Kollege Eichhübl, in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung, war immer der Bürgermeister und wir haben dafür zahlreiche Betriebe in der Region zukunftsweisendes als Geschaffen heute immer wieder festzustellen. Ich glaube, es besteht kein Zweifel, Herr StR Eichhübl, daß die Region Steyr in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung genommen hat und ohne den Einsatz des Bürgermeisters mit den betreffenden Vertretern der Bundesregierung auch entsprechend viel geleistet wurde. Einen höheren Stellenwert als bisher zu geben, im Tourismus, heißt es beispielsweise auch in der Begründung. Da sprechen eigentlich die Zahlen der Vergangenheit doch eine sehr, sehr klare Sprache. Es ist auch in den letzten Monaten immer wieder in den Medien nachzulesen, daß der Tourismus in Steyr eine gute Entwicklung nimmt. Was für mich, als einfaches Mitglied des GR, das große Problem ist? Ich werde nicht nur aus der Begründung nicht klug sondern ich finde auch keine klare Argumentationsform im Antrag. Sie schreiben ja selbst, die Organisationsform könnte in verschiedenen Varianten gestaltet werden. Über welche, sind sie sich eigentlich selbst noch nicht klar geworden. Wenn sie also, Kollege Hoflehner, das Lob des Bürgermeisters anstimmen, und ich glaube, sie tun das zu Recht, dann sollen sie sich selbst die Frage stellen: „Ja warum ändern wir die gegenwärtige Situation, warum brauchen wir dafür einen eigenen Antrag?“ Die Effizienz, an der Spitze der Stadt steht jemand, der die Verhandlungen führt, würde doch ausreichen in einer lokalisierten Wirtschaft auch, ja, das neue Wort ist äußerst wesentlich, ich glaube schon, wir sind bei den Megatrends dort angelangt, daß wir einerseits der Globalisierung das Wort reden müssen, andererseits unsere lokalen Eigenschaften, die hier im Rathaus zusammenlaufen, an der Spitze im Büro des Bürgermeisters, umzusetzen. Ich meine, denken wir doch etwa an das FAZAT welche zukunftsweisende Entwicklung für die Region dort von Experten in enger Zusammenarbeit auch bisher schon mit unserer Gemeindevertretung aufgebaut wurde. Ich meine, daß gerade diese Einrichtungen in der Zukunft verstärkt mit uns in Kooperation ausgenützt werden können. Wir stehen hier an der Schwelle ins 21. Jahrhundert. Arbeiten wir mit den bereits existierenden Einrichtungen wesentlich effizienter zusammen, als das bisher der Fall war.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Antragsteller selbst verweisen auf mehrere Varianten, auf mehrere ungeklärter Detailfragen. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, diesen Antrag an den Finanz- und Rechtsausschuß zu verweisen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der Antrag zur Geschäftsordnung steht. Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Wünscht eine Fraktion das Wort? Wir machen es der Reihenfolge. SPÖ? Das ist erledigt. FPÖ? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr StR Bremm, wenn es eine Begründung gibt, dann können wir gerne dort darüber sprechen, auch im Finanz- und Rechtsausschuß. Nur, heute soll nichts anderes geschehen, als einen Grundsatzbeschuß, daß die Rahmenbedingungen ausgearbeitet werden. Nichts mehr und nichts weniger, wenn sie den Antrag richtigerweise gelesen haben. Was soll der Finanz- und Rechtsausschuß dann weiterhin da noch hinzufügen? Also, ich halte diesen Antrag für wenig gescheit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Presse, meine sehr verehrten Damen und Herren Zuhörer. Es tut sehr gut, wenn man so oft das Wort Wirtschaft und auch teilweise das Lob hört was über die Steyrer Wirtschaft hier ausgesprochen wird. Ich kann mich den Worten von meinem Freund Klaus Hoflehner wirklich anschließen, wenn er ortet, daß es eine sehr starke Bereitschaft in der Kommune gibt auf wirtschaftliche Belange einzugehen. Das begrüße ich sehr. Anderes wäre wahrscheinlich die schwierige Situation in den letzten 10 Jahren überhaupt nicht zu bewältigen gewesen. Es ist fast unsinnig, jetzt noch einmal darauf zu verweisen, in welcher Situation wir vor 10 Jahren waren, als Industriezweige praktisch zur Gänze weggebrochen sind und diese Arbeitsplätze freigeworden sind. Wir haben auch jetzt natürlich noch eine hohe Arbeitslosenrate. Das ist überhaupt keine Frage. Aber sehr viel von diesen Arbeitsplätzen, die freigeworden sind, hat die heimische Wirtschaft, und das sind in unserer Region fast 4.000 Betriebe,

doch auffangen können. Ich gebe meinen Vorrednern auch vollkommen Recht, daß es nie genug sein kann über Wirtschaft, über Arbeitsplätze, über Arbeitsplatzsicherung zu sprechen. Linz und Wels haben einen Wirtschaftsbeirat, einen Wirtschaftsausschuß. Allerdings ohne einen permanenten Beirat. Nur zu gewissen Sachthemen wird ein Beirat beigezogen. Steyr ist einen anderen Weg gegangen. Man hat die Wirtschaft, und hier muß ich wirklich als gewählter Wirtschaftsvertreter sagen, sehr gut miteingebunden in den Entscheidungsmechanismen. Wir haben z. B. den Marketinglenkungsausschuß, der eine Team ist, wo Wirtschaftler mit Magistratsbeteiligung und auch mit politischer Beteiligung arbeitet, die auch ein Wirtschaftsleitbild für Steyr selbstverständlich entwickelt haben.

Es gibt den Runden Tisch in Steyr. Der Runde Tisch ist ebenfalls eine überparteiliche Angelegenheit aus der Region, wo das Arbeitsmarktservice, die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer, der Gewerkschaftsbund, Bürgermeistervertreter, Unternehmensvertreter, Bezirkshauptmann und Magistrat vertreten sind. Zu einem der Themen, die sie auch angesprochen haben, zum Thema Wirtschaftspark, Ansiedlungspolitik, haben wir bitte alle gemeinsam beschlossen, daß wir uns des FAZAT's bedienen. Im Vorstand des FAZAT sind ebenfalls wieder Vertreter der verschiedenen politischen Parteien, des Landes, des Bundes usw. vertreten.

Auch bei der ersten Anfrage, die heute an den Herrn Bürgermeister gegangen ist, vom Kollegen Hoflehner, habe ich ein bißchen das Gefühl gehabt, da haut der Informationsfluß nicht ganz hin. Im FAZAT-Vorstand sitzt ja auch ein Vertreter der Freiheitlichen Partei, der Herr Pressmayr, der sehr wohl über sämtliche Vorgänge und Entscheidungen informiert ist, die hier getroffen werden.

Zum Thema Beirat möchte ich eines sagen. Es ist schon ein bißchen schwierig. Die Frau Kollegin Frech hat ausgeführt, der Beirat sollte aussehen unter anderem der Tourismusdirektor, der Obmann des Tourismusverbandes, je ein Vertreter der Innenstadtkaufleute, des Vereines Steyrdorf Aktiv, der Kaufmannschaft Ennsdorf, des Vereines Villagio, Vertreter der Wirtschaftskammer, ein Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte, ein Vertreter der Konsumenten, drei Beamtenvertreter. Das klingt ein bißchen, wie es sich Lieschen Müller vorstellt, daß ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kenne ich ja gar nicht. Wo steht denn das?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Vertreter der Kaufleute stellen zwar einen sehr wichtigen Teil der Wirtschaft dar, aber selbstverständlich sind Gewerbebezeugung, Gewerbeindustrie ebenfalls Wirtschaftstreibende und sind ebenfalls bitte zu vertreten. Dieser Antrag, der gestellt wurde, läßt wirklich sehr viele Frage offen. Was wir alle glaube ich nicht möchten, ist einen zusätzlichen Ausschuß, der keine Kompetenzen hat, in dem wirklich nichts anderes gemacht wird, als in anderen Bereichen schon gearbeitet wird. Ich glaube, viel wichtiger als Worte und Forderungen ist auch die grundsätzliche Einstellung der Mandatäre zur Wirtschaft. Wenn ich in den Pressemedien lese, „Dornröschenschlaf der Steyrer Wirtschaft“, dann muß ich schon sagen, daß ganz offensichtlich jemand nicht informiert ist, gibt sich jemand wirklich nicht die Mühe, daß er mit der Wirtschaft spricht. Da genügt alleine ein Blick in unsere Medien um aufzuzeigen, was alles bitte in der Steyrer Wirtschaft passiert. Es kann natürlich schon sein, daß durch die Entfernung ein anderer Blickwinkel entsteht. Es kann natürlich wirklich sein, daß dieser „Dornröschenschlaf“, der über der Steyrer Wirtschaft herrschen sollte ...

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Die Frau Frech wohnt am Stadtplatz, die hat nicht so weit wie ich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... auch wahrscheinlich die persönliche Einschätzung einzelner Personen zum Wirtschaftsstandort Steyr ist. Klaus, du hast für dich selbst die Entscheidung getroffen von Steyr wegzugehen. Das steht dir frei, unbenommen. Aber ich finde es nicht gut, im Gegensatz dazu, Steyr schlecht zu machen. Gerade du forderst immer, daß man die Steyrer Wirtschaft unterstützen sollte. Ich darf dich zum wiederholten Mal auf deinen Ausspruch ansprechen den du gemacht hast, als du gefragt hast: „Ist es wirklich Aufgabe der Steyrer Verkehrsbetriebe für die Anhebung der Besucher- und Konsumentenzahlen am Stadtplatz zu sorgen?“ Es nützt uns gar nichts, wenn wir einen Wirtschaftsausschuß haben, wenn Vertreter in diesem Beirat, in diesem Ausschuß sitzen, deren Einstellung zur Wirtschaft so negativ ist, wie offensichtlich deiner. Ich sage das heute bewußt und so offen, weil ich glaube nicht, daß deine Worte wirklich ehrlich sind. Hier geht es um sehr viel Populismus, hier geht es um Öffentlichkeitswirkung und nicht um grundsätzliche Dinge.

Ich halte das Thema Wirtschaftsausschuß für äußerst wichtig. Ich glaube, wir sollten uns wirklich eingehend darüber unterhalten und wir können uns vorstellen, daß wir den Antrag vom Kollegen Bremm unterstützen und uns, bevor wir uns entscheiden, daß wir etwas machen, zuerst unterhalten. Wie soll es aussehen? Welche Kompetenzen soll er haben? Von wem sollen die Kompetenzen weggenommen werden? Wer soll diesen Ausschuß leiten? Usw. und so fort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Von der GAL? Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates. Jetzt einmal zur Geschäftsordnung, ob das zurückgestellt werden soll oder nicht. Ich denke, wirtschaftlicher Erfolg ist auch von der Effizienz der eingebrachten Mittel abhängig. Wir haben, glaube ich, schon einige Male in den diversen Gremien über diesen Wirtschaftsausschuß gesprochen. Das jetzt wieder an den Finanz- und Rechtsausschuß zurückzuweisen, ist alles andere als effizient. Also, ein paar Mal darüber reden, zu keinem Ergebnis kommen, dann da, sozusagen vor die Tatsache gestellt zu werden, sich einmal genau darüber zu äußern, und dann kommt der Vorschlag das wiederum in einem Ausschuß zu besprechen, wiederum hinziehen zu lassen, Monate, vielleicht Jahre. Ich denke mir einmal, das bringt uns nichts. Reden wir doch heute darüber. Warum auch nicht. Es ist ja, denke ich mir, auch für das anwesende Publikum höchst interessant über die diversen Ansichten, über Wirtschaftskompetenz der einen oder anderen Fraktion einmal genauer Bescheid zu wissen. Wirtschaftsangelegenheit ist immer Chefsache. So war es über die Jahre immer zu hören. Das ist eigentlich seit Jahrzehnten immer schon so. Das ist auch durchaus okay. Ich denke mir, wenn ein Gewerbetreibender nach Steyr kommt und er will einen Betriebsgrund haben, dann wird er sich nicht an Huber, Mayr etc. wenden sondern dann wird er zum Herrn Bürgermeister gehen. Natürlich. Der Bürgermeister ist ja bei weitem nicht auf den Mund gefallen und der wird ihm auch dann sagen, wo etwas frei ist, wie er sich das vorstellt

etc. Über die Jahre, denke ich mir, sind alle Dinge, die mit Wirtschaft im engeren oder äußeren Sinne zu tun haben, weil wir sind ja hier in Steyr keine Insel, sondern wir sind auch nur Mitglied oder Bindeglied zwischen den einzelnen Regionen hier, ist die Sache natürlich ein bißchen intensiver, ein bißchen komplizierter geworden. Der Herr Bürgermeister hat dahingehend reagiert, daß er gesagt hat, wichtig ist wirtschaftliche Kompetenz zu erlangen und hat auch seinerzeit vorgeschlagen, daß FAZAT hier miteinzubeziehen. Auch eine ganz gute Idee. FAZAT beschäftigt sich intensiv mit Wirtschaft hier in Steyr. Was vielleicht ein bißchen stört, ist die Eindimensionalität die hier herrscht, wenn sich Wirtschaft, sozusagen der Bürgermeister vorbehält in der nächsten Ebene FAZAT auch mit allen Gremien, auch mit allen Parteien, die im Aufsichtsrat hier vertreten sind. Aber die wirklich grundlegende Diskussion wird ja nicht im FAZAT geführt, sondern hier wird berichtet, hier werden Strategien miteinander beschlossen. Ja, und dann haben wir noch die Wirtschaftspartei ÖVP, mit dem Herrn Kammerstellvertreter StR Mayrhofer. So. Und wer beschäftigt sich noch in Steyr mit Wirtschaft? Na, da gibt es den einen oder anderen, da gibt es dann mehrere, wie wir an den Kilometerfaxen gesehen haben, die sich aus den Faxgeräten herausentwickelt haben. Also, es gibt beileibe mehr Menschen hier in Steyr, ganz gleich welchen „Colours“, die sich, wenn es brennt oder wenn es wichtig, oder existenzbedrohend wird, dann an die Politik melden. Da bekommt man dann Kilometerfaxe, wo darauf steht, wir brauchen einen Bus, wir brauchen keinen Bus, in dem Fall brauchen wir einen Bus. Also kommt es letzten Endes darauf an, was uns unter den Nägel brennt und welche Kompetenzen wir entwickeln. Es hat ja bislang, in hohem Maße, das ist heute schon angeklungen, funktioniert. Was ist aber, wenn diese eine Dimension oder diese zwei Dimensionen, die ich zuerst besprochen habe, ausfallen oder wenn die sehr intensiv miteinander arbeiten und alle anderen wissen nichts davon? Z. B. die Kollegin Frech hat es schon gesagt, diese überdimensionale Subventionierung des Bummelzuges oder Bummerzug, wie es im Amtsvorschlag heißt. Na, dann hört man schon aus der Wirtschaft, seltsam, eigenartig. Ich arbeite schon 20, 30 Jahre hier in Steyr und bekomme 2 % Subventionierung und dann kommt wer mit einer Idee, die ja vielleicht gar nicht so schlecht ist, und bekommt das 10- bis 15-fache an Subvention. Wie geht das? Wo ist da die Kompetenz? Aber das mag ja unter Umständen noch gar nicht ausschlaggebend sein, weil das kann ja passieren, daß man dem einen oder anderen, meistens eh nur dem einen, ein bißchen eine Zubeiße zukommen läßt. Wenn man sich hingegen das aber im Antrag ansieht, dann kann ich mich nicht erinnern, ich sitze auch im FAZAT-Aufsichtsrat, daß wir hier Förderrichtlinien erarbeitet hätten. Möglicherweise haben wir einmal über ein Wirtschaftsleitbild diskutiert. Tourismusoffensive, vom Hörensagen, Gewerbepark sehr wohl, Nahversorgung eher weniger, Märkte nein, Arbeitsmarktentwicklung, es hat eine Studie gegeben, Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, wer will das nicht, ist aber dort nicht besprochen worden und aktive Betriebsansiedlungspolitik schon. D. h., es wird nur ein gewisser Teil abgedeckt. Um aber als Fraktion, als GR-Fraktion und auch als Multiplikatoren in der Öffentlichkeit mehr Kompetenz zu erlangen, mehr zu wissen, was in der Wirtschaft in Steyr passiert, denke ich mir, spricht nichts dagegen, absolut nichts, hier diesen Vorschlag zur Durchführung zu bringen. Es hat einmal geheißsen, das steht nicht im Statut der Stadt Steyr. Stimmt, aber wenn sie sich die GR-Punkte vor Augen führen, steht weder im Statut der Stadt Steyr, daß wir uns um eine „Zentrale Kopierstelle“ bemühen müssen oder z. B., daß wir den Verein Miteinander „MOHI“ finanzieren sollen und, und. Das steht alles nicht im Statut der Stadt Steyr. Der Herr Kollege StR Mayrhofer hat so schön erklärt, daß es sehrwohl Gremien gibt, wie den „Runden Tisch“ etc., wo einzelne Gremien, Verbände, Vertreter drinnen sitzen. Ich denke mir, das ist so auch sehr in Ordnung. Nur durch Vernetzung, denke ich mir, kann dieses Wirtschaftsgefüge hier in Steyr funktionieren. Warum sollen sich nicht auch die politischen Fraktionen hier vernetzen? Hier, im GR, in einem Ausschuß oder wie auch immer. Wir tun es nicht, weil wir sagen, Wirtschaft ist Chefsache. Meine Damen und Herren, es bleibt dahingestellt, ob wir jetzt einen eigenen Ausschuß gründen, oder ob wir es im Finanz- und Rechtsausschuß, mit einem Beirat, so wie es heute schon einmal angeklungen ist, wie der Verkehrsausschuß, der funktioniert auch sehr gut, dort wird auch sehrwohl Kompetenz eingebracht, probieren. Aber es geht letzten Endes um die grundsätzliche Einstellung dazu, wollen wir mehr Partizipation in wirtschaftlichen Fragen oder wollen wir das nicht. Ich denke, Wirtschaft ist eines der vielen Lebensmittel, die diese Stadt am Leben erhalten. Warum sollen nicht alle eingebunden werden? Warum soll sich das nur auf einen erlesenen Kreis beschränken? Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So, Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Die einzelnen Meldungen der einzelnen Fraktionen hat eines sehr deutlich zu Tage gebracht. Es geht nicht um das, was der Kollege Hoflehner und ich eigentlich wollten, nämlich eine sachliche Diskussion. Wenn sie sich an die erste Wortmeldung zu diesem Thema erinnern, habe ich sie gebeten, mir einen Grund zu nennen, der gegen diesen Ausschuß spricht. Wenn ich jetzt auf diese einzelnen Wortmeldungen rückblicke, dann hast du mir, lieber Gerhard, gesagt, du wirst nicht ganz klug aus diesem Antrag, die Begründung wäre nicht wirklich klar.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Die Antragsteller sind sich selber auch nicht ganz klar.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Antragsteller sind sich nicht ganz klar. Ich glaube, das liegt schlichtweg daran, deine Wortmeldung, daß du zuwenig informiert worden bist. Vielleicht zuwenig informiert worden bis von deiner eigenen Fraktion, weil ich habe eingangs erwähnt, daß es am 9. Juni eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz gab, bei der ich Vorschläge für unterschiedliche Varianten dieses Ausschusses austeilte. Das waren diese beiden Blätter. Das war eine Diskussionsgrundlage. Nicht etwas, was sich „Lieschen Müller“ ausgedacht hat, einfach allen vorlegt und sagt, so, ich habe die Weisheit mit dem Löffel gefressen und das muß es werden. Das war ein Diskussionspapier. Ein Diskussionspapier, das in den einzelnen Fraktionen beraten werden hätte sollen. Ein Diskussionspapier, das auch von der SPÖ und ÖVP in die Hand genommen, aber nicht einmal wirklich durchgelesen wurde. Im Fraktionsprotokoll findet sich dann sofort der Satz, die SPÖ und ÖVP sind gegen einen solchen Ausschuß. Ich weiß natürlich jetzt nicht, lieber Gerhard, ob das dann in der Fraktion noch behandelt worden ist oder nicht oder ob es in der Fraktion der ÖVP weitere Behandlung gefunden hat. Es war nur signalisiert, SPÖ und ÖVP sind dagegen. Damit findet sich keine Mehrheit im GR. Wir wissen sehr wohl, ich kann es zumindest für mich behaupten und ich glaube auch, der Kollege Hoflehner weiß das, wie wir uns das vorstellen. Ein gemeinderätlicher Ausschuß, analog wie Verkehrsausschuß und Umweltausschuß, wo auch Experten, sachkundige Personen vertreten sind.

Zur Wortmeldung vom Kollegen Mayrhofer möchte ich sagen, daß ich es sehr bedauere, daß gerade von ihnen Untergriffe kommen. Ein Ausdruck wie „Lieschen Müller“ trifft mich nicht. Ich habe ein abgeschlossenes Wirtschaftsstudium, ich kenne mich aus, ich weiß wovon ich spreche. Ich glaube nicht, auf welche Art, auf welchem Niveau man Gespräche führen sollte. Ich sage auch nicht zu ihnen, ich finde, sie sind ein Paulchen Panther, der die rosarote Brille aufgesetzt hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das würde ich nicht machen. Das ist nur jetzt ein bißchen die Retourkutsche. Aber genau ihre Wortmeldung hat eines gezeigt, oder auch in Richtung des Kollegen Klaus Hoflehner. Ich will ihn jetzt gar nicht verteidigen, aber ich denke mir, genau das ist der Punkt, es geht hier um einen Grundsatzbeschluß für ein wirtschaftspolitisches Gremium. Es geht nicht um berufliche Beziehungen einzelner Mandatare da herinnen, wo sie ihren Wohnsitz haben oder nicht haben, wo sie ihren zentralen Lebensmittelpunkt haben oder nicht, ob sie am Stadtplatz wohnen oder nicht, sondern es geht darum, einen Grundsatzbeschluß zu finden, daß das Thema Wirtschaft einen stärkeren Stellenwert bekommt, im Rahmen eines politischen Gremiums, wo alle Fraktionen vertreten sind, damit Wirtschaft eben nicht mehr nur Chefsache ist. Unter anderem wird es immer Chefsache bleiben, sprich Sache des Herrn Bürgermeisters. Aber eines muß ich ihnen auch sagen, Herr Kollege Mayrhofer. Sie wissen genau, nachdem sie ja auch Wirtschaftstreibender sind, daß die Tendenzen im Bereich des Managements immer mehr in ein Wienmanagement hin geht, daß immer mehr Teamarbeit gefragt ist, daß die „Big Bosse“ im Prinzip immer mehr „out“ sind und, daß die Teams immer mehr „in“ sind. Worum es in diesem politischen Gremium auch geht, das ist ein Team zu bilden. Ein Team aus allen Fraktionen und nicht nur aus der SPÖ und ÖVP. Mein Kollege Apfelthaler hat es ja angesprochen. Derzeit findet halt die Wirtschaftspolitik im Großen und Ganzen zwischen dem Herrn Bürgermeister, weil Politik Chefsache ist, weil er aufgrund der Geschäftsressortaufteilung zuständig ist für Wirtschaftsförderung, und ein bißchen unter Einbezug des Wirtschaftskammerobmannes, der zugleich auch der Obmann der ÖVP ist, statt. D.h., da sind die Interessen klar auf den Tisch gelegt. Wenn sie ehrlich sind, wir haben uns bemüht, der Kollege Klaus Hoflehner und ich, einen sachlichen Antrag zu bringen. Wir haben uns auch bemüht, in unseren ersten Wortmeldungen wirklich nur auf der Sachebene zu bleiben. Was dann gefolgt ist, sind zum Teil untergriffige Äußerungen. Wenn sie jetzt den Antrag auf Vertagung dieses Antrages stellen, dann muß ich ihnen eines sagen. Ich bin seit Oktober 1997 in diesem Gemeinderat. Zuerst habe ich mich mit zwei Briefen bemüht, den Herrn Bürgermeister überhaupt dazu zu bewegen, das Thema Wirtschaftsausschuß auf die Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu bringen. Aufs erste Mal habe ich es gar nicht geschafft. Da ist es irgendwie unter den Tisch gefallen. Beim 2. Mal habe ich es dann geschafft. Dann wollte man auch in diesem Fraktionsvorsitzendengremium keine Grundsatzentscheidung fällen und hat gesagt, bitte arbeiten sie ein Papier aus. Und, Herr Kollege Mayrhofer, da hat man mich für kompetent genug gehalten, einen solchen Vorschlag auszuarbeiten. Der ist dann auch den Fraktionen zugegangen. Wenn sie z. B. davon sprechen, wer da jetzt in diesem Beirat drinnen sitzen soll, wenn sie es genau gelesen haben, dann steht auch dort, unter anderem. Das sind Vorschläge. Natürlich gehören auch andere Bereiche dazu. Dann ist seit dem Juni eigentlich nichts mehr passiert. Deshalb jetzt der neuerliche Vorstoß auch auf den Hintergrund aktueller Ereignisse. Jetzt zu sagen, wo man dieses Papier ein Jahr lang Zeit gehabt hätte zu diskutieren, fast ein $\frac{3}{4}$ Jahr lang, man hätte es diskutieren können, man hätte andere Vorschläge einbringen können, geben wir es in den Finanz- und Rechtsausschuß. Wollen wir noch zwei, drei Jahre warten? Wollen wir warten, bis eine neue Gemeinderatsperiode kommt? Vertagen wir es bis zur nächsten Wahl? Was hindert uns daran etwas zu tun, was in Linz und Wels selbstverständlich ist, was in anderen Städten funktioniert? Wovor haben sie denn tatsächlich Angst? Mir kommt es irgendwie so vor, als ob sie Angst davor hätten. Jetzt sitzen da die Grünen, das LiF und die F drinnen ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Geh, glauben sie, daß wir vor ihnen Angst haben?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt wird es aber fad.

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Einen Satz nur zum Abschluß. Es ist traurig, daß das Thema Wirtschaft sie fadisiert. Das tut mir Leid. Mich fadisiert es nicht. Ich finde, es ist ein hochspannendes Thema und gerade, wenn man möchte, daß auch die Mandatare ein größeres Wirtschaftsbewußtsein entwickeln, dann sollte man sie in diesem Prozeß einbeziehen. Nur eines haben sie heute nicht gesagt. Sie haben nicht die wahren Beweggründe auf den Tisch gelegt, warum sie diesen Wirtschaftsausschuß nicht wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kommt eh noch!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darf ich ihnen sage, wie ich das einschätze, warum das der Fall ist, nachdem ich kein sachliches Gegenargument gehört habe. Es geht hier schlichtweg um Macht. Es geht um Macht und es geht um befürchteten Machtverlust. Um nichts anderes. Das ist der Punkt. Wenn z. B. die Frage auftaucht: „Ja wer wird denn Vorsitzender von so einem Ausschuß?“ Herr Mayrhofer, ich hätte schon eine Idee. Die würden sie aber viel zu provokativ, viel zu plakativ und wahrscheinlich viel zu fortschrittlich finden, nämlich, daß der Vorsitzende vom Ausschuß gewählt wird, daß er sich einem Hearing stellen muß, daß er seine Kompetenz vorbringen muß. Aber derzeit sind wir noch nicht so weit. Derzeit geht es nach dem d'hondtsche Verfahren. Herr Bürgermeister, sie haben nichts zu verlieren. Nach dem d'hondtschen Verfahren, nach dem Wahlergebnis, haben sie wieder den Vorsitz vom Wirtschaftsausschuß und sie, die SPÖ, haben sogar den Stellvertreter drinnen. Die SPÖ hat den Vorsitz und stellt den Stellvertreter. Sie kann ihn natürlich gerne abgeben, an jemand anderen, der sich dafür bewirbt, der aufgrund eines Hearings besser aussteigt. Das kann natürlich sein. Aber den Vorsitz haben sie auf jeden Fall sicher. D.h., sie haben doch nicht wirklich etwas zu verlieren, sie können doch eigentlich nur etwas gewinnen. Ich würde sie wirklich bitten sich ein Herz zu nehmen, diesem Grundsatzbeschuß ihre Zustimmung zu geben und es nicht weiter zu vertagen, zu vertagen, zu vertagen, bis irgendwann das Thema wieder vom Tisch weg ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So. Jetzt kommen wir zum Schlußwort. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wenn man sich die Debatte so anhört, dann ist es schon wirklich erheiternd. Sie geht davon aus, daß man zunächst gelobt wird, daß man es ganz gut gemacht hat. Dann reden alle davon, Wirtschaft sei Chefsache. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich habe das noch nie behauptet. Das werden sie von mir noch nie gehört haben. Das kann ja nicht Chefsache sein. Wenn man sich unsere eigenen Richtlinien ansieht, unsere Geschäftsordnungen und die Wertgrenzen und alles das, wenn ich mich nicht täusche, wird ja die Wirtschaft durch die Ausgabe von Geld, Kauf oder Verkauf, bewegt. Wenn wir uns schon als Gemeinde da plötzlich eine Wirtschaftsfunktionalität einbilden, die wir gar nicht haben und die übrigens gar nicht auf eure Parteifahren hinaufpaßt, dann erheitert mich das auch noch zusätzlich. Wenn ich mich richtig erinnere, sagen ja gerade die Freiheitlichen, die Liberalen im Besonderen, bis zu einem gewissen Ansatzpunkt auch die ÖVP, die Politik soll sich doch um Gottes Willen nicht in die Wirtschaft hineinmischen. Erstens verstehen sie nichts davon, zweitens sind sie nur hinderlich, sie bauen sowie nur einen Wulst von Barrieren auf, einen Bürokratismus sondergleichen, sie sollen sich zurückziehen, nach Möglichkeit überall hinaus,. Die Wirtschaft braucht nur Raum, sich entwickeln zu können. Das ist doch Parteiprogramm meine Herrschaften. Wenn ich euch zuhöre: Wirtschaftspolitik für die Stadt müssen wir betreiben, in erster Linie und dann geht es um Rahmenbedingungen. Okay, da bin ich schon dafür, aber vieles, was da von euch angeführt wurde, kann ja deswegen schon gar nicht stimmen, weil in Wirklichkeit jeder Betrag, jede Ausgabe die irgend-etwas bewirken oder verändern soll, darum geht es doch, über S 10.000,--hinaus, muß in den Stadtsenat, meine Herrschaften, und kann dort nur beschlossen werden. Wenn es ein bißchen mehr ist, wie ihr wißt, kommt es in den Gemeinderat, wo wir alle beisammen sitzen. Jetzt frage ich euch, wie denn jemand da geheime Chefsache aus Wirtschaft machen kann, was dauernd behauptet wird. Es ist ein blöder Unsinn, wenn das verzapft wird, muß ich euch sagen. Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Es ist schon zutreffend, daß natürlich Wirtschaftstreibende auch zum Bürgermeister kommen, aber auch zum Geschäftsbereichsleiter für Finanzen, auch zum Magistratsdirektor und oftmals nur über ihre Banken, die sie beraten, wie sie zu unseren Wirtschaftsfördermitteln kommen. Übrigens bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, was eh kein Geheimnis ist, die Wirtschaftstreibenden die sich bei der Stadt um Fördermittel bemühen, aus unserem Wirtschaftsförderungstöpfchen, legen auf äußerste Diskretion wert. Die sind überhaupt nicht interessiert, das vielleicht in einem breiten Gremium zu beraten, vielleicht ihren Betrieb offen zu legen, weil sie bei uns S 25.000,-- bekommen. Also, Herr Hoflehner, das wissen sie wahrscheinlich eh selbst auch. Ich frage mich wirklich, was man will? Wenn sie gar sagen, Frau Kollegin Frech, da haben sie sich ja direkt verstiegen, muß ich sagen, wir hätten Angst vor irgendetwas. Vor was sollen wir denn Angst haben? Alles was wirtschaftspolitisch relevant ist, z. B. wo wirklich Entscheidungen getroffen werden, das ist z. B. im Planungsausschuß, wo werden Grundstücke z. B. für wirtschaftliche Verwendung oder für andere Verwendungen gewidmet, dort spielt sich Wirtschaftspolitik in Wirklichkeit ab in der Gemeinde, das wird doch ein Langes und Breites beraten und da haben wir Klausurtagungen gemacht, da haben wir nicht nur ein Stadtentwicklungskonzept, wo der Bereich Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, beschlossen. Das können sie alles nachlesen. Sie schreiben eh das alles immer wieder ab Frau Kollegin Frech, was wir in unserem Wirtschaftsentwicklungskonzept ohnehin niedergelegt haben. Das kommt dann nachher als Antrag plötzlich von den Liberalen oder ich weiß nicht von wo. Der Steg da über die Enns der steht doch im Stadtentwicklungskonzept und der Aufzug auf den Tabor steht auch da drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Papier ist geduldig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso glauben sie, daß das da drinnen steht? Weil wir uns ab dem Jahr 1991 mit dieser Materie beschäftigt haben. Ihr Problem ist, daß sie damals noch nicht dabei waren. Macht ja nichts. Jeder kommt einmal dazu. Ist ja kein Vorwurf, aber es muß doch denen erlaubt sein, die sich vor 5, 6, 8, 10 Jahren mit dieser Materie beschäftigt haben, daß sie sagen, bei so einer konkreten Angelegenheit, mit dem haben wir uns eigentlich auch schon beschäftigt und da haben wir damals festgeschrieben, beschlossen, daß wir so und so vorgehen oder, daß wir so und so gestionieren werden. Also, diese Dinge, die sie da alle ansprechen, sind nicht unwichtig. Wirtschaft ist natürlich nicht fad. Fad ist sie nur, wenn sie sagen, wir hätten vor irgendetwas Angst und die Wirtschaft sei nicht eingebunden. Das ist in Wirklichkeit nicht der Fall, weil hinter jedem Vorgang, wenn wir einen wirtschaftspolitischen Beschluß fassen, eine Förderung oder sonst irgendetwas, steht ja ein konkreter Antragsteller und wird auch konkret abgehandelt. Und zwar kann es in den Ausschüssen genauso abgehandelt werden, im StS wird es auf alle Fälle abgehandelt, wenn es ein bißchen mehr Geld ausmacht dann im GR. Wenn ich mir hier verschiedene Details ansehe, ja schauen sie, der Bummelzug. Ein Thema, mit dem man sich offenbar endlos beschäftigen kann. Ich habe ihn heute zum ersten Mal am Stadtplatz fahren sehen. Mich freut es, sage ich euch, meine Damen und Herren des GR, daß es ihn gibt. Wenn sie von Tourismusoffensive reden und gleichzeitig den Bummelzug kritisieren, dann sage ich ihnen, daß das nicht zusammenpaßt. Fragen sie bitte sehr den Herrn Tourismusdirektor, fragen sie die Mitglieder der Tourismuskommission oder den Vorstand des Tourismusverbandes, in dem wir auch wieder drinnen sitzen und natürlich überwiegend am Tourismus interessierte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die werden alle, ohne Ausnahme, den Bummelzug begrüßen. Natürlich haben wir eine größere Förderung als gewöhnlich gegeben. Aber ausschließlich aus dem Grund, weil es ein zusätzliches Highlight für den Tourismus ist, weil es das in anderen Städten auch gibt. Nicht deswegen, weil wir dem Herrn Reichenpfader oder seinem Geschäftsführer in dem Hotel besonders schön tun wollen, das liegt uns ja vollkommen fern, sondern wir haben einen Schwerpunkt dort gesetzt. Es ist eine Risikoinvestition. Es sind 2 Millionen Schilling, die der dort hin legt und nicht genau weiß, wie das Ding funktionieren wird. Wir hätten uns auch längerfristig binden sollen, mit viel kleineren Beträgen, das hätte nämlich der Konsenswerber gewollt. Da waren wir damals nicht dafür. Wir wollten es nicht direkt in die Verkehrsbetriebe einbinden, weil wir nicht einschätzen können, wie das wirklich funktioniert. Aber, daß es gut aussieht, wenn da Fremde oder Steyrer mit dem Ding fahren, das steht doch wohl außer Frage. Das ist so ein Thema und das haben sie im StS und im GR nicht ausreichend debattiert. Ich war nicht dabei, ich habe gehört, es war auch eine ausführliche Debatte. Was fehlt ihnen da bitte an Information?

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, abstimmen, diskutieren, alles haben sie können. Schauen sie, Lehrlingsförderung haben wir lange hin und her überlegt, wie das alles geht. Wir haben wirklich ausführlich beraten. Funktioniert auch sehr gut, weil es ist fast die ganze halbe Million von Steyrer Wirtschaftstreibenden, die zusätzliche Lehrlinge eingestellt haben, abgeholt worden. Mich freut es, daß mit unseren 15 und mit den 35, oder was das waren, daß wir 50 Lehrlinge mehr in eine Berufsausbildung gebracht haben. Es war effektiv, es war wirkungsvoll. Es war gar nicht so leicht, die Förderrichtlinien auszutüfteln. Wir haben es aber getan. Schauen sie, ich stelle eine andere Frage Frau Kollegin Frech oder Herr Kollege Hoflehner oder wer immer. Wir haben den Finanz- und Rechtsausschuß, wir haben den Planungsausschuß. Das sind die entscheidenden Ausschüsse. Vielleicht gibt es in anderen Ausschüssen auch wirtschaftsrelevante Themen. Das ist durchaus auch der Fall. Warum haben sie denn so ein Thema, das ihnen so am Herzen liegt, nicht in diesen Ausschüssen eingebracht? Sie sitzen ja drinnen. Sie können ja gerne jedes Thema in dem Ausschuß einbringen. Sie kennen das Statut, sie brauchen ja nur sagen, Antrag, ich möchte das auf die Tagesordnung. Alles ist möglich. Kein Mensch wehrt sich dagegen. Ich sage ihnen, warum ich einen Ausschuß ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, sie haben eine Frage an den Kollegen Hoflehner oder an mich gestellt. Ich möchte sie beantworten. Aus dem ganz einfachen Grund, weil der Finanz- und Rechtsausschuß im Schnitt jedes 2. Mal mangels Themen abgesagt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, er wird nur dann abgesagt, wenn keine originären Akten vorliegen. Aber sie können ja beitragen. Sie brauchen ja nur verlangen, daß das Thema auf die Tagesordnung kommt. Wir haben dabei überhaupt kein Problem. Verstehen sie mich richtig? In Linz und in Wels gibt es gemeinderätliche Ausschüsse. Da sitzen GR drinnen. Das muß man einmal ganz genau festhalten. Der Kollege Mayrhofer hat das auch gesagt. Wir haben statt 11 dann 12 Ausschüsse. Es sitzen wieder dieselben Leute, wie sie alle hier sind, in einem Ausschuß mehr drinnen und reden dort über Wirtschaftsthemen, obwohl ich behaupte, und das kann man ja nicht so einfach widerlegen, daß man im Finanz- und Rechtsausschuß, und natürlich auch im Planungsausschuß, die grundsätzlichen Wirtschaftsthemen alle debattieren und diskutieren könnte, auf Wunsch von einem Gemeinderat. Das ist überhaupt kein Problem. Und schauen sie, das wird eigentlich nicht gemacht. Was sie wollen, ist ein zusätzlicher Ausschuß. Es wird der Eindruck erweckt, die Wirtschaft in Steyr funktioniert besser, wenn man einen zusätzlichen Ausschuß da einrichtet, wo dieselben Leute drinnen sitzen. Wissen sie, ich sage ihnen etwas. Mich würde eventuell ein Beirat noch mehr interessieren als wie ein zusätzlicher Ausschuß, weil jeder ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Moment, lassen sie mich fertig ausführen. Wissen sie, kein Mensch hält sie auf, irgendwem oder mich, wenn ich mit euch über ein Wirtschaftsthema reden will. Das ist gar kein Problem. Das können wir tun. Heute noch, morgen, wie wir wollen. Warum tun wir es denn nicht, wenn wir so einen dringlichen Wunsch haben, obwohl die Ausschüsse dafür zur Verfügung stehen? Schauen sie, Frau Kollegin Frech. Ein Beirat würde mich vielleicht interessieren, aber nicht deswegen, weil wir dann einen Beirat haben und sagen können, halleluja, die Wirtschaft in Steyr geht aufwärts, wir haben einen Beirat, super. In Linz und in Wels haben sie auch keinen Beirat. Vielleicht ist ein Beirat etwas Gutes. Sollten wir vielleicht darüber weiter diskutieren. Aber bitte, da möchte ich Leute drinnen sitzen haben, die aufgrund ihrer Erfahrung, ihrer Kompetenz, ihr Wissen um diese Zusammenhänge in der Wirtschaft und aufgrund unserer speziellen Situation wirklich neue Inputs bringen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Wir ja auch Herr Bürgermeister. Wir wollen dasselbe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja sehen sie, es ist heute schon gesagt worden, wir haben einen runden Tisch, wir haben den Lenkungsausschuß. Da sitzen ja eh die Stadtplatzkaufleute drinnen. Oder vielleicht nicht? Die sitzen

alle drinnen. Ja soll ich noch einen Ausschuß und noch einen Beirat machen, wo wir wieder dieselben beieinander sitzen? Es geht doch um die Effizienz eines solchen Ausschusses. Unsere Zeit ist in Wirklichkeit kostbar. Wir sollen ja arbeiten und nicht nur sitzen und irgendwelche Beratungen durchführen, ich weiß nicht, damit wir eine Presseaussendung machen können. Meine Damen und Herren, darauf soll es doch nicht hinauslaufen sondern es sollte Arbeit gemacht werden. Schauen sie, die Frage Wirtschaftspark und optimale Umsetzung. Sie bringen das so, Herr Hoflehner, in Wels da haben sie eine Betriebsansiedlungsgesellschaft. Na super. Haben die so etwas.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und zwar haben die das schon lange. Haben sie sich schon erkundigt was die kostet?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Wissen sie, was Wels Kommunalsteuereinnahmen hat? 200 Millionen. Wissen sie was wir haben? Das ist der Unterschied, daß die sich darum kümmern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Hoflehner, fragen sie einmal den Finanzreferenten der Stadt Wels, was ihm Sorgen macht. Sie reden nur von Wels. Ich weiß nicht, haben sie dort eine Filiale oder was?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann ihnen nur eines sagen. Der Finanzreferent der Stadt Wels, wer ist das?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich weiß nur ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ah, das wissen sie nicht! Da haben wir es eh schon wieder.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist eh klar. Na so ist ja das.

Diskussion zwischen Bürgermeister Hermann Leithenmayr und GR Ing. Klaus Hoflehner.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind in der Geschäftsordnungsdebatte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eh, wir sind es eh.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat ja schon die zweite Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, er hat nicht die zweite Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage ihnen etwas. Schauen sie, erstens einmal ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind in der Geschäftsordnungsdebatte und ich verstehe nicht, daß die SPÖ eine zweite Wortmeldung zur Sache abgibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein lieber Herr Dr. Pfeil. Bis jetzt habe ich außer eurem Antrag noch nichts vorgelesen und noch kein Wort dazu gesagt. Als Referent, glauben sie, darf ich kein Wort dazu sagen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da hätten sie vorher die Möglichkeit gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso denn?

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da hat die SPÖ keine Wortmeldung abgegeben, dann ist die zweitstärkste Fraktion dran gekommen, das sind wir, dann die anderen beiden Fraktionen und dann spricht der Bürgermeister als SPÖ zur Sache.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin Referent. Ihr sagt, es ist Chefsache.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben zuerst darauf verzichtet.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich zur Geschäftsordnung etwas vorlesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kenne das eh jeder. Herr Vizebürgermeister du bist nicht am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Über einen § 8 steht hier: Über einen Antrag der Geschäftsordnung ...

Ordnungsruf

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment einmal. Ich habe den Vorsitz. Wieviele Leute haben jetzt gesprochen? Ich kenne die Geschäftsordnung, ich brauche sie nicht einmal herunterlesen, weil ich sie vorher gesagt habe.

Von der SPÖ hat niemand das Wort ergriffen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ihr habt darauf verzichtet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben nicht verzichtet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

SPÖ nein, FPÖ ja, ÖVP und dann Liberale und Grüne.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Man kann ja am Schluß auch reden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das steht hier nicht. Die SPÖ hat nein gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer sagt denn das?

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich lobt mich zwar zum Chef aber sagen darf ich dazu nichts.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So möchtet ihr das gerne haben.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte euch erinnern, daß die Präsenz bei den Sitzungen eh nicht so berühmt ist. Es haben schon Sitzungen abgesagt werden müssen, weil die Mehrheit, das Forum, nicht da war. Daran möchte ich bei dieser Gelegenheit schon erinnern. Noch einen Ausschuß machen, halte ich nicht sehr effektiv. Ich mache euch einen Vorschlag. Vielleicht kann man sich mit dem anfreunden. Ist mir gerade erst eingefallen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie wäre es denn, weil durch das Reden kommen ja die Leute zusammen, wenn wir unseren Finanz- und Rechtsausschuß Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß nennen? Wenn wir das tun, dann haben wir den Ausschuß mit Wirtschaft. Wenn das euer Anliegen ist. Wir können natürlich, aber das hätten wir jetzt auch schon können, nach den Wünschen unserer Mitglieder des Gemeinderates, auch Einzelne können das, Fraktionen sowieso, hier auch Themen, die sie sich wünschen, auf diese Tagesordnung setzen lassen und das wird geschehen. Schauen sie, mich stört eines. Wenn ich sage, macht mir bitte Vorschläge wie denn und in welcher Weise wir unser Förderungssystem ändern sollen. Ich bin gesprächsbereit. Sie haben mich zitiert Herr Hoflehner, das hat mich sehr gefreut, bitte, dann kommen keine Vorschläge, dann sagt ihr wieder, das ist Chefsache. Wenn ich sage, bitte was wollt ihr geändert haben, man muß sich nur alles überlegen, das ist Beratungsfrage. Wir könnten theoretisch sagen, uns interessiert kein einziger Metallbetrieb mehr, weil wir haben eine Monostruktur, aber alles was Glaserer, Kunststoff und Holz ist, dort fördern wir intensiver und nehmen das Geld für die in Anspruch. Das könnten wir tun, darüber wird man debattieren, aber dann gibt es natürlich die Förderungen, die wir jetzt haben, nicht mehr. Oder wir müssen unser Wirtschaftsbudget massiv aufstocken. Wenn das der Hintergrund ist, daß sich der Verein nur zusammensetzt um Forderungen an den Stadtsäckl zu erheben, die wir uns nicht leisten können, dann ist das auch ein Hornbergerschießen, weil auf der anderen Seite stehen Verkehrsprojekte, Schulprojekte und ich weiß nicht was, 1.000 Geschichten und Sozialprojekte, die wir nicht „dabandln“ können. Wir müssen uns schon darüber im Klaren sein, was wir wollen. Wir können im Finanz-, Rechts-, und wenn wir den umtaufen auch noch auf Wirtschaftsausschuß, alle diese Themen, die sie da anführen, beraten. Förderrichtlinien haben wir ohnehin dort zu beraten, das muß sowieso der ganze GR beschließen. Das haben wir erst das letzte Mal im Jahr 1992 getan. Erstellung eines

Leitbildes können wir beauftragen. Da können wir darüber diskutieren. Über Tourismusoffensive können wir uns zwar unterhalten, wird aber sehr notwendig sein zu hören, was die, die dort wirklich etwas davon verstehen, nämlich mehr wie wir, weil sie zum Teil davon leben, Tourismuskommission, Vorstand des Tourismusverbandes, wo eh alle Fraktionen drinnen sitzen, da werden wir vermutlich nur unterstützen können, was wir jetzt auch tun. Wenn ich den Bereich Gewerbepark nehme, wird die Welt anders aussehen, wenn wir uns anhören, welche Vorbereitungen getroffen worden sind und welche Maßnahmen als nächstes umzusetzen sind. Die Frage der Nahversorgung, da können wir uns gerne unterhalten. Es ist ein Wirtschaftsthema. Wir haben eine eigene Nahversorgung, Förderung ist aber fast nicht zu machen, das wissen sie auch meine Damen und Herren, daß man mit noch so hohen Förderungen zustande bringt, daß jemand in einem Bereich, wo das Geschäft nicht geht, halt Nahversorgung macht. Die Frage der Werte liegt sowieso beim Referenten. Wir haben darüber immer debattieren können, wenn wir das gewollt haben. Das hat dabei keine Schwierigkeit gegeben. Die Arbeitsmarktentwicklung wird berichtet, aber das wird halt nicht leicht sein, mit Ausnahme von unseren eigenen Maßnahmen, weiß Gott was dazu zu tun. Klein- und Mittelbetriebe ist ein Förderungsproblem, aktive Betriebsansiedlungspolitik, bitte sehr, das hängt mit Wirtschaftspark intensiv zusammen. Also, Themen, die wir ohnehin laufend bearbeiten usw.

Ich würde vorschlagen, benennen wir unseren Finanz- und Rechtsausschuß um in einen Ausschuß für Rechtsfragen, Finanzfragen und Wirtschaftsfragen. Also, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuß. Da würden wir dann in dem Bereich alles bedecken können und hätten für diese strittige Frage auch eine Lösung gefunden. Dort können wir uns auch unterhalten, ob wir vielleicht einen Beirat möchten und wie ein so ein Beirat beschaffen sein soll. Weil, daß wir dort andere Spezialisten brauchen, für die Ansiedlung eines von Wirtschaftsbetrieben und Wirtschaftspark als wie für das Stadtplatzmarketing, steht einmal außer Frage und mit diesen Dingen können wir uns dann im Detail beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung des Antrages der Geschäftsordnung, Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß und ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Noch einmal zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann aber zuerst einmal aussprechen. Erweiterung auf den Wirtschaftsausschuß, Wirtschaftsbeirat. Da müssen wir zuerst zuweisen, beraten und dort können wir es dann beschließen und den Antrag einbringen. So müßten wir es machen. Über diesen Antrag müssen wir zuerst abstimmen und dann kann der nächste Antrag eingebracht werden.

Präsidialdirektor

Dr. Gerhard Alphasamer:

Im Geschäftsordnungsantrag steht das zur Abstimmung, jawohl.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Steht das zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Geschäftsordnungsantrag ist nicht korrekt formuliert, weil es heißt: Antrag auf Verweisung einer Angelegenheit zur Vorberatung in den zuständigen Ausschuß. Eine Vorberatung, dieses Wort fehlt hier, impliziert für mich eine positive Zustimmung.

Präsidialdirektor

Dr. Gerhard Alphasamer:

Vorberatung heißt es. Zur Vorberatung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann nehme ich an, das Thema ist akzeptiert.

Präsidialdirektor

Dr. Gerhard Alphasamer:

Es wird in den Ausschuß vorzubereiten sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann formulieren sie einmal den Abänderungsantrag bzw. den Geschäftsordnungsantrag.

Präsidialdirektor

Dr. Gerhard Alphasamer:

Der war genaue der Wortlaut der Ziffer a). Antrag auf Zustimmung zur Behandlung des Verhandlungsgegenstandes zur Vorberatung an den Finanz- und Rechtsausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wie lautet er jetzt?

Diskussion zwischen Vzbgm. Friederike Mach, Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil und MD Dr. Kurt Schmidl.

Magistratsdirektor

OSR Dr. Kurt Schmidl:

Im Finanz- und Rechtsausschuß wird dieser Antrag vorberaten. Der Finanz- und Rechtsausschuß muß dann zu einer Entscheidung kommen, vielleicht kommt er zu der Entscheidung, daß der Ausschuß dann um den Namen Wirtschaft erweitert wird und dann kommt der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat. So ist es.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Über diesen Antrag werden wir jetzt abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GR Kurt Apfelthaler. Wer ist dagegen? 11 (FPÖ, LIF, GR Andreas Kupfer). Wer übt Stimmenthaltung? Wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir 20 Minuten Pause machen.

Pause von 16.40 Uhr bis 17.15 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates. Ich bitte sie, die Plätze einzunehmen und die Frau Vzbgm. Mach ersuche ich um ihre Antragstellungen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um die Finanzierung für den Verein „Miteinander - MOHI“, des Wochenend- und Feiertagsdienstes 1999. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

SH-510/99

Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 09.03.1999 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, 4400 Steyr, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für

den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 1999 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 418.272,--

(Schilling vierhundertachtzehntausendzweihundertsiebzwei)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Ich sehe keine Einwände. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um den Verein „Aktion Tagesmütter“, das Subventionsansuchen für 1999. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-239/97

Verein „Aktion Tagesmütter“; Subventionsansuchen für 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 12.3.1999 sowie nach Beschlußfassung im Sozialausschuß wird dem Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ für das Jahr 1999 eine Subvention im Ausmaß von S 2.000,-- pro betreutem Kind und Monat, höchstens jedoch S 750.000,-- insgesamt, gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder unter 3 Jahren.

Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten bei der VSt. 1/4390/757000.4 ein Betrag von

S 750.000,--

(Schilling siebenhundertfünfzigtausend)

freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag Nr. 5) steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich die GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Hier geht es in meiner Wortmeldung nicht darum den Verein Tagesmütter um das Subventionsansuchen im Detail, mir geht es um einen sehr konkreten Punkt aus diesem Antrag. Und zwar geht es mir um diesen Punkt, daß sich die monatliche Auszahlung des Subventionsbetrages nach der Anzahl der Kinder unter 3 Jahren richtet. Diese Regelung, nur Kinder bei Tagesmüttern zu Subventionieren die unter 3 Jahre sind, hat zwar einen Hintergrund, nämlich den, daß die Stadt Steyr verpflichtet ist, Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen, weil sonst die Stadt verpflichtet wäre, einen Teil, die sogen. Sondernotstandshilfe, zu refundieren. Aus diesem Grund war die Stadt Steyr in den letzten Jahren immer bemüht verstärkt die Betreuungseinrichtungen auszubauen, für Kinder unter 3 Jahren. Das Problem das sich allerdings stellt ist, wenn sie jetzt ein Kind haben, das über 3 Jahre ist. Der Verein Tagesmütter nimmt zwar Kinder über 3 Jahre, bekommt dafür aber keine Subvention, keine finanzielle Förderung. Das bedeutet natürlich im Endeffekt eine Schlechterstellung von Eltern mit Kindern über drei Jahren gegenüber denen unter drei Jahren. Der Grund ist schlichtweg der, natürlich wird es sich im Regelfall so ergeben, daß bei Kindern ab dem 3. Lebensjahr man sie in den Kindergarten geben wird. Aber gerade aufgrund der Flexibilisierung der Arbeitszeit wird sich das mitunter nicht ausgehen, weil die Mutter oder der Vater beispielsweise am Samstag oder am Abend arbeiten muß. Die Tagesmütter können schlichtweg flexibler sein, als das eine Institution aufgrund ihrer organisatorischen Struktur sein kann. Ich würde daher plädieren, daß wir das nicht heute machen. Ich habe mir zwar dazu einen Abänderungsantrag überlegt, ich habe ihn auch kopiert, aber ich habe in der Diskussion zum Thema Wirtschaftsausschuß gemerkt, wenn man nicht einmal ein Thema behandeln will über das man schon 1 ½ Jahre spricht, dann sicherlich auch nicht über eines das relativ neu ist. Ich würde aber bitten, diesen Abänderungsantrag, den ich ihnen jetzt vorlese, zur nächsten Sozialausschußsitzung zuzuweisen, damit wir uns dort intensiv zu diesem Thema unterhalten können. Ich lese ihnen jetzt den Antrag im Detail kurz einmal vor.

Abänderungsantrag

Die Stadt Steyr hat in den letzten Jahren die Betreuung für Kinder unter drei Jahren ausgebaut. Es gibt dazu auch eine De-facto-Verpflichtung der Gemeinden, ausreichend Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung zu stellen. Gibt es diese Betreuungsplätze nämlich nicht, so ist die Stadt zur teilweisen Erstattung der sogen. Sondernotstandshilfe verpflichtet.

Für Betreuungsplätze für Kinder über 3 Jahre gibt es diese Verpflichtung allerdings nicht. Dies führt unter anderem dazu, daß Eltern mit Kindern über 3 Jahre schlechtere Rahmenbedingungen vorfinden als solche mit Kindern unter drei Jahren. Hinzu kommt, daß gerade aufgrund der Flexibilisierung der Arbeitszeit, Eltern mit Kindern über drei Jahren oftmals nicht auf Kindergartenplätze überwechseln können sondern weiterhin auf Tagesmütter angewiesen sind. Der Verein Tagesmütter nimmt zwar auch Kinder über drei Jahre auf, bekommt diese allerdings nicht gefördert, da das förderungswürdige Alter derzeit bei drei Jahren endet. Die finanzielle Belastung des Vereines als auch der Eltern ist daher eine viel größere als bei Kindern unter drei Jahren.

Ein Punkt kommt noch dazu.

Das Kind wird beispielsweise im Februar drei Jahre. Dann kann es aber nicht automatisch sofort in den Kindergarten überwechseln, weil der Kindergarten nimmt ja unter dem Jahr im Regelfall nicht neue Fälle auf.

Die Beschlußfassung ginge dann in die Richtung, daß Eltern die Wahlfreiheit haben sollen, ihre Kinder jenen Betreuungseinrichtungen anzuvertrauen, die sowohl den Bedürfnissen der Eltern als auch der Kinder am ehesten entsprechen. Um eine Gleichstellung der Kinder unter drei Jahren mit jenen über drei Jahren zu erreichen, sollen Subventionen an Kinderbetreuungseinrichtungen nicht davon abhängig gemacht werden ob das Kind bereits das dritte Lebensjahr erreicht hat oder nicht. Die Altersgrenze sollte daher zumindest an den üblichen Endzeitpunkt des Besuches des Kindergartens angepaßt werden. Ich würde sie bitten, diesen Antrag dem nächsten Sozialausschuß zuzuweisen um dort eine Diskussion darüber führen zu können.

Es ist wirklich ein Problem, was viele Eltern betrifft. Ich möchte auch jetzt noch gar nicht abstimmen lassen, ich würde sie aber bitten, das auf die nächste Sozialausschußsitzung zu setzen. Früher konnte ich es nicht tun, da die letzte Ausschußsitzung erst im Dezember, glaube ich, das letzte Mal stattgefunden hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Oppl Walter.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Nur ganz kurz. Frau Kollegin Frech, ich denke mir, wir sollten an und für sich die Kirche im Dorf lassen. Wir haben in den letzten Jahren Strukturen von Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen, nämlich für Kinder von 1 bis 3 Jahren, weil eben ab 3 Jahren erst der Kindergarten ist und es vorher das nicht gegeben hat. Parallel und vorher, sind ja schon die Tagesmütter geschaffen worden. Ich denke mir, wir müssen aufpassen, daß diese ganzen sozialen Einrichtungen einfach nicht ausufern. Wir können alle miteinander sehr kreativ sein und Betreuungsformen finden, wo immer der Bedarf gegeben ist. Wir werden ja bei der nächsten Sozialausschußsitzung wahrscheinlich einige Beispiele präsentiert bekommen, wo das auch wieder automatisch mit einem erhöhten finanziellen Aufwand verbunden ist. Ich glaube, daß wir momentan in Steyr mit unseren Einrichtungen ausreichend versorgt sind. Das Argument, daß Kinder über drei Jahre, die z. B. im Februar drei Jahre werden und somit noch nicht in den Kindergarten eingeschrieben werden können, ist nicht ganz richtig, weil da sagen die Richtlinien, die Förderungsrichtlinien und die Bestimmungen von der Abteilung Jugendwohlfahrt, von der Landesregierung, daß solche Kinder sehr wohl bis zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres, auch wenn sie bereits drei Jahre sind, in den Kleinstkinderbetreuungseinrichtungen behalten werden können. Also auch da ist es abgedeckt. Ich sehe an und für sich keinen Bedarf, daß wir diese Regeln und Richtlinien da aufbohren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Noch eine Wortmeldung. Bitte Frau Kollegin Großalber.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte die Wortmeldung vom Kollegen Oppl nur ergänzen und aufklären. In unseren städt. Kindergärten können die Kinder sehr wohl auch unter der Zeit eintreten, wenn ein Platz vorhanden ist. Es kann nur passieren, daß in dem Betrieb, wo jemand hin will, kein Platz frei ist. Aber wenn sie heute irgendwo ein Kind anmelden, vielleicht nur ein paar Straßen weiter, ist sicher ein Platz vorhanden. Ich persönlich, aus Erfahrung, habe eigentlich Eltern noch nie jammern gehört, daß am Samstag zu ist. Im Gegenteil. Eltern wollen ihren Kindern ja auch irgendwo ein bißchen ein Familienleben schaffen. Ganz ehrlich gesagt, ich bin aus diesen Gründen auch, wirklich ein ganz starker Gegner von diesen erweiterten Ladenöffnungszeiten, die all unseren Kindern eigentlich nur schaden. Das paßt jetzt vielleicht nicht dazu, aber ich denke mir, das wäre vielleicht ein richtigerer Ansatz, als wenn wir das noch weiter ausweiten und die Kinder immer noch weiter abschieben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, eines ist vergessen worden und das ist mir besonders wichtig, wenn sie bei den Tagesmütter sind. Ich bin froh, daß wir sie haben und es gibt sie ja schon seit 1990, aber ich glaube, es ist auch für die Kinder ganz wichtig, daß sie Kindergärten besuchen, wo sie eine pädagogische Ausbildung bekommen, wo die Kinder lernen, sich in die Gemeinschaft einzufügen, wo sie die richtige Lernart haben. Das sollten wir nicht vergessen. Darum sage ich auch, daß ich dafür bin, daß wir die Tagesmütter haben, daß wir Hort- und Kindergartengruppen haben. Wichtig ist es, daß sie dann auch die Tagesstätten besuchen. Wir haben ja auch genügend Hortplätze, wo sich die Kinder wohl fühlen können, wo sie eine pädagogische Ausbildung haben, wo sie aber auch spielen können. Länger als 38 oder 40 Stunden ist keine Frau berufstätig. Die Möglichkeit besteht immer, wenn ein Elternteil zu Hause ist, daß sich das Kind zu Hause dann wohler fühlt. Das ist auch meine Meinung und darum bin ich auch dafür, daß man es bis zu diesem Alter läßt und es nicht erhöht. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist StR Eichhübl. Bitte ans Rednerpult.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Herr Bürgermeister Leithenmayr hat ja bereits in seinen Mitteilungen über die derzeit in Gang befindlichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Städt. Hallenbad berichtet. Mit diesem Antrag bin ich noch nicht so weit. Erst der nächste Antrag wird sich damit befassen. Ich darf einen kurzen Blick zurück machen und zwar ebenfalls die Sanierung des Hallenbades betreffend, nämlich die 2. Bauetappe, 1. Teil. Da ist es im Wesentlichen darum gegangen, daß der Garderobentrakt im Obergeschoß, der Eingangsbereich mit der Kassenhalle, Personalräume, Massageeinheit und haustechnische Anlagen, nach dem Stand der neuesten Technik adaptiert wurden. Aufgrund der nunmehr vorliegenden Schlußrechnung wird um nachträgliche Auftragserrhöhung bei folgenden Leistungen ersucht. Es hat nämlich bei den Betonsanierungsarbeiten, so wie im Amtsbericht angeführt und auch im Stadtsenat darüber diskutiert und beschlossen, eine Auftragserrhöhung von S 467.150,82 gegeben. Bei den Tischlerarbeiten eine Erhöhung um S 481.866,90 und schlußendlich bei den Fliesenlegerarbeiten eine Auftragserrhöhung von S 87.928,47 gegeben. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß es trotz dieser eher unerfreulichen Mehrausgaben bei anderen Aufträgen, nämlich bei insgesamt drei Aufträgen, eine Kostenunterschreitung um S 478.000,-- gegeben hat. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen.

Bau5-3862/88

Sanierung Hallenbad Steyr; 2. Bauetappe; 1. Teil; Auftragserrhöhungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 10.3.1999 wird den Auftragserrhöhungen für die Sanierung des Hallenbades, 2. Bauetappe, 1. Teil, wie folgt zugestimmt:

Betonsanierungsarbeiten

Von netto S 451.984,68 um **S 467.150,82** auf S 928.358,82.

Tischlerarbeiten

Von netto S 1.444.553,10 um **S 481.866,90** auf S 1.926.420,--

Fliesenlegerarbeiten

Von netto S 722.892,53 um **S 87.928,47** auf S 810.821,--

Die Deckung der Mittel kann bei den im Rechnungsjahr 1998 unter VSt. 5/833000/010140 genehmigten Mitteln gefunden werden.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Kollege Gabath bitte sehr.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Beim Pkt. A) Betonsanierungsarbeiten ist ein Rechenfehler. Entweder ist die Aufzahlungssumme um S 9.200,-- so niedrig oder zu hoch oder die Gesamtsumme ist nicht S 928.000,-- sondern S 919.000,--. Das möchte ich sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Können wir das Rechenexempel in der Kürze lösen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wenn ich den Kollegen Gabath richtig verstanden habe, dann müßte die Summe S 451.984,68 und S 467.150,82 nicht S 928.000,-- ausmachen. Ich muß ehrlich sagen, im Kopf zusammenrechnen, ...

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ich habe es nachgerechnet. Es stimmt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Was im Amtsbericht drinnen steht?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Was der Walter gesagt hat stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Was der Herr Gabath gesagt hat stimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich würde vorschlagen, meine Damen und Herren, daß das richtig gestellt wird, daß wir aber die Auftragserteilung zeitgerecht vornehmen. Einverstanden?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, dem ist nichts hinzuzufügen. Offensichtlich ist tatsächlich ein Rechenfehler passiert, aber der Kollege Gabath hat den Amtsbericht und die Zahlen sehr aufmerksam studiert. Ich darf sie aber bitten, trotzdem, unter dem Aspekt der Berichtigung, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 (LIF). Einfach so?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

100 % Auftragserrhöhung, das ist eine unendliche Geschichte. Aber ich wollte nicht noch einmal eine Diskussion anfangen. Ich habe es letztes Mal schon gesagt, in Zukunft gibt es eine Enthaltung.

Zwischenruf: Aus Protest!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nicht aus Protest sondern weil es eine unendliche Geschichte wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na gut. 1 Stimmenthaltung bitte ins Protokoll aufnehmen. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nr. 7) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, betrifft, wie angekündigt, ebenfalls die Sanierung des Hallenbades, nämlich die derzeit laufende Sanierung, 2. Bauetappe, 2. Teil und die dazu notwendigen Vergaben von Aufträgen. Es geht im Wesentlichen darum, daß die Sanierung Sauna, Lehrschwimmbecken, Verbindungsstiege von der Sauna zur Halle und die Büfettisanierung ansteht, so wie es ihnen der Herr Bürgermeister in seiner Mitteilung bereits dargelegt hat, was zur Zeit dort geschehen soll. Im Übrigen sieht der Plan so aus, daß zur Zeit das Hallenbad geschlossen ist, seit 6. April, und etwa im Oktober sollte dann diese 2. Etappe, 2. Teil beendet werden. Heute geht es in dieser 2. Ausschreibungsphase um die Dachdecker, Spengler, Fliesenleger, Trockenbau, Maler- und Anstreicher-, Schlosser-, Bau- und Möbeltischlerarbeiten sowie die Lieferung und Montage der Saunaeinrichtung und den Einbau von Kühlzellen für das Büfett. Ich darf vielleicht auf eines noch, bevor ich im Detail auf diesen Antrag komme, hinweisen, daß, wenn diese Bauetappe abgeschlossen ist, etwa 70 Millionen Schilling in diese Sanierung und Umbau des Hallenbades investiert sein werden und vom Land eine Förderungsquote in der Höhe von etwa 40 %

zu erwarten sein wird. Da darf ich gleich vorweg die Kollegen von der ÖVP ersuchen sich im Lande stark zu machen, um doch die Förderungsquote etwas anheben zu können. Es gibt da ein Beispiel einer Badsanierung, nämlich in Losenstein, wo also 100 % dieser Sanierungskosten vom Land übernommen werden und in weiterer Folge es auch Förderungen für den ständigen und laufenden Betriebsablauf und dessen Kosten geben wird. Meine Damen und Herren, ich komme nun zum ...

Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das könnte natürlich auch sein. Na gut, aber nachdem ja wir auch eine ÖVP-GR-Fraktion haben, habe ich mir halt gedacht, die Bitte sollte gestellt werden, daß man beim zuständigen Referenten und Landeshauptmann ein gutes Wort einlegt, denn die Bürger der Stadt Steyr, kann ich mir gut vorstellen, sollten eigentlich genau so viel wert sein wie die Bürger von Losenstein. Nun aber zum tatsächlichen Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Bau5-3862/88

Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil, Vergabe von Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 24.3.1999 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für die Sanierung des Hallenbades, 2. Bauetappe, 2. Teil, wie folgt zugestimmt:

P1.0 Dachdecker- und Spenglerarbeiten

P1.1 Fa. Wittner, Steyr

netto S 743.765,92

P2.0 Fliesenlegerarbeiten

P2.1 Fa. Seyrlehner, Behamberg

netto S 1.447.080,68

P3.0 Trockenbauarbeiten

P3.1 Fa. Sunk, Steyr

netto S 923.187,80

P4.0 Malerarbeiten

P4.1 Fa. Seywaltner, Steyr

netto S 93.010,51

P5.0 Schlosserarbeiten

P5.1 Fa. Federer, Haidershofen

netto S 2.282.193,72

P6.0 Bau- und Möbeltischlerarbeiten

P6.1 Fa. Ecker, Steyr

netto S 715.689,10

P7.0 Saunaeinrichtung

P7.1 Fa. Jeitl + Lenzing, Wien

netto S 1.011.844,32

P8.0 Kühlzellen und Schankkühlung

P8.1 Fa. Lachmayr, Kremsmünster

netto S 177.601,18

Die Deckung der Mittel kann vorläufig bei den mit Gemeinderatsbeschuß vom 4.3.1999 unter VSt. 5/8330/010140 freigegebenen Mittel in Höhe von S 14,0 Mill. gefunden werden. Für die Ausfinanzierung des Bauvorhabens sind daher im Budget 2000 ca. S 9.000.000,-- vorzusehen.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diesen Antrag. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 (LIF).

Frau Kollegin, wenn es nach ihnen geht, bekommen wir niemals ein Bad. Das muß ich ihnen sagen. Übrigens freut es mich, daß du in diesem Fall den Kollegen Mayrhofer beim Geldbesorgen als Schützenhilfe aufgeboden hast, daß das nicht nur mehr alleine Chefsache ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich wäre nicht beleidigt, wenn mich der Kollege Mayrhofer beim Geldbesorgen rechts und links überholen würde. Er hat allerdings schlechte Aussichten, weil diese 40 %, von denen du zu Recht geredet hast, sich leider nicht einmal auf unseren Aufwand beziehen sondern nur auf den Sanierungsaufwand. Da sind eine Reihe von Maßnahmen dabei, wie die Sauna z. B., aber auch diese Verbindung von der Sauna hinauf ins Hallenbad. Das sind keine Sanierungs- sondern Neubauaktivitäten, wobei sie die Sauna nicht zu den Bädern zählen und daher bekommen wir leider

nicht einmal 40 % von diesen 70 Millionen sondern von einem Betrag ziemlich weit darunter, nämlich nur für den Sanierungsaufwand. Wie gesagt Herr Mayrhofer, sollten sie Erfolg haben, werde ich nicht müde werden sie zu rühmen.

Danke. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der dritte und letzte Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzulegen habe, betrifft die Kanalisation Steyrdorf, 4. Teil und die damit im Zusammenhang stehende baubedingte Erneuerungen von der Trinkwasserleitung Bründlplatz und Aichetgasse sowie die Neuverlegung der Erdgasversorgungsleitung Aichetgasse und die damit im Zusammenhang stehenden Tiefbauleistungen und die dazugehörige Auftragsvergabe. Ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

Stw-14/99

Kanalisation Steyrdorf - 4. Teil; baubedingte Erneuerung Trinkwasserleitung Bründlplatz und Aichetgasse, Neuverlegung Erdgasversorgungsleitung Aichetgasse; Tiefbauleistungen; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 16. März 1999 wird im Zusammenhang mit der baubedingten Erneuerung der Trinkwasserleitung Bründlplatz und Aichetgasse sowie der Neuverlegung der Erdgasversorgungsleitung Aichetgasse im Zuge der Kanalbauarbeiten Steyrdorf, 4. Teil, der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

WASSERLEITUNGSBAU

Fa. Ploier u. Hörmann, Marchtrenk

Anteil S 342.755,-- (exkl. USt.)

GASLEITUNGSBAU

Fa. Ploier u. Hörmann, Marchtrenk

Anteil S 228.502,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke Steyr unter A II 2 und 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die Aufwendungen für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A II 2 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird zu diesem Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Nr. 8) steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege Mayrhofer. Bitte sehr.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Baustelle Kommunalzentrum. Wir sind jetzt beim letzten Bauabschnitt und zwar betreffend Gas- und Wasserwerk. In der letzten Bauausschußsitzung konnten wir uns vor Ort über die Bauvorhaben überzeugen. In dem heutigen Antrag geht es um die Vergabe der Arbeiten. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Bau5-201/93

Baustelle Kommunalzentrum, Bauabschnitt IV; Gas- und Wasserwerk

Allgemeines

Ausschreibung Elektroinstallationen

Auftragsvergaben und Mittelfreigaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 16. März 1999 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

Elektroinstallation:

Fa. Berger, Steyr

netto S 1,295.367,33

Eigenleistungen des GB VII im Zuge des Bauabschnittes IV

netto S 1,304.632,67

Gesamt netto S 2,600.000,--

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von netto

S 2,600.000,--

(Schilling zweimillionensechshunderttausend

bei der VSt. 5/029000/010100 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2,000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden

Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zum Antrag Nr. 9) das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 10) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1999 und zwar für die Bereiche „Innere Stadt“, „Ennsdorf“, „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“. Mit den Mitteln sind bisher viele private Personen und Familien, für Färbelungen von Fassaden, für Dachdeckerarbeiten, für Fenster usw. unterstützt worden. Insgesamt betrifft diese Maßnahme einen Wert von S 3.450.000,-. In dieser Summe sind für Bauforschung und Baudokumentation S 150.000,- vorgesehen. Die entsprechende Summe ist im Voranschlag bei der entsprechenden VA-Stelle vorgesehen. Ich ersuche diesen Dringlichkeitsbeschluß anzunehmen.

K-1/99

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1999 - 1. Teil; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiete“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 24. März 1999 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

S 3,300.000,-

Bauforschung und Baudokumentation

S 150.000,-

Insgesamt bei VA-Stelle 5/363000/778000 S 3,450.000,-.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 3,000.000,- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig? Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner. Bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist sehr erfreulich, daß nach wie vor eine große Anzahl von Steyrer Bürgern die Häuser sanieren, in einen Zustand bringen, die auch dem Fremdenverkehr sehr dienlich ist und sicherlich auch dazu beiträgt, daß wir eine steigende Frequenz in diesem Gebiet haben und auch die Förderungsmaßnahmen in diesem Ausmaß in Anspruch nehmen. Ich möchte aber auf ein Projekt eingehen, das mir wirklich sehr am Herzen liegt. Das ist nämlich von der Wichtigkeit vielleicht gleich hinter dem Bummerlhaus. Ich sehe gleich hier, und zwar in der Gleinker Gasse, ein Sanierungsobjekt. Eines geht mir halt ab und zwar wäre das in der Kirchengasse. Ich weiß nicht wer von den anwesenden, geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in der letzten Zeit einmal in diesem städtebaulichen Juwel, im Dunkelhof, einen Rundgang gemacht hat. Es ist wirklich erbärmlich wie es dort aussieht. Es ist ein Projekt das in jedem Fremdenverkehrsprospekt drinnen ist, es ist ein Projekt mit dem wir in ganz Europa auf Werbetouren gehen. Es wird überall, wenn man wo Steyr liest oder hört, wenn man von der Altstadt spricht, auf dieses wunderschöne Objekt hingewiesen und es ist leider in einem Zustand, der alles andere als zum Herzeigen ist. Es ist zwar erfreulicher Weise vor Jahren das Dach gemacht worden, allerdings der mittelalterliche Hof, der seinesgleichen wahrscheinlich sucht, nicht nur in Österreich sondern wahrscheinlich in Europa, sollte dringend einer Sanierung unterzogen werden. Ich würde den zuständigen Referenten wirklich bitten und ich weiß, es wird wahrscheinlich etwas schwierig, aufgrund der Eigentumsverhältnisse im Dunkelhof, weil ja meines Wissens nach mehrere Besitzer sind, aber es wäre es wirklich wert, und auch im Interesse der Stadt, dort zu einer Lösung zu kommen, auch dieses Objekt einer Sanierung zuzuführen, damit man auch dort dann wieder mit Fremden, und auch selbst, hingehen kann, mit ruhigem Gewissen, und man weiß, dort ist ein Objekt hergerichtet worden und es ist in einen sehr guten Zustand, wie es sich verdienen würde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, ich kann dem nur zustimmen Herr Kollege Payrleithner. Es ist tatsächlich so, daß der Zustand des Objektes katastrophal ist. Wir konnten im vorletzten Jahr, vor zwei Jahren, das Ärgste einmal verhindern. Da wurde das Dach neu eingedeckt. Auch hier hat es Unterstützung vonseiten der Stadt gegeben. Unsere Mitteln, die wir für die Altstadterhaltung zur Verfügung haben, sind natürlich so beschränkt, daß mit dieser 1. Etappe, wie ich sie jetzt beantragt habe, fast das gesamte Budget praktisch leer ist. Wir können damit also nur eigentlich Anreize bieten, aber die Investition selbst muß natürlich auch von den Besitzern vorgenommen werden. Wie bereits angesprochen sind es 2 Eigentümer. Eine Person die glaube ich in Schottland lebt und die zweite Person ein in Steyr Ansässiger. Da gibt es ganz offensichtlich Probleme. Was wir nicht können, von städtischer Seite, daß wir praktisch die Investitionen für die Besitzer vornehmen, obwohl es vom touristischen und auch vom architektonischen her natürlich sinnvoll wäre. Aber wir werden weiter, wie bisher auch schon geschehen, Gespräche mit den Eigentümervetretern führen. Wir hoffen, daß sich hier eine gewisse Bereitschaft aufzeichnet.

Ich ersuche um Zustimmung zum Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte nur sagen, daß wir heuer um S 700.000,-- mehr im Budget drinnen haben als normalerweise, daß das auch noch mitschwingt, wenn wir diese Sachen befinden müssen.

Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt, der Herr Bürgermeister hat es schon angesprochen, da laufen die S 700.000,-- natürlich auch zum Teil hinein. Hier geht es um die Unterstützung für die kirchlichen Ensembles in Steyr und zwar die Pfarre Christkindl mit der Loreto-Kapelle und die Brunnenstube und die Pfarre Gleink mit dem letzten Teil der Sanierung der Steinfiguren und für die Stadtpfarrkirche für das Sonnenblumenepitaph. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

BauH-203/96

BauH-261/97

Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre Christkindl, Loreto-Kapelle, Brunnenstube, Gesamtanierung Pfarre Gleink Steinfiguren Stadtpfarrkirche Sonnenblumenepitaph.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 24. März 1999 wird einer Förderung in Höhe von insgesamt

S 770.000,-- für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden für „Kirchliche Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/777100

S 770.000,-- freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag 11) steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Kein Interesse. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wenn ich mich nicht täusche, war das einstimmig. Keine anderen Anzeichen? Ich danke dem Kollegen Mayrhofer. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Spanring.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem Punkt geht es um die Gemeindebediensteten-Schutzkommission - Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1998. Es wurde der Städt. Wirtschaftshof im Bereich der Werkstätten überprüft und einige Mängel festgestellt, die im Laufe des Jahres 1999 behoben werden. Weiters wurden entsprechend dem Amtsbericht einige Überprüfungen und Hilfestellungen durchgeführt. Ich ersuche um Kenntnisnahme des Berichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission.

Pers- 434/85

Pers-1020/85

Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 18. März 1999 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1998 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zum Antrag Nr. 12) das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr, wie eingangs der Sitzung beschlossen, zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst der Antrag der ÖVP-Fraktion und der Liberalen Fraktion. Bitte wer von den Damen und Herren ...

Herr Ing. TOAR Wolfgang Wein und Herr Dkfm. Ing. Franz Zeilinger treffen um 17.50 Uhr ein.

Guten Tag die Herrn Direktoren. Sehr freundlich.

Wer von den Damen und Herren bringt den Antrag und erläutert ihn. ÖVP oder Liberale? Nicht jetzt im Vorfeld schon wieder streiten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ja, der Antrag ist sehr kurz formuliert, sehr lange begründet. Zum Antrag selbst:

Dringlichkeitsantrag

gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Antrag

Änderung der eingereichten neuen Linienplanung für den städtischen Busverkehr (Fahrplanzeiten) von der Busdrehseibe Hessenplatz - Stadtplatz von derzeit 15 Minuten auf 7 ½ Minuten umzustellen. Weiters fordern wir, die geplanten Haltestellen an der Vorlandbrücke nicht zu errichten, sondern die Linien 2 b, 8 a, 8 b, 3 a und 5 in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen.

So viel einmal zum Antrag.

Begründung:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die unterfertigten Mitglieder der ÖVP-Fraktion und LIF-Fraktion des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr für die Sitzung des Gemeinderates am 15. April 1999 nachstehenden

Dringlichkeitsantrag

einzubringen.

Am 1. Juli 1999 wird die Busdrehseibe Hessenplatz in Betrieb genommen. Im nächsten Bauausschuß am 29. April 1999 muß die Planung und die Vergabe der Baumaßnahmen im Bereich Stadtplatz und Vorlandbrücke für die Bushaltestellen und Busumkehrschleifen beschlossen werden. Um Fehlplanungen und Fehlinvestitionen zu vermeiden, sowie die geforderten Maßnahmen aus dem „Sticklerkonzept“ umzusetzen, fordern die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr nachstehenden Antrag in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses wie folgt:

Als Untermauerung für diese Forderungen dienen mehrere Punkte. Zum einen, eine Studie, die von den Verkehrsbetrieben in Auftrag gegeben und von der HBLA Steyr, unter der wissenschaftlichen Leitung des bekannten Meinungsinstitutes Spectra durchgeführt worden ist, wobei diese bestätigt hat, daß die Buskunden in kürzeren ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es scheint das Thema Busse nicht wirklich zu interessieren. Das muß ich aus ihren Zwiegesprächen vernehmen. Das würde ich aber sehr schade finden, weil es wird uns noch sehr lange beschäftigen.

Diese Studie des Meinungsinstitutes bestätigt, daß die Buskunden in kürzeren Abständen eine Stadtplatzanbindung wollen und wenn möglich ohne umsteigen zu müssen.

Durch die geplante Vorbeiführung der Linien 2 b, 3 a, 8 a und 8 b und der Linie 5 werden die Bürger vom Stadtplatz gesperrt. Die Fahrgäste gelangen nur auf Umwegen zum Stadtplatz.

Sollte die neue Linienplanung der Stadtbetriebe durchgeführt werden, ist zu befürchten, daß die Kaufkraft vom Stadtplatz abwandert, was in weiterer Folge den Verlust von Arbeitsplätzen in der Innenstadt bedeuten würde.

Die geänderten Buslinienführungen wurden den Bürgern am Samstag, den 10. April 1999 von den Gemeinderäten der ÖVP-Fraktion am Stadtplatz vorgestellt. In den Gesprächen mit den Fahrgästen wurde immer wieder die „Aussperrung aus dem Steyrer Stadtplatz“ erwähnt. Die Kunden möchten ein rasches und unkompliziertes Erreichen des Stadtplatzes. In vielen anderen Städten wird darauf geachtet, daß die Bürgerinnen und Bürger in das Zentrum ohne Schikanen gelangen.

Soviel einmal zur Begründung zu diesem Antrag. Ich könnte noch darüber hinaus gehen. Es gibt nicht nur diese Meinungsumfrage von Spectra die zu diesem Ergebnis kommt, es gibt auch eine Befragung der Fahrgäste, die bereits vor einem Jahr stattgefunden hat, sogar länger zurückliegend als ein Jahr, mehr als 1 ½ Jahre. Da möchte ich ihnen auch ganz kurz ein paar Ergebnisse herausbringen. Gefragt wurden damals 234 Personen. 234 Personen, die auch tatsächlich mit den Steyrer Bussen unterwegs sind. Da ist herausgekommen, daß unter anderem die Hälfte aller Busbenützer Schüler und Pensionisten sind. Und zwar 29 % der Busbenützer sind Pensionisten. Diese Pensionisten sind zum Teil auch nicht mehr so gut zu Fuß unterwegs. Die würde beispielsweise die Linienführung, die geänderte, sehr stark treffen, wenn man an den Bus aus der Neuschönau denkt, daß der dann nicht mehr ohne umsteigen auf den Stadtplatz kommt. Eine weitere große Zielgruppe des Busverkehrs sind die Hausfrauen. 14 % der Busbenützer, hat sich bei dieser Umfrage damals herausgestellt, sind Hausfrauen, die natürlich auch ihre Einkäufe erledigen. Da sind wir gleich beim Thema „Verwendungszweck“. Für welche Wege benutzen sie den Autobus? 30 % nützen den Autobus zum Einkaufen. 30 %, das ist fast ein Drittel. Für die Fahrt zur Arbeit oder zur Schule 22 % und dann fällt es ein bißchen ab, Besuch von Bekannten, Freunden usw. 14 %, Amtswege 14 % usw. Amtswege, da sind wir z. B. beim Thema Rathaus. Die meisten Behörden finden sich halt einmal auf dem Stadtplatz. Wenn man sich das Ganze ansieht und ganz böse auf den Punkt bringt, dann hat diese Erhebung, vor 1 ½ Jahren, bei 234 Fahrgästen ergeben, es fährt eigentlich nur der Bus, der muß, der kaum andere Alternativen hat. Jetzt ist aber der Punkt, wenn man das weiß und wenn das so ist, dann müßte man sich eigentlich überlegen, wenn man eine neue Linienführung plant, daß man diese besser macht als bisher, daß man nun die Bedürfnisse der Kunden mehr befriedigt. Die Kunden sind in diesem Fall alle jene, die den Bus benutzen. Es sind natürlich auch die Bedürfnisse der Kaufleute, es sind die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Die müssen im Zentrum unsere Überlegungen sein. Das ist der einen Punkt.

Der zweite Punkt ist, es gibt ein beschlossenes Verkehrskonzept. Eines, das vor meiner Zeit beschlossen worden ist, vom Herrn Stickler. Da wundert es mich schon, daß diese neue ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der hat es nicht beschlossen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das von Herrn Stickler erstellt worden ist. Da wundert es mich schon, daß es ein beschlossenes Konzept zur Linienführung gibt, und alle Punkte die in diesem Konzept als sehr, sehr wichtig erachtet werden, werden plötzlich in dieser neuen Linienführung überhaupt nicht umgesetzt. Ich kann ihnen wörtlich aus dem Sticklerkonzept, Seite 59, zitieren: „Für die Konzeption des Liniennetzes wurde von

folgenden Grundsätzen ausgegangen. Direkte Erreichbarkeit des Stadtzentrums. Das Stadtzentrum soll von allen Stadtteilen direkt, ohne umsteigen, erreichbar sein.“ Das sage nicht ich, das sagt der Verkehrsexperte Stickler. Stickler sagt in seinem Konzept auch noch weiter, daß jeder Stadtteil von jedem Stadtteil direkt erreicht werden können soll. Die neue Linienführung bringt das aber nicht auf die Reihe. Auch in seinem Konzept hat Stickler noch etwas gefordert, nämlich, daß der öffentliche Verkehr über die Stadtgrenzen hinaus geht. Also, es gibt zahlreiche Punkte, die mit dieser neuen Linienführung nicht in Übereinstimmung stehen, was aus dem Sticklerkonzept kommt. Dann muß ich schon sagen, wenn man das alles berücksichtigt, wenn man weiß, und aus den letzten Monaten immer mehr mitbekommt, daß die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger andere sind, daß das Konzept von Stickler nicht berücksichtigt wird, dann frage ich mich schon, warum wir als Politiker nicht zeitgerecht darauf reagieren, bevor wir dann in wenigen Monaten ein Desaster haben. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber ich befürchte wirklich, daß wir damit zum Totengräber des öffentlichen Verkehrs werden, wenn wir das so durchziehen, wie es derzeit geplant ist. Deshalb, glaube ich, sind wir jetzt aufgerufen, wo noch eine mögliche Änderung vorzunehmen ist, diese Änderungspunkte einfließen zu lassen. In diese Richtung geht auch unser Antrag. Ich denke mir, es müßte wohl möglich sein, daß er auch eine Zustimmung findet. Sonst müssen sie sich vorwerfen lassen, daß sie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger schlichtweg ignorieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zur Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich gehe nach wie vor davon aus, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, daß die Fachleute der Stadtwerke im Zusammenhang der Errichtung einer zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, ein optimales Linienkonzept ausgearbeitet haben, daß zum einen, wie bisher die Anbindung der Stadtteile gewährleistet und wenn man dieses Konzept in seiner Gesamtheit beurteilt und betrachtet, es eine qualitative Besserstellung des öffentlichen Verkehrs für die Kunden bedeutet. Nämlich zum einen dadurch, daß es nunmehr eine bequemere Umsteigmöglichkeit geben wird, durch die Errichtung eines modernen Umsteigebahnhofes, der überdacht ist, und, daß es möglich sein wird, aufgrund dieses Konzeptes, den Zielpunkt, wenn ich da beispielsweise an die Linie 2 denke, rascher zu erreichen. Gerade, meine Damen und Herren des Gemeinderates und jene Mitglieder dieses Gremiums, die ja in manchen kommunalen Betrieben und Freizeiteinrichtungen tätig sind, werden das wissen, die Anbindung des Stadtplatzes hat ja sehr viel Diskussionsstoff in diesem Gremium gegeben. Ich darf wirklich noch einmal sehr deutlich darauf hinweisen, daß im Zusammenhang mit der von ihnen, Frau Kollegin Frech, zitierten Umfrage der HAK, reagiert wurde. Und zwar in der Form, daß nunmehr ein ¼-Stunden-Takt, nämlich die Verlängerung der Linie 3 b als Linie 9 vom Bahnhof zum Stadtplatz und umgekehrt eingesetzt wird. Das ist ja nicht die einzige Anbindung. Ich darf wirklich jetzt nochmals darauf hinweisen, wenn immer wieder nur, und das habe ich bei vielen Diskussionen, auch bei der letzten Diskussion, herausgehört, zugegebener Maßen, die nicht optimale Umsteigmöglichkeit aufgrund der derzeitigen Infrastruktur auf der Schönauerbrücke, oder im Bereich der Schönauerbrücke, die Linie 3 betreffend, aus diesem Konzept der Anbindung des Stadtplatzes herausgenommen wird.

Folgender Maßen soll die Anbindung des Stadtplatzes, ab Errichtung oder ab Inbetriebnahme dieser zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, aussehen. Nämlich Haltestelle Schönauerbrücke oder im Bereich der Schönauerbrücke, damit wir nicht zum diskutieren anfangen, ob wir jetzt 5 oder 10 Meter weiter vorne oder hinten stehenbleiben, die Linie Bahnhof - Krankenhaus alle 15 Minuten, die Linie Bahnhof - Gleink, die 5er Linie, alle 60 Minuten. Haltestelle Grünmarkt, wo durchaus auch eine Veränderungsmöglichkeit in der Form besteht, daß man etwas mehr zum Mittelpunkt des Stadtplatzes

rückt, mit dieser Haltestelle, aber darauf komme ich noch zu sprechen. Also wie gesagt, die Neuerrichtung dieser Haltestelle, angefahren alle 15 Minuten, und schlußendlich auch eine Anbindung des Stadtzentrums über die Haltestelle Zwischenbrücken, in der Form, daß die Linie 4, Linie Bahnhof - Tabor, alle 15 Minuten dort stehen bleiben wird. Die Linie 8 b, die Linie Bahnhof - Christkindl - Sarninggasse, alle 30 Minuten und zurzeit die Linie 10, Bahnhof - Steinwändweg, vier Mal täglich.

Dieses Konzept wurde, wie gesagt, mehrmals im Ausschuß für Kommunale Betriebe sehr ausführlich diskutiert. Frau Kollegin Frech, nachdem sie mich vorhin angesprochen haben, daß sie sich nicht erinnern können, im Übrigen haben sie auch bei der letzten Veranstaltung die Serife gemacht, daß es eine derartige Beschlußfassung im Kommunalausschuß gegeben hat. Was diese Veränderungen jetzt betrifft, da muß ich ihnen sagen, es gibt ein Protokoll vom 1.2.1999, wo genau diese Veränderungen besprochen und abgestimmt wurden, nämlich mit einer Gegenstimme vom Kollegen Hack, der immer wieder diesen Shuttledienst gefordert hat und die Anbindung des Stadtplatzes mit weiteren Linien. Sie waren damals bei dieser Sitzung nicht anwesend. Also, wie gesagt, diese Anbindungen waren offensichtlich, vor allen Dingen der ÖVP oder einigen Mandataren, zu wenig und sie haben vorerst einen 5-Minuten-Shuttledienst, zusätzlich zu den von mir jetzt aufgezeigten Maßnahmen, gefordert und alle Citybuslinien über den Stadtplatz zu führen. In weiterer Folge, wenn man also die Entwicklung betrachtet, das ist sehr interessant, hat es eine Reihe von Schreiben in Form von Faxübermittlungen gegeben. Der Kollege Apfelthaler hat schon auf eine Kilometerlänge hingewiesen. So lange waren sie zwar nicht, aber es waren doch eine Menge. Das erste Fax, das ich zumindest erhalten habe, war vom Kollegen Hack. In weiterer Folge sind dann etwa 30 gleichlautende Schreiben, zumindest bei mir, und wie ich weiß auch beim Herrn Bürgermeister und vielleicht auch in einigen anderen Stellen des Magistrates, eingelangt. Da heißt es: Die Zukunft unseres Stadtzentrums, daß eben die Betroffenen befürchten, daß die Verlegung der Busdrehzscheibe vom Stadtplatz auf den Hessenplatz Frequenzverluste und damit Umsatzeinbußen bewirkt. Um das zu verhindern, fordere ich, daß seitens der Stadt folgende Maßnahmen getroffen werden:

Erstens: Neben der in der derzeitigen Planung vorgesehenen Linie 3 a sind auch jene Linien in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen, die an ihm nur vorbeifahren würden. Es sind dies die Linien 2 und 3 b, 8 a und 8 b. Da ist ein Mißverständnis entstanden, ich erwähne es nur. Es ist nicht die derzeitige Planung der vorgesehenen Linie 3 a sondern 3 b.

Zweitens heißt es in diesem Schreiben: Zusätzlich ist ein Busshuttledienst einzurichten, der eine Stadtplatzanbindung im 7 ½ Minuten Takt gewährleistet.

Drittens: Ein in Diskussion stehender Steg, der das Bahnhofsviertel mit dem Stadtzentrum verbinden soll, ist keine gleichwertige Alternative zu den oben angeführten Punkten 1 und 2.

Viertens: Ich verlange, daß die Planungen für den Stadtplatz sofort begonnen werden und, daß wir Innenstadtkaufleute dabei zugezogen werden.

Fünftens: Eine Aufstiegshilfe vom BRG auf den Tabor ist raschest zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Da, wie gesagt, haben dann eben die Geschäftsinhaber unterzeichnet. Ich habe jetzt deswegen so genau Bezug genommen, denn es war schon eines interessant, daß sich nicht alle Kaufleute an diese Grundkonzeption gehalten haben. Einige haben sich doch eigene Gedanken gemacht. Ich darf, ohne jetzt den Namen der Firma zu nennen, schon darauf hinweisen, daß dieser Geschäftsinhaber folgendes erkannt hat: „Die Einkaufszentren in der Umgebung Linz und Steyr brachten uns in den letzten Jahren erhöhte Frequenzverluste.“ Dann folgen unter anderem ebenfalls derartige Forderungen. Das ist wirklich interessant, denn genau das war ja auch der Punkt den ich immer wieder angeführt habe, auf den ich aber noch zurückkommen werde.

Nunmehr meine Damen und Herren des Gemeinderates darf ich einige Anmerkungen zum Antrag, der gemeinsam mit der ÖVP und dem Liberalen Forum, so durch die Person von Frau Frech, vorgetragen wurde.

Da heißt es in diesem Antrag, daß man eben eine Änderung der bisher eingereichten Linienführung in der Form fordert, daß die derzeit im 15 Minuten Takt verkehrende Linie, oder die dann in Zukunft verkehrende Linie, auf einen 7 ½ Minuten Takt umzustellen sei. Also wieder eine neue Variante der ÖVP, muß ich jetzt sagen. Zuerst war es einmal der 5 Minuten Takt, alle Busse über den Stadtplatz zu führen, jetzt ist es eine Änderung in der Form, daß der geplante 15 Minuten Takt auf einen 7 ½ Minuten Takt umzustellen ist und weiters fordern wir die geplanten Haltestellen an der Vorlandbrücke nicht zu errichten sondern die Linien 2 b, 8 a, 8 b, 3 a und 5 in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen. Ich darf hier anmerken, daß die Linie 8 b noch niemals über den Stadtplatz gefahren ist. Nur zur Ergänzung dieser Forderung.

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates und im Besonderen meine Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, sehr geehrte Frau Frech, wissen sie eigentlich was diese Forderung bedeutet? Diese Forderung bedeutet schlechthin, daß man eigentlich die Forderung aufstellen müßte auf Zurücknahme des gemeinsamen GR-Beschlusses „Errichtung einer zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof“. Das ist hier die Wahrheit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Denn sie können doch wirklich nicht in aller Öffentlichkeit so argumentieren, daß sie einerseits zwar für die Errichtung einer zentralen Busumsteigstelle sind aber andererseits dann wieder alle Busse auf dem Stadtplatz dort ver-einen wollen. Ich will jetzt gar nicht des Langen und Breiten erklären, was ihre Vorgänger zum Ausdruck gebracht haben, was dieses Thema betrifft. Aber meine sehr geschätzten Kollegen von der ÖVP und auch Frau Frech, wissen sie, so geht es halt nicht. Ein bißchen schwanger kann man nicht sein. Man kann sich nicht auf einer Seite, wie gesagt, dafür einsetzen eine zentrale Busumsteigstelle zu richten und dann, dieses von allen geforderte Projekt, wieder durch solche Forderungen ad absurdum zu führen. So kann es ja wirklich nicht sein und so kann es auch nicht gehen.

Ich werde daher diesem Antrag selbstverständlich in dieser Form, und auch meine Fraktion, das darf ich gleich vorweg nehmen, die Zustimmung nicht geben.

Wenn man davon spricht, daß das in weiterer Folge, nämlich diese vermuteten Umsatzeinbußen zum Verlust von Arbeitsplätzen führen, meine Damen und Herren, dann darf ich nur das wiederholen, was ich bei der von mir bereits angezogenen RFE-Veranstaltung bereits zum Ausdruck gebracht habe. Die großen Veränderungen am Stadtplatz werden nicht dadurch eintreten, daß es in Zukunft eine neue Linienführung geben wird, sondern die werden dadurch eintreten, daß es eben ein geändertes Kaufverhalten der Bevölkerung gibt und, daß sehr viele halt auf dieses geänderte Kaufverhalten nicht reagiert haben. Die großen Veränderungen werden vor allen Dingen dann stattfinden, wenn oben an der Ennser Straße das neue Einkaufszentrum ab August in Betrieb geht, mit einer Einkaufsfläche von 15.000 m².

Diskussion verschiedener Mandatäre

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das gesamte Zentrum steht zumindest dort mit 15.000 m².

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit Parkplätzen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber eine Tatsache ist, daß dieses gesamte Zentrum eine Fläche von 15.000 m² aufweist. In weiterer Folge, meine Damen und Herren, werden auch die großen Veränderungen eintreten, wenn das City-Forum-Kaufhaus auf 9 bis 10.000 m² ausgebaut wird. Weitere Veränderungen für die Innenstadtkaufleute werden eintreten, wenn das Ärztehaus seine Pforten eröffnen wird und wenn, was auch von der ÖVP nicht nur unterstützt sondern gefordert wird, um das präzise auszudrücken, die Errichtung eines externen Amtshauses in der ehem. Bezirksbauernkammer. Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Das werden die großen Veränderungen für den Stadtplatz erbringen. Offensichtlich, und das sage ich ihnen mit aller Deutlichkeit, ist es ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, gelungen, durch, ich sage bewußt vorsichtig formuliert, durch Verschweigen von wirklich guten Anbindungen und nur immer auf einen negativen Punkt ausgerichtete Informationen, die Bevölkerung eben in diese Richtung hin zu informieren. Wenn man lange genug negativ darüber redet, wird es auch negativ aufgenommen. Aber sie haben sicherlich, so meine ich, diesem Gesamtkonzept, der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und auch der Entwicklung des Stadtplatzes, keinen guten Dienst erwiesen.

Daher meine Damen und Herren, darf ich schon zum Abschluß kommen und ihnen folgendes sagen. Wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, nehmen die Befürchtungen der Stadtplatzkaufleute durchaus ernst, aber nur in einem gewissen Rahmen. Das sage ich auch sehr deutlich. Es wird dann unser Fraktionsobmann, Vzbgm. Dr. Pfeil, einen Abänderungsantrag zu diesem vorliegenden Antrag in der Form einbringen, daß wir uns als maximale Kompromißlösung vorstellen könnten, daß man eingeschränkt, auf ein halbes Jahr, einen Shuttlebus im 7 ½ Minuten Takt einführt, der während der Geschäfts- und Betriebszeiten dort fahren soll, daß aber diese Leistung öffentlich ausgeschrieben werden soll und schlußendlich aus dem Topf der Gewerbeförderung abzudecken ist. Den zweiten Punkt habe ich ihnen bereits bekannt gegeben, das soll durchaus eine Glaubensfrage sein, daß man eben, wie gesagt, diese geplante Haltestelle, den die verlängerte Linie 3 b, nämlich die 9er Linie, anfahren wird, etwas weiter in Richtung Stadtplatz rückt. Das, meine Damen und Herren, vorerst einmal meine kurze Stellungnahme, zu den von ihnen eingebrachten Antrag, vonseiten der ÖVP und der Kollegin Frech.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist einerseits sehr schade, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag jetzt erst, gegen Abend, gegen Ende der Sitzung diskutieren, weil uns die Zuhörer abhanden gekommen sind. Jetzt wo es lustig wird, fehlen uns die Zuhörer, obwohl das

Thema sehr ernst wäre. Ich habe schon jetzt langsam den Verdacht, irgendjemand plant hier eine Fortsetzungsserie von „2412“ Magistrats Abteilung. Die heißt dann vielleicht einmal „Aus der Gemeinderatssitzung der Stadt Steyr“, mit Fortsetzungen. Es wäre hier schon einiges zu berichten. Ich fange gleich einmal damit an.

Am Freitag, den 19. 3., habe ich zu diesem Thema in die Tierklinik Steyr ein Fax bekommen, von einem gewissen Herrn Hack, Ingenieur bitte. Der Herr Ing. Hack fordert von mir, ich weiß nicht, als Tierarzt oder was, weil dort jedenfalls ist es gelandet, daß ich diese Forderungen erfülle, die der Kollege Eichhübl schon gesagt hat. Ich habe ihm natürlich zurückgeschrieben, weil ich ein höflicher Mensch bin und es hat sich dann schon, nachdem ich die Nummer verglichen habe, um denselben, den wir hier im GR haben, um den Herrn GR Hack, gehandelt. Ich habe ihn schon gefragt, warum er diese Forderungen an mich, als Tierarzt oder als Verkehrsreferent heranbringt. Das weiß ich nicht. Er ist ja im kommunalen Ausschuß und hat die Gelegenheit leider nicht wahrgenommen, im do. Ausschuß diesen Antrag einzubringen, weil er gefehlt hat. Er hat auch nicht auf dieses Antwortfax reagiert.

Nun zur chronologischen Aufstellung. Es ist richtig, daß wir ein Generalverkehrskonzept von Herrn Prof. Stickler am 10. 3. 1994 beschlossen haben. Es ist sehr, sehr lange untersucht und diskutiert worden. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich, und die Bitte geht an die Frau Frech ganz besonders, nicht legitim. Wenn Prof. Stickler in seinen Ansätzen zum Verkehrskonzept Forderungen aufstellt, wie das Idealbild eines öffentlichen Verkehrs aussehen könnte oder sollte, aber im nächsten Absatz dann sofort sagt, dieses Idealbild ist eben, aus der besonderen Lage von Steyr, nicht erreichbar.

Steyr ist eben, aufgrund seiner Lage, aufgrund seiner Größe, das ist in Steyr nicht möglich, daß wir tangentielle Busverbindungen haben. Es wird nie möglich sein, obwohl es natürlich wünschenswert wäre, wie Stickler schreibt, daß der Münichholzer direkt auf die Ennsleite fahren kann, daß der Ennsleitner direkt auf den Resthof fahren kann, daß der Bewohner vom Resthof direkt in das Krankenhaus fahren kann. Nur, das spielt es leider nicht. Deshalb hat er auch eine zentrale Umsteigstelle gefordert. Verkehrsschwerpunktbau ist die zentrale Busumsteigstelle am Bahnhofsgelände bzw. Verkehrsdrehscheibe. Uns Freiheitlichen kann man wirklich nicht vorwerfen, daß wir das so besonders propagiert hätten, gerade in der Form, wie es gebaut wird. Insbesondere unsere Kritik ist nach wie vor aufrecht, was die Anbindung, die Zusammenführung des öffentlichen Verkehrs dort überhaupt betrifft, weil für mich ist es absurd, wenn der städt. Linienverkehr herunter am Hessenplatz eine millionenschwere Umsteigstelle bekommt, während oben im ersten Stock die Bundesbusse stehen. Der Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel muß dann von oben nach unten gehen und umgekehrt und verliert dort massig Zeit und außerdem ist es unbequem. Der wesentlichste Teil für mich ist der. Der städtische Linienbus hat einen enormen Nachteil wenn er am Hessenplatz steht. Der kann nicht über die Rampe runterrutschen und dann weiterfahren sondern er muß sich durch Ennsdorf durchquälen ohne dort stehen zu bleiben. Es ist bis jetzt keine Haltestelle dort geplant. Es ist eine in Diskussion bei der Färbergasse, aber es ist nicht geplant dort eine Haltestelle zu errichten. Dort verliert der locker sieben Minuten bei der Kreuzung Färbergasse. Das ist für mich schon ein enormer Nachteil. Im Verkehrskonzept steht eben, daß der Stadtplatz weder gestalterisch noch funktional für eine zentrale Umsteigstelle geeignet ist. Ich habe die Auszüge des Verkehrskonzeptes hier, wie die Überlegungen, die spezifischen Rahmenbedingungen, Stickler hat das unter spezifische Rahmenbedingungen angeführt, daß er gesagt hat, natürlich ist es wünschenswert wenn wir alle, ohne umzusteigen, in Richtung Stadtplatz kommen. Das ist das Idealbild. Aber er hat dann auch gesagt, was möglich ist und hat die beiden dann gegenübergestellt. Direkte Erreichbarkeit des Stadtzentrums, wörtlich, das Stadtzentrum als historisches, funktionales Dienstleistungszentrum der Stadt Steyr soll von allen Stadtteilen direkt ohne umsteigen erreichbar sein. Soll. Dann sagt er aber im nächsten Absatz: Entlastung des Stadtplatzes. Dennoch soll der Stadtplatz vom städt. Busverkehr entlastet werden, da er sich als Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs weder gestalterisch noch funktional eignet usw. Also, das war Ausgangspunkt in der Diskussion über das Verkehrskonzept. Bei zwei Knotenpunkten, das ist vielleicht auch noch wichtig, schließen sich gewisse Anschlüsse aufgrund betrieblicher Gesetzmäßigkeiten aus. Übereinstimmung

des Fahrplanes. Stichwort: Wenn die Busse zusätzlich am Stadtplatz hineinfahren, dann verlieren wir den 15-Minuten Takt. Das müssen sie einmal dem Münichholzer erklären, daß er jetzt nur mehr alle 20 Minuten eine Anbindung in die Stadt hat und, daß er länger fährt.

Was wir wollen, und das ist nämlich das Problem, ist, daß der öffentliche Verkehr gefördert und nicht behindert wird. Wenn ich jeden Tag ins Krankenhaus will, dann möchte ich nicht jeden Tag mutwillig am Stadtplatz hineingeführt werden, wenn ich dort nichts zu tun habe. Dann möchte ich das nicht, aber die Erreichbarkeit muß gegeben sein.

Auf diese historische Fraktionsobmännerbesprechung am 9.5.1996 möchte ich auch noch zurückkommen. Die ja dann auch öffentlich in Abrede gestellt wurde, obwohl sie protokolliert ist. Der damalige ÖVP-Stadtrat kann sich jetzt nicht mehr daran erinnern und der jetzige ÖVP-Stadtrat sagt, es ist mir egal was meine Vorgänger damals beschlossen haben. Damals haben wir gesagt, im Mai 1996, wir wollen diese Maßnahmen vorziehen, weil da gibt es ganz viele Beschwerden, auch von der Kaufmannschaft und vom Tourismus, diese vielen Busse wollen wir nicht mehr so sehr am Stadtplatz, wir wollen jetzt schon diese Maßnahme vorziehen. Im Bereich der evangelischen Kirche war es geplant. Dort steht, ein 15 Minuten Takt wird angeboten. Genau wie Stickler es auch vorgeschlagen hat.

Es gibt viele weitere problematische Verkehrspunkte am Stadtplatz. Ich möchte nur auf eine Widersinnigkeit zurückkommen, weil es natürlich auch hier zusammenhängt und vielleicht wäre das auch ein Punkt für den Wirtschaftsausschuß gewesen, daß man das dort auch bespricht, weil die Wirtschaft ist sicherlich auch sehr interessiert, daß der Verkehr funktioniert. Ich habe immer höchstes Verständnis gehabt, auf die Wünsche der Kaufmannschaft, besonders im Innenstadtbereich, einzugehen. Höchstes Interesse. Nur wo ich kein Verständnis habe ist das, wenn die Herrschaften dann nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr herkommen und sagen, es interessiert mich überhaupt nicht mehr, was wir vorgestern gesagt haben. Heute, neues Spiel, neue Leute, neue Karten, wir fangen wieder neu an. Das haben wir bei den Schanigärten, bei der Mittagszeit, bei den drei Stunden Parkdauer und bei den Hotelzufahrten gehabt usw.

Weil jetzt die Statistiken vorliegen, nur zur Information für den Gemeinderat, man hat ja 1995 geglaubt, daß die Welt zusammenbricht, wenn wir hier nicht sofort die Mittagspause von der Gebührenpflicht freistellen. Die Welt bricht zusammen. Es ist richtig, wir haben es dann gemeinsam mit den Wirtschaftsleuten gemacht. Ich habe mich dann auch dafür eingesetzt, daß die Mittagszeit zwischen 12.00 und 13.30 Uhr von der Vergütung ausgesetzt ist. Die Gastronomie hat ca. 30 bis 35 % Zuwächse gehabt und alle waren zufrieden, hat man geglaubt. Dann plötzlich, im Jahr 1998, war das alles nichts mehr wert. Die Stellungnahmen der Wirtschaftskammer sind in diesem Zusammenhang auch sehr, sehr interessant. Das schreit natürlich nach einem Wirtschaftsausschuß, weil die Wirtschaftskammer sitzt ja in der Person des Bezirksstellenleiters, des Herrn Wandl, ja als Berater im Verkehrsausschuß drinnen, wenn wir so etwas bereden. Die Stellungnahme des Herrn Wandl, ich habe es auch schriftlich hier, zu diesem Thema war, eine 3-Stundenlösung bzw. Mittagsgebühren frei oder nicht. Das war schon interessant. Er hat gesagt, die Wirte wollen es natürlich frei und die anderen nicht. Das ist eine super Beratung. Ganz gleich wie wir es machen. Die Schläge bekommen wir von dort oder von da. Nur das sind ja Vertreter der Wirtschaft und können sich nicht einmal zu einer einstimmigen, zu einer einhelligen Meinungsbildung entschließen. Das Ganze muß als Einkaufszentrum gesehen werden. Da gehört eine Organisation dahinter und da muß man mit einer Zunge reden. Ich möchte gar nicht von den geänderten Öffnungszeiten am Samstag Nachmittag reden. Da kennt man sich ja überhaupt nicht mehr aus. Der eine hat offen, der andere nicht. So zieht sich das eben durch und es ist halt furchtbar leicht zu sagen, ja weil die Busse jetzt nicht mehr hereinfahren, jetzt machen wir so ein schlechtes Geschäft. Daß man sich hier eher auf das Jammern verlegt und sich aber nicht an der positiven Gestaltung mitbeteiligt. Jetzt sage ich ihnen was die 3-Stunden Parkzeit gebracht hat. 3 Stunden Parkzeit hat gebracht: Im Verhältnis bei einem Parkautomaten am Ennskai, weil wir geglaubt haben, das brauchen wir jetzt unbedingt, haben wir im selben Zeitraum, Moment, daß ich das jetzt richtig zitiere, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es wäre nicht schlecht, wenn wir wieder einmal zur Sache kommen würden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Mayrhofer, sie werden genug Gelegenheit haben. Ich habe es jetzt nur auswendig im Kopf. Es sind ca. 45.000 Parkscheinentnahmen im selben Zeitraum bis zu 1 ½ Stunden, also nach der alten Lösung. Nach der neuen Lösung sind es in etwa knappe 800. Also so ist der Bedarf oder der Minderbedarf, der offensichtlich nicht gegeben ist für diese 3-Stundenlösung. Dafür hat man sich eine Situation eingehandelt, die wirklich die Leute verunsichert. Auch wir bekommen Nachrichten, Reflexionen aus der Bevölkerung. Es gibt auch eine Bevölkerung. Die wollen ja da hereinkommen, die wollen ja einkaufen, konsumieren. Wenn die dann in Steyr so behandelt werden, ich lese ihnen ein E-mail vor:

Mittwoch den 3.3. hatte ich vor, im Chinarestaurant Grünmarkt zu essen. Da ich von auswärts komme mußte ich mein Auto benutzen und stellte es direkt am Grünmarkt ab. Da ich etwas früher dran war, es war 11.55 Uhr, akzeptierte der Parkscheinautomat nur S 5,--. Da ich nur eine Stunde Mittagspause habe, löste ich das Ticket für 30 Minuten. Was blieb mir anderes übrig. Bei der Rückkehr hatte sie natürlich eine Strafe von S 300,--.

Ich möchte ihnen ersparen das Ganze vorzulesen. Jedenfalls schreibt diese Dame dann, daß sie auf uns sauer ist. Sie sagt mit Recht, ja soll ich warten bis eine Minute nach 12, daß ich dann 1 ½ Stunden einwerfen kann und bis ich endlich mein Mittagessen einnehmen kann. Das ist unzumutbar und sie wird nie wieder nach Steyr kommen.

Ich habe noch viele solche Dinge mehr.

Es gibt natürlich jetzt viele Pro und Kontras für die Linienführung der städt. Autobusse auf den Stadtplatz. Ich glaube, jeder Interessierte hat sich das von den Stadtwerken ausgearbeitete Formular geholt bzw. diese Gegenüberstellung angesehen. Wenn man hier diese Fahrgastermittlung, das Für und Wider, gegeneinander aufrechnet und gegenüberstellt, dann ist es zweifelsfrei so, daß nach einem Shuttledienst und Hereinführung aller anderen Linien auf den Stadtplatz keine Notwendigkeit in diesem Ausmaß besteht. Auch als Verkehrsreferent bin ich strikt dagegen, daß Busse dort hinfahren müssen, wo sie nicht hinfahren müssen sondern, daß sie nur Verkehr erzeugen und, daß wir dann weiß Gott wie viele Busse am Stadtplatz, mehr als jetzt, zusätzlich stehen haben. Deshalb haben wir einen Abänderungsantrag zu diesem Thema vorbereitet. Das ist das Ergebnis aus einer Besprechung mit den Kaufleuten auf dem Stadtplatz, die durchaus auch Verständnis, insbesondere auch in den letzten Tagen, gezeigt haben, daß alle anderen Linien nicht auf den Stadtplatz hereinfahren sondern, daß eine zusätzliche Anbindung erwünscht wird, daß sie das auch als Gewerbeförderung ansehen und ich denke, es wäre gut und überprüfenswert, wenn man das zumindest einmal auf ein ½ Jahr durchführt. Das soll ein privater Anbieter mit einem Linienbus machen. Alternierend zur Linie 3 b soll eben dann im 7 ½ Minuten Takt der Stadtplatz direkt angebunden werden. Zusätzlich, im Osten und Westen, bleiben sowieso die Linien stehen. Ich denke, das ist eine optimale Voraussetzung auch vom öffentlichen Verkehr für die Innenstadt. Herr Bürgermeister, ich darf ihnen den Abänderungsantrag zu diesem Thema überreichen und ich ersuche sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesem ihre Zustimmung zu geben.

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 15. 4. 1999.

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr erteilt den Stadtwerken Steyr den Auftrag die Führung einer Shuttle-Bus-Linie alternierend zur Linie 3 b im Bereich Hessenplatz - Stadtplatz öffentlich auszuschreiben.

Die Kosten für diesen vorerst auf ½ Jahr begrenzten Shuttle Dienst sollen aus Mittel der Gewerbeförderung gedeckt werden.

Begründung:

Am 7. April 1999 fand im Hotel Styria ein vom RFW organisierter Diskussionsabend über die zukünftige Linienführung der Städtischen Busse im Bereich Zentrum/Stadtplatz statt.

Die zahlreich erschienenen Innenstadtkaufleute fürchten Kaufkraftabflüsse nach Inbetriebnahme der zentralen Busumsteigstelle auf dem Hessenplatz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Die mittlerweile sehr lange und umfangreiche Diskussion über die neue Buslinienführung hat für mich und auch für meine Fraktion seine positiven aber auch seine negativen Seiten. Positiv denke ich mir, daß das Thema öffentlicher Verkehr in Diskussion ist, daß sich alle Parteien mittlerweile mit dem Thema sehr intensiv auseinandersetzen, sich zum verkehrspolitischen Grundsatzbeschuß Stickler bekennen, obwohl die Diskussion natürlich einigermaßen verkürzt ist. Wir diskutieren über den öffentlichen Verkehr eigentlich nur das Thema Stadtplatz. Das kommt mir persönlich ein bißchen zu kurz und was ich auch als sehr negativ empfinde, ist die Qualität der Debatte. Wir haben jetzt zwei Monate vor Inkrafttreten dieser neuen Nahverkehrsdrehscheibe, wir haben, glaube ich, 1, 2 Jahre Zeit gehabt, wenn man es vom Beginn der Legislaturperiode sieht eigentlich 1 ½, uns mit dem Thema intensiv auseinanderzusetzen. Wir schaffen es einfach nicht, daß wir zwei Monate, bevor das in Kraft tritt, wirklich Klarheit über einige ganz wichtige Fragen haben. Z. B. ist nach wie vor völlig unklar, die Haltestellenpositionierung z. B. am Stadtplatz. Da habe ich gehört, daß es seit heute oder seit einigen Tagen einen komplett anderen Vorschlag gibt und auch auf der Vorlandbrücke bzw. nach der Vorlandbrücke. Das sind Dinge, wo ich mir denke, da haben wir ein bißchen ein Problem im Management, wie wir solche Dinge abführen, wie wir solche Diskussionen führen. Ich glaube, da kann sich jede Fraktion ein bißchen an den Haaren nehmen, nicht nur wir, sondern auch alle anderen Fraktionen.

Was noch negativ ist, daß ein Großteil der Diskussion nicht in den zuständigen Gremien sondern über die Medien oder anderen Sitzungen etc. wo die einen eingeladen sind und die anderen nicht, geführt wird.

Unsere Position zu dem Thema ist sehr klar und war immer sehr klar. Wir bekennen uns zum Verkehrskonzept. Kollege Dr. Pfeil hat es ja schon ausgeführt, wo ganz klar drinnen steht, daß der Stadtplatz direkt erreichbar bleiben muß aber es auch gleichzeitig eine Entlastung des Stadtplatzes geben muß, daß es einen zentralen Umsteigeknoten geben muß und, daß es eine direkte und rasche Verbindung vom Bahnhof zum Krankenhaus geben muß. Durch diese Umsteige Verbindung am Bahnhof kommt man überall hin, wenn auch nicht direkt aber man kann mit diesem Umsteigeknoten jedes Ziel in unserer Stadt anpeilen. Darum bekennen wir uns auch zu dieser neuen Linienführung, die wir als eine sehr gute Chance sehen, und denken, daß das einmal ausprobiert werden müßte. Aber, und das haben wir auch in den letzten 1 ½ Jahren immer wieder betont, und ich habe es auch hier am Podium schon des Öfteren gesagt, wir haben auch immer gesagt, wir wollen einen Shuttlebus. Ich habe die Presseaussendungen hier und es steht auch in den Protokollen des Kommunalausschusses. Wir haben immer einen Shuttlebus gefordert. Ich glaube, Stickler hat es in seinem Verkehrskonzept auch gefordert, daß es eine ganz gute und wichtige Chance, eine ganz wichtig Einrichtung wäre, einen Shuttlebus vom Umsteigeknoten am Bahnhof auf den Stadtplatz zu führen. Ich denke mir, daß bei allen Diskussionen, bei allen Vorschlägen, die da kommen alle ein gewisses Quentchen Richtigkeit haben, dieser Vorschlag, dieser Kompromiß, unter Umständen alle Betroffenen ein wenig befriedigen könnte. Wir schlagen vor, daß dieser Shuttlebus eingesetzt wird, weil er eben mehr Interessen abdeckt. Einerseits haben wir oben ganz klar die Drehscheibe. Die wird nicht auf den Stadtplatz verlegt. Wir haben nicht diesen Wirrwarr, daß einige Busse reinfahren und einige nicht, so wie wir es jetzt gehabt haben, alle Busse fahren auf den Bahnhof. Aber, mit diesem Shuttlebus schaffen wir es auch, daß der Stadtplatz von allen Richtungen, von allen Zielen der Stadt rasch und bedarfsorientiert angebunden wird. Das ist ein sehr gutes bedarfsorientiertes Mittel um einerseits die Kunden zu befriedigen, andererseits die Kaufleute. Dieser Shuttlebus war, wie gesagt, auch schon im Verkehrskonzept von Prof. Stickler enthalten. Die große Frage ist nur die, und ich entnehme das auch einen Brief von Dr. Pfeil an alle Fraktionsobleute, wie diese Shuttlebusverbindung finanziert werden könnte? Da habe ich schon ein grundsätzliches Problem. Zu diesem Thema werden wir dann beim zweiten Antrag auch noch kommen, wo es darum geht, sollen das jetzt Private machen oder die Städtischen Verkehrsbetriebe. Ich werde es auch beim nächsten Antrag argumentieren, ich halte nichts davon, daß wir einzelne Linien jetzt ausschreiben und an Private vergeben. Das hat nämlich sehr gehörige Nachteile. Von den Tarifen angefangen, von der Einheitlichkeit, von den Takten etc. Also, das kann ich mir nicht vorstellen und das werden wir auch nicht unterstützen.

Was ich mir aber vorstellen kann ist, daß die Verkehrsbetriebe einen Shuttlebus einrichten und, daß die Stadt als Besteller diese Shuttlebusses auftritt. Denn eines kann auch nicht sein, daß wir sozusagen die Kosten einer zusätzlichen gewünschten Verbindung, mittels des Shuttlebusses, auf die Verkehrsbetriebe abwälzen, weil die sind ja sowieso durch ganz andere Forderungen bis jetzt schon vom Rechnungshof kritisiert worden, sondern wie es auch in anderen Bereichen bereits realisiert wird, kann ich mir vorstellen, und das ist auch unser Vorschlag, einen Bestellervertrag der Stadt mit den Verkehrsbetrieben abzuschließen, finanziert, zweckgebunden durch die Parkgebühreneinnahmen des Stadtplatzes, des Grünmarkts und des Brucknerplatzes. Diese Einnahmen rund um den Stadtplatz waren 1998 über 6 Millionen Schilling. Glaubt man den Zahlen, daß ein Shuttlebus zwischen 1 und 1,5 Millionen Schilling kosten könnte, denke ich, daß das ein Kompromißvorschlag wäre, den auch die Stadt realisieren könnte.

Wir wünschen uns einerseits die Annahme unseres Abänderungsantrages, den ich anschließend verlesen möchte und ich habe es bereits zu Beginn gesagt, ich glaube, daß wir die Diskussion über den öffentlichen Verkehr nützen sollten nicht nur über die Anbindung an den Stadtplatz zu diskutieren sondern, daß wir uns in nächster Zukunft, in Verbindung mit dem öffentlichen Verkehr, über ganz andere Maßnahmen auch unterhalten werden müssen. Da geht es um Beschleunigung, um das Betriebsleitsystem, die Haltestellen, die Parkabstimmung und auch eine Tarifreform, die nicht zu einer Verteuerung der Busbenutzung führen darf.

Ich möchte jetzt unseren Abänderungsantrag verlesen.

Abänderungsantrag

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Einführung einer Shuttle-Bus-Verbindung zwischen Verkehrsdrehscheibe Bahnhof - Stadtplatz

Führung der Linie 3 A über den Stadtplatz Die Shuttle-Bus-Verbindung wird von den Steyrer Verkehrsbetrieben eingerichtet. Die Stadt Steyr finanziert diese Linie in Form eines Bestellervertrages über die zweckgebundenen Parkgebühreneinnahmen Stadtplatz/Grünmarkt/Ennskai.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dieser weitere Abänderungsantrag steht mit in der Debatte. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich erspare mir auf die gekränkten Eitelkeiten des Herrn Vizebürgermeisters einzugehen. Ich glaube, das ist auch nicht sinnvoll. Hier sollten wir wirklich um den Tagesordnungspunkt, um den Antrag diskutieren und nicht etwas, was dem Herrn Vzbgm. Pfeil schon mehrmals gesagt wurde. Niemand stellt die Umstiegsstelle am Hessenplatz infrage. Niemand, auch nicht die Kaufleute. Das wurde ihnen auch schon ganz klar und dezidiert bei dieser Einladung, die sie ausgesprochen haben, mitgeteilt. Worum es hier jetzt geht ist nicht ein neues Liniensystem schlecht zu machen sondern zu verbessern. Daß die neue Linienführung sehr wohl Vorteile bringt, ist unumstritten. Vor allem, wenn ich mir die Linie 4 ansehe, die über Zwischenbrücken geführt wird, ist das für die Bevölkerung, für die Fahrgäste absolut eine Verbesserung. Was wir wollen, und insofern glaube ich, daß diese ständigen Diskussionen sehr wohl etwas bringen, auch wenn sie mühsam sind, dazu sind wir ja auch da, weil es bringt doch jedes Mal eine leichte Angleichung und ein Mehr an Verständnis. Ich freue mich, daß sie aufgrund dieser Versammlung, auch die Freiheitliche Fraktion, wenigstens zum Busshuttle, zur erhöhten Taktfrequenz, eine positive Einstellung bekommen haben. Ich glaube nämlich, daß es mit dem zusätzlichen Busshuttle getan ist. Wir glauben, daß man, vor allem wenn man den öffentlichen Verkehr attraktiv gestalten will und will, daß er angenommen wird, dann muß ich vor allem eines machen, ich muß auf die Bedürfnisse der Menschen, und das sind in dem Fall die Fahrgäste, eingehen. Ich muß also schauen, was will der, der mit mir, mit meinem Bus fährt. Wo will er hin? Wie will er von A nach B kommen? Das ist keine Frage, daß der vorliegende Plan, logistisch gesehen, von der Sicht der Stadtwerke, der Beste ist. Aber mit Sicherheit nicht von der Sicht der Konsumenten her. Es ist für einen Konsumenten sehr schwer zu verstehen, daß er am Tor vor der Stadt aussteigen soll. Ob er als Alternative hat, daß er über den Eybtknoten, über die Dukartstraße am Bahnhof fahren muß, dort umsteigen oder auf den nächsten Bus warten muß und erst dann wieder dieselbe Strecke zurückfährt auf den Stadtplatz. Mit dieser Einschätzung sind die Konsumenten nicht alleine. Ich habe mich gefreut, daß wir vor einigen Wochen eine Aussendung der Sozialdemokraten bekommen haben, die sehr viele Menschen ernst genommen haben. Auch ich habe sie sehr ernst genommen und habe mich darüber gefreut. Da heißt es: Einmal Stadtplatz und zurück, Schilder in Steyr. Ich darf aus dieser Aussendung zitieren:

„Mit diesem Plan verbunden ist also nicht nur der Zwang zum Umsteigen sondern auch eine Verlängerung der Fahrzeit. Besonders die doppelte Befahrung der Dukartstraße erscheint völlig sinnlos. Jeder Politiker, der für die doppelte Befahrung mit Umsteigvariante votiert sollte sich einmal diese Busfahrt mit 2 bis 3 vollbepackten Einkaufstaschen zu Gemüte führen. Es ist einfach unsinnig über die Dukartstraße zu fahren, dort umzusteigen und über die Dukartstraße wieder zurück die Haltestelle Stadtplatz anfahren.“

Das ist bitte keine Aussendung von uns. Das ist eine Aussendung der Sozialdemokraten, die ich voll unterstütze. Ich hoffe, daß wenigstens heute bei der Abstimmung kein Fraktionszwang ist, daß die Leute, die das ihrer Bevölkerung versprochen haben, auch heute positiv im Interesse der Fahrgäste entscheiden werden. Wir wissen, daß vor allem der Herr Bürgermeister der Meinung ist, abwarten, schauen was passiert und dann reagieren. Wir sind nur der vollen Überzeugung, daß das Abwarten und erst verspätet auf die Auswirkungen zu reagieren heißt, daß Strukturen zerschlagen werden, die nicht mehr korrigierbar sind. Wir haben Ähnliches bereits erlebt und möchten nicht noch einmal eine Situation erleben, die wir in Steyr, im Stadtteil Steyrdorf, bereits haben. Der Kollege Eichhübl hat vollkommen richtig gesagt. Ein bißchen schwanger geht nicht. Da gebe ich ihm vollkommen Recht. Die Freiheitliche Fraktion, d. h. namens des Herrn Vizebürgermeisters, hat ein Schreiben an den Bürgermeister gerichtet in dem er die Schaffung eines zusätzlichen Intervalls beim Busshuttle vorschlägt. Obwohl der zuständige Referent in den eigenen Reihen ist, den Bürgermeister ersucht, einen solchen Antrag zu stellen.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Anscheinend ist, daß man doch in den eigenen Reihen den Zuständigen hat und den Antrag selbst stellen sollte. Den Zielpunkt sollte man möglichst schnell erreichen, hat der Kollege Eichhübl gesagt. Da gebe ich ihm auch vollkommen Recht. Bei der Fahrgastbefragung geht ganz klar hervor, daß der Zielpunkt der meisten Fahrgäste nach wie vor der Stadtplatz ist. Also sollte unser Ziel sein, die Fahrgäste so schnell und bequem wie möglich auch zu ihrem Ziel zu bringen. Stellen sie sich psychologisch wirklich einmal vor, wir sperren die Kunden vor den Toren aus, wir schmeißen sie aus dem Autobus hinaus und sie sollen zu Fuß dann hereingehen.

Der Stadtplatz sollte entlastet werden. Das ist ebenfalls gesagt worden. Das ist auch richtig. Es heißt aber nicht, daß er entleert werden soll. Eine Entlastung findet auch bei der von uns vorgeschlagenen Variante sehr wohl statt. Bei allen diesen Entscheidungen sollte man eines nicht vergessen. Wenn ich die Bushaltestelle im Bereich der Vorlandbrücke mache, und diese Entscheidung muß im Prinzip heute fallen, dann muß Geld in die Hand genommen werden. D.h., wir können nicht sagen, wir entscheiden halt einmal jetzt und ein paar Wochen oder Monate später machen wir es wieder anders. Wir nehmen bitte Tausende von Schilling in die Hand um diese Änderung zu machen. Das ist der letzte Stand des Vorschlages von der Planungsabteilung. Das bedeutet, daß Verkehrsinseln weggenommen werden, es müssen die Fahnenmasten versetzt werden, es müssen die Gehsteige versetzt werden, es muß aufgeschüttet und verdichtet werden, Bäume müssen gefällt werden. Da geht es nicht um Kleinigkeiten. Die Entscheidung, die jetzt getroffen wird, kostet sehr viel Geld. Darum erfolgte auch von unserer Seite dieser Antrag. Ich ersuche sie wirklich, bei ihrer Entscheidung die sie jetzt anschließend machen, keine Entscheidung gegen die Fahrgäste zu treffen. Auch keine Entscheidung gegen ältere und nicht mehr so mobile Personen. Treffen sie keine Entscheidung bitte gegen Arbeitsplätze, weil es sind Arbeitsplätze gefährdet und auch keine Entscheidung gegeben die Existenz von Wirtschaftstreibenden.

Die Frau Kollegin Frech hat den Ausdruck „Totengräber“ verwendet. Ich kann dem nur zustimmen. Werden wir bitte nicht zum „Totengräber“ des Stadtplatzes. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Immer wieder gibt es die Klagen, Busse werden nicht angenommen. Immer wieder klagen wir: „Was sollen wir denn tun, daß die Leute mit dem Bus fahren?“ Am Samstag sind wir mit den neuen Buslinien am Stadtplatz gestanden und haben nicht das getan was Herr StR Eichhübl gesagt hat, wir hätten geschürt und Ängste verbreitet. Nein. Wir haben wirklich versucht die guten Seiten, und es sind viele gute Möglichkeiten und Erneuerungen drinnen, darzulegen, den Leuten zuzureden, auch das Gute zu sehen. Aber die Ängste, die Befürchtungen der Leute waren doch sehr, sehr groß. Ich gebe dem Herrn StR Eichhübl Recht, daß die Fachleute der Stadtwerke das optimale Linienwerk und Linienkonzept dargestellt haben, weil sie von oben angefangen haben, ein Linienkonzept gezeichnet haben, das stimmt, das paßt, das auf die Minute hin auch von der Fahrzeit paßt, auch die Haltestellen genau eingepaßt sind, von denen man jetzt wieder hört, daß sie nicht so sicher sind. Aber ich glaube, man hat auf das Wichtigste vergessen. Man hat nicht gefragt, wer die Busse braucht. Vorerst einmal und am wichtigsten brauchen die Busse die alten Leute, die Hausmänner und Hausfrauen, die mit den Taschen Heim gehen und die, die mit den Kinderwägen fahren. Wenn man an die gedacht hätte und dann einmal gefragt hätte, wo wollen die hinfahren, was brauchen die, wie müssen die fahren, welche Bedürfnisse haben die, wo haben die Schwierigkeiten, wie geht es ihnen, wenn sie halt nur mehr 10 oder 20 Schritte gehen können und dann wieder rasten müssen. Wenn man das alles bedacht hätte und dann die großen Fachleute Linien gezeichnet und überlegt hätten, dann denke ich, wäre manch anderes herausgekommen. Der Ausspruch dann: „Na ja, das ist nicht so tragisch, die alten Leute müssen ohnehin fahren, da ist es eh egal, wie es ist.“ Bitte, das ist böse und das ist die Tragik, daß die alten Herrschaften und die Hausfrauen und die Frauen mit den Kinderwägen keine so große Lobby haben. Darum möchte ich jetzt einfach überhaupt nicht von den Kaufleuten und den Geschäften am Stadtplatz reden. Da ist so viel geredet worden. Ich möchte heute wirklich nur auf die Gruppen hinweisen, welche die Busse wirklich brauchen, die dann auch fahren müssen, wenn die Verbindungen so schlecht sind. Auf die möchte ich hinweisen und das ist unsere Aufgabe. Da würde ich einfach bitten, daß man das eine oder andere überlegt.

Deswegen unterstütze ich unseren Antrag, daß wir eine kürzere Verbindung hereinbringen, daß die Leute nicht warten müssen.

Zwischenruf: Die alten Leute haben eh Zeit.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ah, die alten Leute haben eh Zeit. Na ja, wenn der dann nur mehr eine Linie herein hat, und er muß um 7.00 Uhr beim Facharzt sein, dann muß er womöglich eine Stunde früher aufstehen, weil er ja die Angst hat, wenn er um 10 Minuten zu spät kommt, dann kommt er beim Arzt nicht mehr dran. Also, so einfach ist es wirklich nicht, daß man einfach sagt, die alten Leute haben Zeit. Ich denke schon, daß wir einfach all diese Dinge auch beachten und bedenken sollte, auch für die, die keine Lobby

haben. Deswegen bitte ich und ersuche ich, unterstützen sie unseren Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer hat denn das gesagt?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nein bitte schön, das muß ich noch sagen. Das hat niemand hier vom Gemeinderat gesagt. Das waren böse Bemerkungen, die wir am Samstag gehört haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste. Dieses Thema, neue Linienführung, ausgelöst durch die zentrale Umsteigstelle am Bahnhof, ist ja schon einige Male erwähnt worden. Es ist ja schon eine lange Diskussion, auch im Kommunalausschuß. Ich habe schon ein bißchen das Gefühl, wie Herr Dr. Pfeil in die Diskussion eingestiegen ist, daß es ihm mehr um die Bühne als um die Sache selbst geht. Ihm ist nämlich das Publikum abgegangen. Ich glaube, daß wir hier diskutieren um eine vernünftige Regelung zu finden, die alles abdeckt. Wir werden nicht allen Wünschen Rechnung tragen können. Das wird nicht gehen. Ich glaube, hier sind sich alle vertretenen Fraktionen im Gemeinderat über eines im Klaren, den Anspruch nehme ich auf alle Fälle auch für uns, daß uns die Kaufleute am Stadtplatz, in der Enge, am Grünmarkt, am Wieserfeldplatz, in Steyrdorf und über der Enns, alle gleich wichtig sind. Ich sehe keinen wichtiger. Bei allen Bereichen geht es um die Existenz der Kaufleute, es geht um die Wirtschaftskraft in der Stadt, im innerstädtischen Bereich und es geht auch um Arbeitsplätze, wie der Herr Kollege Mayrhofer angeführt hat. Ich glaube, alle erkennen wir hier die ernste Lage und sehen hier auch die große Bedeutung. Wenn wir hier heute keine einhellige Meinung zu den verschiedensten Anträgen haben, das wird ja noch ganz interessant, wenn wir dann abstimmen, vielleicht kommen noch ein paar Abänderungsanträge dazu. Was dann letztendlich herauskommt, kann man den Anderen nicht unterstellen, daß es ihnen hier egal ist, was mit den Bürgern passiert, wie sie in die Stadt kommen. Ob das ältere Leute oder gehbehinderte jüngere Leute sind, man kann das nicht nur auf die Älteren beziehen, und ob das die Kaufleute oder Arbeitsplätze sind. Ich glaube, daß in Vorbereitung zu dem ganzen Thema von den Fachleuten, und ich möchte das wirklich jetzt betonen, ein Vorschlag ausgearbeitet wurde, der sicherlich bei allen Fraktionen nicht unbedingt die helle Begeisterung ausgelöst hat. Ich möchte das auch für unsere Fraktion in Anspruch nehmen, daß es hier auch Linienführungen gibt, die kritisiert werden. Der Kollege Mayrhofer hat ja aus einer Zeitung zitiert und das alleine zeigt, daß es auch bei uns keinen Fraktionszwang gibt. Vielleicht gibt es ein bißchen mehr Disziplin wie wo anders. Das mag schon sein. Aber es hat jeder wirklich auch die freie Meinungsäußerung und kann sich dazu äußern wie er möchte. Das ist auch legitim. Ich glaube, daß auch bei den verschiedensten Kritiken eine gewisse Berechtigung und auch eine gewisse Logik dabei ist. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Aber es geht nicht um einzelne Linien sondern es geht um das Gesamte. Wenn man das Gesamte dabei betrachtet, geht es einmal um den Grundsatz, der hier im Gemeinderat vor einigen Jahren einstimmig beschlossen wurde, daß die

zentrale Umsteigstelle am Bahnhof sein soll. Alleine das Wort „zentrale Umsteigstelle“ drückt hier aus, daß alle Linien und dann auch der Fahrplan und die Anbindung an andere Stadtteile wirklich auch nachzukommen, über den Bahnhof gehen müssen. Daß es darüber hinaus auch noch Dinge gibt, damit der Fahrplan für alle Linien oder für die Fahrgäste aller Linien eingehalten werden kann, gibt es halt Abstriche die nicht so begeistern. Es wird dann der Kollege Oppl aus der Sicht der Ennsleitner noch etwas dazu sagen. Natürlich kann man die Linie 3 a, 3 b diskutieren. Wenn man aber hier eine andere Linienführung macht, so die Experten und nicht unbedingt die politischen Vertreter, dann ist einfach der Fahrplan nicht mehr in dieser Form einzuhalten. Ich glaube, an der zentralen Umsteigstelle am Bahnhof darf und soll nicht gerüttelt werden. Die Investitionen, die wir ja nicht gerade mit geringem Aufwand tätigen, wären dann sinnlos und fahrlässig getätigt worden.

Ich glaube auch, wie hier zum Teil angeführt wurde, daß, wenn man neue Linienführungen macht, sie besser als bisher sind, daß sie vielleicht attraktiver sind. Aber, Frau Kollegin Frech, zumindest nehme ich es für mich in Anspruch um nicht jemand anderen näher zu treten, ich glaube nicht, daß ich, aus meiner Sicht und aus meiner Tätigkeit heraus, alles besser weiß, was am Magistrat notwendig ist und welche Maßnahmen getroffen werden. Daß man politisch eine andere Sicht haben kann, das ist legitim. Aber immer für uns als Mandatare in Anspruch zu nehmen, wir können eh alles besser, dann wäre es ja vernünftiger, wenn wir eine Reihe von Linien im Magistrat einstellen, weil das machen wir dann besser. Wir brauche ja nicht zweigleisig fahren. Machen wir die Linien für die Autobusse in Zukunft, dann fällt uns natürlich alles andere auch ein, was wir besser können. Ich glaube, daß hier unsere Fachleute sich mit bestem Wissen und Gewissen vorbereitet und einen Vorschlag erarbeitet haben. Es ist dieser Vorschlag, den wir im Kommunalausschuß diskutiert haben, der nicht heute vorliegt, daß der ja eine breite Zustimmung auch im Kommunalausschuß gehabt hat. Die ÖVP hat zumindest, und das muß man ihr zugestehen, von Haus aus diese Linienführung kritisiert. Ich glaube, daß hier aber auch ein bißchen mehr Ehrlichkeit dazugehören sollte, weil mit dem heutigen Vorschlag, der unterbreitet wird, stellt man natürlich die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof infrage, weil 5, 6 Linien über den Stadtplatz führen und dann noch davon reden, daß wir am Bahnhof eine zentrale Verkehrsdrehscheibe haben, da muß man schon ein großes Vorstellungsvermögen haben. Das ist sehr schwer nachzuvollziehen. Ich würde mir wünschen, wenn mehr Mut vorhanden wäre, daß man sagt, wir wollen die Verkehrsdrehscheibe nicht. Diese mit anderen Vorschlägen auszuhöhlen, das ist in Wirklichkeit nicht in Ordnung. Aber ihr habt es immer anklingen lassen, daß ihr das nicht wollt. Das ist legitim.

Bezüglich der Freiheitlichen Partei muß ich ehrlich sagen, wenn es nicht so ernst wäre, wenn es nicht um Geld ginge, dann wäre es ja direkt ein Kabarett, wo man sich gut unterhalten kann. Weil mit welcher Vehemenz das auch von der F, der Amtsvorschlag, vertreten und wie argumentiert worden ist, wie attraktiv die neue Linienführung, im Zusammenhang mit der Umstiegsstelle, ist. Ich sage das auch, daß das der Fall ist, weil wir stehen auch hier zu dem Amtsvorschlag. Was hier dann für eine „Stehaufmännchen Verhaltensweise“ an den Tag gelegt wird, das ist schon beachtlich. Das muß man erst einmal zusammenbringen. Ich kann da nur gratulieren. Das ist bewundernswert, weil es ist ja dein Ressort und nicht irgendwem anderen sein Ressort.

Dann möchte ich schon zu dem Punkt, Shuttlebus, kommen, weil ihr hier heute da doch eine gravierende Abweichung machen wollt. Auch unsere Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat immer ausdrücklich und ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, sollten wir innerhalb kürzester Zeit darauf kommen, daß der Amtsvorschlag einer Korrektur bedarf und notwendig ist, und zwar in Richtung Shuttlebus, wenn es nicht gelingt, mit den Bussen, die direkt in die Stadt oder an beiden Ende, Grünmarkt und Enge, fahren, daß wir die Fahrgäste, die am Bahnhof umsteigen, nicht in diesem Bereich transportieren können, dann werden wir natürlich auch als sozialdemokratische Fraktion dafür eintreten, daß innerhalb kürzester Zeit, und das ist auch mit den Verantwortlichen der Stadtwerke vereinbart, von drei Wochen, in der Lage sind, einen Shuttlebus einzuführen, weil wir auch glauben, wenn das notwendig ist, wenn wir hier Bedarf sehen, dann kann man nicht lange warten und das auf die lange Bank schieben und vielleicht doch gewisse negative Entwicklungen am Stadtplatz in Kauf nehmen, sondern dann muß man raschest darauf reagieren. Das war immer unsere Position. Wir unterstellen jetzt einmal, daß die Einschätzung von den Fachleuten, die meinen, daß wir

mit den Linien die wir hier führen, in der Lage sind, die Fahrgäste hereinzubringen und an den Ecken der innerstädtischen Punkte zu bringen. Von dem gehen wir aus, weil irgendwo muß man auch den Experten und den Fachleuten hier unterstellen, daß sie das gewissenhaft gemacht haben und daß sie auch dementsprechende Erfahrung dabei haben, daß das dann auch funktioniert. Aber ein altes Sprichwort sagt ja immer: „Der Abend ist klüger als der Morgen.“ Die besten Experten und Fachleute haben sich in ihrer Einschätzung und Beurteilung schon geirrt. Kein Mensch ist unfehlbar und wo gearbeitet wird, können auch Irrtümer und Fehler passieren. Wir sind aber in der Lage, wenn es notwendig ist, innerhalb kürzester Zeit, das zu korrigieren. Ich glaube, hier geht es auch um Geld. Letztendlich um einen Menge Geld, wenn wir hier einen Shuttlebus einsetzen. Wenn es wirtschaftlich akzeptabel ist, muß er geführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Gerade bei der Linienführung, bei den städtischen Bussen, haben wir ja in der Vergangenheit die interessantesten Diskussionen und Entwicklungen gehabt. Es hat nie gemangelt, wenn es notwendig war, daß wir hunderte Unterschriften, in Form von Unterschriftenlisten, bekommen haben. Das war nie ein Problem. In Stadtteilen oder in Straßenzügen, dort wo nur ein Bruchteil der Leute ansässig war, haben wir Unterschriftenlisten bekommen, die bis Ternberg, Losenstein gegangen sind. Heute unterschreibt jeder alles. Wir haben hier schon diese Erfahrung gemacht, daß wir dann als Stadt, und die Diskussion haben wir auch im GR geführt, wo uns dann der Rechnungshof belehrt hat, da haben wir den Rechnungshof dazu gebraucht, daß wir argumentieren konnten, daß wir so manche Linien reduzieren und Linien überhaupt einstellen müssen, weil sie mit einem Deckungsgrad von vier, fünf, sechs oder sieben Prozent einfach unverantwortlich sind zu führen. Ich glaube, daß wir uns gerade aus dieser Entwicklung, aus diesem Umstand heraus hüten sollten, voreilig, ohne daß man es nicht genau weiß, eine Linie einzuführen, die man dann vielleicht in einem halben Jahr, wenn man es jetzt befristet macht, wieder zurücknehmen muß. Kein Mensch, und da wird man wieder hunderte Unterschriften bekommen, Kollege Eichhübl, wenn du nach einem ½ Jahr sagst, wir wollen den Shuttlebus wieder zurücknehmen, weil alle die in dem ½ Jahr nicht gefahren sind, unterschreiben dann wieder für diesen Shuttlebus. Ich habe es auch schon bei einer der letzten Sitzungen gesagt, ich glaube, daß die Darstellung der ÖVP, die bei jeder Gelegenheit den Stadtplatz sterben läßt, wirklich sehr übertrieben ist. Ich glaube, daß wir weit weg davon sind, Herr Hack, daß, wenn da kein Shuttlebus fährt, der Stadtplatz stirbt. Ich weiß nicht, ich nehme eh an, ich unterstelle ihnen nicht, daß sie es nicht wissen, ich unterstelle ihnen nämlich, daß sie es wissen, aber sie sagen es ein wenig anders, weil was man sagt und was man denkt, sind immer zwei Paar Schuhe.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Bitte, da wehre ich mich dagegen. Ich wehre mich ganz vehement dagegen, daß gesagt wird, was ich sage und denke, daß das etwas Anderes ist. Da muß ich mich ganz vehement wehren.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Lassen sie den Hack wehren, ich habe es ja nicht zu ihnen gesagt.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich schließe mich aber dem an.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Beim Hack akzeptiere ich es. Trotzdem unterstelle ich, daß niemand glaubt, daß wegen einem Shuttlebus, oder Nichteinführung eines Shuttlebusses, der Stadtplatz zum Sterben verurteilt ist, weil das ist eine so fadenscheinige Darstellung, daß ich es einfach nicht glauben kann, daß das wirklich wer ernstlich glaubt.

Zur Belegung des Stadtplatzes tragen viele Dinge bei und es ist auch auf die Fragestellung heute schon hingewiesen worden, wie die Kaufleute befragt worden sind und es ist auch ein Punkt einmal erwähnt worden, ich weiß jetzt nicht mehr in welchem Zusammenhang, und zwar der Steg vom Bahnhof in der Mitte des Stadtplatzes. Fragen sie einmal die Kaufleute in der Mitte des Stadtplatzes, ob sie für den Steg sind.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das haben wir gemacht. Das war das Ergebnis.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Die sind nämlich dafür, daß ein Steg herüber kommt. Die am anderen Eck, die sind wieder dagegen. Also, es ist schon immer eine Frage, wie man die Fragestellung macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und die Ennsleitner?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und die Münichholzer?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Frage wie man herangeht.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zu der Darstellung zum Interspar, Roman, wie du es sagst, Interspar Tabor, Ärztehaus drüben beim Bahnhofs-parkdeck und das neue Amtshaus, das bringt die großen Veränderungen und die riesigen Gefahren für den Stadtplatz. In Wirklichkeit müssen wir sagen, machen wir am Ende von der Enge und vom Grünmarkt und an noch einigen anderen Eckpunkten einen Zaun und lassen wir nichts mehr

bauen, keine Veränderungen, weil das ist dann die Sicherung und Absicherung für den Stadtplatz. Auch das ist nicht der Fall.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe eh kein Problem damit.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Na weil du die ÖVP angeschossen hast, weil der Interspar auf der Ennser Straße baut. Schau, gewisse Dinge werden nicht verhinderbar sein und die sollte man auch nicht verhindern. Das wird eine natürliche Regelung sein. Für den Stadtplatz hat es noch immer keine solchen negativen Auswirkungen. Wie gesagt auch noch einmal, der Kollege Mayrhofer hat auch die Bedürfnisse der Kunden angeschnitten. Natürlich gehört auf die Bedürfnisse der Kunden, der Fahrgäste Rücksicht genommen, aber da muß man natürlich die Frage stellen, wieviele Kunden es sind. Das ist unsere Position und unsere Linie, daß wir zuerst wissen wollen, welchen Bedarf gibt es hier und, daß wir dann kurzfristig darauf reagieren. Es ist nicht so, daß wir, wenn eine andere Entscheidung getroffen wird, gegen die Arbeitsplätze am Stadtplatz sind. Also, wir werden dem Amtsvorschlag, der vernünftig klingt, und wenn notwendig einer Korrektur zu unterziehen ist, die Zustimmung geben.

Zwischenrufe: Welchem Amtsvorschlag?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Den es gibt, über den wir diskutieren, den stimmen wir heute nicht ab, aber es gibt ja einen Amtsvorschlag. Ist ihnen der nicht bekannt? Für den sind wir.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha, gut. Jetzt schlage ich folgendes vor, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, daß wir eine ¼ Stunde Pause machen. Nach dieser ¼ Stunde bitten wir unsere Herrn Stadtwerkedirektoren aus ihrer fachlichen Sicht einmal die Geschichte zu beleuchten und dann setzen wir die Debatte fort. So machen wir das, weil wir haben jetzt 2 ¼ Stunden debattiert.

PAUSE VON 19.15 UHR BIS 19.45 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren wir setzen die Sitzung fort. Wir bitten jetzt die Herrn Direktoren unserer Stadtwerke um Statements aus ihrer Sicht, technisch und kaufmännisch. Auf meiner Rednerliste sind zur Zeit der Kollege Oppl, der Kollege Hauser und dann der Kollege Hoflehner gemeldet. In dieser Reihenfolge. Hack auch noch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Frech auch noch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da muß ich sagen, da haben sie sich bei mir nicht bemerkbar gemacht. Den Vorsitz führe ich. Wenn sie mit der Kollegin Mach eine Blickverbindung herstellen ist das super, aber ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... das kann ich nicht alles mitbekommen. Also. Hack, Frech, Wetzl, Pramendorfer. Gut, daß wir eine Pause gemacht haben. Herr Direktor Wein bitte.

Direktor

Ing. TOAR Wolfgang Wein:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf ihnen aus meiner Sicht grundsätzlich die Überlegungen der Stadtwerke für diese Verknüpfung der Linien am Bahnhof, die natürlich nicht aus dem Gehirn der Stadtwerke alleine erflossen ist sondern das natürlich gemeinsam mit den Herrn Prof. Stickler entworfen und ausgefeilt worden ist, schildern. Der Herr Prof. Stickler hat, soweit ich mich erinnere, etwa 1992/1993 eine Befragung über etwa 20 % der Bevölkerung in Steyr, der Erwachsenenbevölkerung, in allen Stadtteilen gemacht. Aus dieser Befragung war eindeutig zu erkennen was äußerst schlecht bei uns als Verkehrsbetrieb immer wieder dargestellt worden ist. Das ist die Unpünktlichkeit, die langen Fahrzeiten. Die Bewohner des Resthofes, die das Krankenhaus besuchen und auch in der umgekehrten Richtung, haben immer wieder gejammert und gesagt, so Fahrzeiten bis zu 37, 40 Minuten hindern uns daran das öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und dazu kam, daß wir durch die Verspätungen natürlich die Umsteigevorgänge nicht einhalten konnten. D.h., es hat zumindest einer, wenn er Glück gehabt hat, den ¼ Stunden Takt abwarten müssen, wenn es schlecht zugegangen ist, war es schon der ½ Stunden Takt. Wenn dann einer eine ½ Stunden auf den Anschluß warten muß, dann ist anzunehmen, daß er darauf verzichtet und in Hinkunft wieder sein individuelles Verkehrsmittel, sprich Auto, nutzt.

Wir haben dann überlegt, was soll man tun. Herr Stickler hat das noch ergänzt, aus dieser Befragung ist auch herausgekommen, daß die Bevölkerung es wünscht, daß man mehrmals am Tag zwischen den einzelnen Stadtteilen eine Verbindung ohne Umsteigevorgang wünscht. Das ist natürlich nur möglich, wenn man wirklich die Fahrzeiten genau einhalten kann. Wir haben versucht die Verknüpfung immer wieder irgendwo zusammenzufassen. Der Stadtplatz hat sich zusehends weniger dafür geeignet, weil der Stadtplatz a) von der historischen Bausubstanz her wirklich nicht das Beste ist um dort 6 oder 7 Omnibusse zu verknüpfen und b) auch das Platzangebot am Stadtplatz nicht ausreichend war. Jetzt haben wir 2 und ½ Verknüpfungsstelle gehabt. Das war die Tomitzstraße, die Pachergasse und eine weitere Verknüpfungsstelle am Wiesenberg. Das hat dazu geführt, daß überhaupt kein Anschluß mehr funktioniert hat. Das ist das gewesen, warum die Leute uns gegenüber immer wieder geäußert haben, sie haben Angst vor der Bahnhofumsteigehaltestelle, weil sie Angst

vor den Umsteigevorgängen haben, daß die alle nicht funktionieren, daß das lange dauert. Was haben wir gemacht um das zu vermeiden? Wir haben alle Ankunftszeiten, ausgehend vom Verknüpfungspunkt, sprich Bahnhof Busbahnhof, ausgerechnet, haben sehr wohl, Herr GR Lengauer, Sicherheits- und Verspätungszeiten hineinkalkuliert. So ist es nicht, auch das haben wir berücksichtigt. Natürlich kann man das nur in einem beschränkten Umfang tun, weil ja eine gewisse Wirtschaftlichkeit gegeben sein muß. Letztlich war noch mitentscheidend die Rechnungshofprüfung 1995. Bei der Rechnungshofprüfung 1995 ist sowohl der Stadtverwaltung als auch uns vorgeworfen worden, daß wir ein sehr ausgefeiltes und ausgedehntes Liniennetzsystem betreiben, aber dieses System aufwendig ist und wesentlich kostengünstiger geführt werden kann, wenn die Verknüpfung mit dem Bahnhof erfolgt. Letztlich darf man nicht ganz vergessen, so schlecht ist der Steyrer Verkehrsbetrieb nicht. Alle werden sich daran erinnern, ich sehe den Prof. Stickler noch da stehen wie er gesagt hat, in Steyr wird das öffentliche Verkehrsmittel mit rund 22 - 26 % der Bevölkerung genutzt. Das ist ein Anteil, den sich so manche vergleichbare Stadt nur annähernd wünschen kann. So ist es. Also, so schlecht ist unser System nicht. Noch einmal. Die Verknüpfung am Bahnhof hat den Sinn, daß wir die Umsteigezeiten wesentlich verbessern. Wir haben auch den ¼ Stunden Takt dieser zusätzlichen Linie, die vom Bahnhof zum Stadtplatz führt, so gelegt, daß geringe Verspätungszeiten miteinkalkuliert sind. Also auch hier eine Anschlußzeit. Es ist so, daß alle Omnibusse am Verknüpfungspunkt möglichst gleichzeitig eintreffen und daher der Umstieg, wenn jemand den Wunsch hat mit dem Autobus auf den Stadtplatz zu fahren, den direkten Anschluß hat. Hat er den Wunsch nicht, nützt er die durchaus interessante und attraktive fußläufige Verbindung Richtung Stadtplatz. Dann kann er die auch nützen. Oder über die andere Seite führt die Linie 4 nicht mehr über den Blümelhuberberg, der äußerst schlecht ist, da fährt man Zwischenbrücken, dann ist die Anbindung gegeben.

Dann kommt dazu, daß ja die Idee der stadtplatzseitigen Anbindung an der West- und Ostseite des Stadtplatzes, oder manche sagen Nord- und Südseite, daß diese Anbindung ja auch ein Gedanke ist, den wir schon lange gehegt und immer schon gewünscht haben. Deshalb hat man ja auch die Haltestelle beim Gymnasium in dem Bereich situiert, obwohl wir wußten, daß man dort wahrscheinlich die Unterführung der Vorlandbrücke nicht sehr attraktiv gestalten konnte, aber man hat es gemacht, daß die beidseitige Anbindung ist. Und unter Zentrum verstehen wir natürlich als Ausführende im öffentlichen Nahverkehr nicht einen Meterumkreis oder einen Zweimeterumkreis sondern etwa 50 bis 100 m. Denn es ist ja jedem Fahrgast zuzumuten, daß er sowohl an der Haltestelle seiner Einstiegsstelle rund einen Umkreis von 200 bis 300 m zu Fuß bewegen muß und umgekehrt an der Ausstiegsstelle auch. All diese Dinge sind maßgebend dafür gewesen, daß wir die beiden Haltestellen an den beiden äußeren Enden des Stadtplatzes ausgerichtet haben. Letztlich, und das darf man auch nicht ganz vergessen, wo sollen denn die Fahrgäste herkommen, die da mit diesem Shuttlebus vom Bahnhof fahren. Wir fahren im ¼ Stunden Takt. Wir bieten 8 Mal in beiden Richtungen rund 720 Sitz- und Stehplätze im Omnibus an und haben aber, laut Statistik, und da muß man leider ein bißchen die Statistik mit anziehen, obwohl sie nicht immer ganz stimmt, 150 Personen pro Stunde. D. h., wir haben in etwa das 5fache das wir anbieten. Wir belegen einen Solobus, der etwa 90 Personen faßt, nur mehr mit 20 Personen. Das scheint uns doch als ausreichend. Sollte es zuwenig sein oder, daß zu den Spitzenzeiten das Problem gegeben ist, daß wir unter Umständen widererwarten, das wird aber nicht der Fall sein, weil die Schulen, die uns ja am meisten die Omnibusse anfüllen, die nützen ja die Stadtplatzlinie nicht mehr, weil sie für sie nicht mehr attraktiv ist, weil ja die Linie direkt an den Schulen vorbeiführt, und wir können das auch steuern, daß wir die Liniengenehmigung bzw. die Beförderungsgenehmigung auf diesen Linien nicht mehr gestatten, dann ist im Grunde genommen kein Fahrgastaufkommen gegeben, das den Shuttlebus von 7,5 Millionen rechtfertigt. Nehmen sie an, alle Omnibusse sind recht. Wen soll der, der 7 ½ Minuten dazwischen fährt, befördern? Weil der, der den direkten Anschluß, und nicht warten will, nutzen will, der wird gleich wieder wegfahren und dazwischen, die 7 ½ Minuten, gibt es keinen Fahrgast. Da fahren wir dann die Luft spazieren. Genau das ist das, was der Rechnungshof immer wieder kritisiert hat und zu Recht kritisiert hat. Der Rechnungshof hat uns auch aufgefordert, unser System so zu verändern, daß es finanziell zu den Aufgaben die ein öffentliches Verkehrsunternehmen wie unserer Art hat, auch paßt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Zeilinger bitte.

Dkfm. Ing. Franz Zeilinger:

Ich möchte nur wenige Sätze ergänzen. Der Kolleg hat ja die meisten Dinge schon gebracht. Wir haben ja erst vor kurzem wieder den Rechnungshof im Haus gehabt, der die letzte Prüfung nachvollziehen wollte, inwieweit wir die Stadt und die Stadtwerke mit Sinn erfüllt haben. Er hat festgestellt, daß wir mit der Kostendeckung im Verkehrsbereich heuer bei etwa 50 - 55 % landen werden. Der Zielwert, den der Rechnungshof sich vorstellt, ist bei 70 %. Er meint, und das sei belegbar über Vergleiche mit anderen Städten, daß wir mit dem Verkehrsangebot insgesamt sehr großzügig sind und, daß der Verlust, der im heurigen Jahr wieder an die 25 Millionen Schilling betragen wird, an die Leistungsgrenze der Stadt geht. Deswegen auch eine Planungs-prämisse für die Neuordnung der Linien, daß, soweit es geht, Verbesserungen im Verkehrsbereich geschehen sollen, aber ohne mehr Kosten. Und damit ergibt sich eigentlich aus für uns, aus betriebswirtschaftlicher Sicht, gar nicht die Frage, daß, wenn wir 150 Passagiere haben und wir bieten 500, 600, 700 Kapazitäten an, wir das tun können. Wir dürfen das eigentlich aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht. Wenn das politisch anders gesehen wird, ist das eine andere Frage. Aber aus Sicht der Firma können wir das nicht tun.

Letzter Satz. Ich finde, daß die Diskussion im Augenblick deswegen besonders ungerecht ist, daß man sagt, die Stadt tut wenig für den öffentlichen Verkehr, weil immerhin eine riesige Investition am Bahnhof passiert ist. Eine riesige Investition gerade im Busbahnhof passiert. Alles Förderung des öffentlichen Verkehrs. Daß immerhin der Busbahnhof ja nicht nur dazu da ist um innerstädtisch besser Anknüpfen zu können, mit mehr Komfort für Eltern, Kinder, Behinderte sondern auch, daß eine bessere Verknüpfung mit den regionalen Linien passiert. Genau das, diese Zielsetzung, wird mit viel Geld verfolgt. Wir bekommen im heurigen Jahr 6 neue Busse, nachdem 4 in den letzten beiden Jahren gekommen sind. D. h., es wird auch dort gewaltig investiert. 15 Millionen Schilling. Die bekommen einen verkehrsberuhigten Bereich, im Bereich des Ennsdorfes, wo wir zum 1. Mal, wirklich nachvollziehbar, wesentliche Bevorzugungen des öffentlichen Verkehrs bekommen, mit Fahrbahnhaltestellung, mit Befahrung der Busse usw. Ich finde das sehr ungerecht, daß genau in der Zeit, wo eigentlich viel passiert, man so negativ über den öffentlichen Verkehr redet. Das möchte ich gesagt haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. So. Wir setzen jetzt fort. Walter Oppl bitte. Nach langer Wartezeit. Damit sie den Stau los werden.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es ist kein Stau. Es ist nur die Befürchtung eingetreten, daß mir die zwei Direktoren etliche Argumente, die ich mir da ebenfalls zurecht gelegt habe, wegnehmen werden. Aber sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Mayrhofer. Nachdem sie mich ja fast eigentlich wortwörtlich, aufgrund unseres Artikels in der „Ennsleiten News“, zitiert haben, erlauben sie mir da einige Bemerkungen. Offensichtlich haben sie beim Sparmarkt ein bißchen die Birnen mit den Äpfeln vermischt. Nämlich insofern, weil wir ja grundsätzlich nie, und das können sie dort auch nicht herauslesen, nie die Gesamtkonzeption der neuen Linienführung infrage gestellt haben. Wo wir uns dagegen ausgesprochen haben, und sie werden das nicht glauben, dazu bekenne ich mich, und ich weiß das auch von meinen Kollegen auf der Ennsleite, nach wie vor, der Bremm Gerhard hat es ja schon gesagt, es ist auch bei uns möglich, daß wir unterschiedlicher Auffassung sein können. Ich bin nach wie vor persönlich überzeugt, daß die Linienführung der Linie 3 a, schlichtweg, sicherlich für mich, ein Nonsens ist. Das sage ich einmal so. Bei dem bleibe ich auch. Ich kann nicht hergehen und wenn ich erkennen muß und zur Kenntnis nehmen muß, daß wir in einer Demokratie mehrere Meinungen haben, und die Mehrheit entscheidet und hat sich dafür entschlossen, daß man in der Gesamtkonzeption nichts verändert, dann habe ich das auch als Demokrat zur Kenntnis zu nehmen und das mache ich auch und ich werde das auch so mittragen. Wegen dem muß sich meine persönliche Meinung aus diesem Grund nicht ändern. Das einmal soviel zu ihren Worten, weil sie vielleicht hoffen, daß wir bei ihrem Initiativantrag mitstimmen werden. Das ist eine Hoffnung, die wir sicherlich nicht erfüllen werden. Einmal soweit zu dem.

Zum Grundsätzlichen, zum Verkehrskonzept selbst. Über die Anbindung an den Stadtplatz glaube ich, und da herrscht ja an und für sich in diesem Raum breiter Konsens, daß diese neue Art, daß man den Stadtplatz seitlich anbindet und zusätzlich einen Bus mitten auf den Platz hereinfahren läßt, daß dies positiv gesehen wird. Ich glaube, da wird es keine Gegenstimme geben. Ich kann mir das auch sehr gut vorstellen. Wenn ich das mit der jetzigen Situation vergleiche, fahren alle Busse quasi mitten am Stadtplatz vor das Bummerlhaus. Ich gehe z. B. in die Stadt einkaufen und brauche vorne etwas von Zwischenbrücken und ich gehe zum Marchand einkaufen und zum Niedermeyer und kaufe mir etwas. Dann ist es momentan so, daß ich in die Mitte des Stadtplatzes fahre und laufe einmal in die Enge, dann gehe ich den ganzen Stadtplatz wieder zurück und gehe zum Marchand, dann gehe ich wieder zurück und steige in den Autobus und fahre nach Hause. Hinkünftig kann ich es mir aussuchen. Auch zum ¼ Stunden Takt, das ist momentan immer alle ¼ Stunde und nicht 7 ½ Minuten oder sonst irgendetwas. Dann kann ich es mir aussuchen, ob ich mitten am Stadtplatz aussteige, Zwischenbrücken oder steige ich auf der Vorlandbrücke aus und schlendere dann durch die Stadt über den Grünmarkt, Stadtplatz, durch die Enge und steige dann dort wieder in den Autobus ein und fahre auf das Parkdeck hinüber, auf die zentrale Umsteigestelle und fahre dann wieder nach Hause. Ich denke mir, das ist ein Vorteil, den wir jetzt nicht haben und ich glaube, da wird mir auch keiner dagegen sprechen. Zum Schluß, und ich möchte das noch verstärken was der Kollege Wein gesagt hat, und es ist heute schon gesagt worden, diese Untersuchung von der HBLA unter der wissenschaftlichen Leitung von dem Meinungsinstitut Spectra, ist allgemein anerkannt. Das denke ich mir einmal. Oder gibt es da jemanden in diesem Raum, der diese Untersuchung infrage stellt? Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, das gibt es schon. Also, wenn sie direkt fragen, gibt es schon Zweifel daran.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Lassen sie das noch in einem Satz sagen, nämlich was die Anzahl der Personen betrifft. Ich gehe

einmal von dem aus, daß die Untersuchung Wort ist und daß die Zahlen stimmen. Dann fahren in der Woche, zum jetzigen Zeitpunkt mit allen Bussen, die da am Stadtplatz hereinfahren, alle ¼ Stunde, genau 10.685 Personen herein. Das sind pro Tag 2.137 Personen und wiederum umgelegt auf einen Betriebszeitraum von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr ganz genau 178 Leute. Der Kollege Wein hat das zuerst schon angedeutet. D. h., ein normaler Bus hat in der Stunde bei viermal hereinfahren eine Kapazität von 240 Personen. Anders umgelegt, mit dem einen Bus, der alle ¼ Stunde hereinfährt auf den Stadtplatz, deckt man aufgrund der Untersuchung eigentlich schon jene Anzahl von Leuten ab, die tatsächlich im Durchschnitt natürlich, logischerweise, am Stadtplatz hereinfahren. Dazu kommt jetzt links und rechts die Anbindung, was dann in Summe insgesamt 720 Plätze ergibt. Wenn ich mich jetzt an so manche Diskussionen zurückerinnere, wo wir dann über Kostenwahrheit diskutierten und immer, bei jeder Gelegenheit heißt es, ja, die Kosten sind zu hoch, und dann kommt noch die Forderung von einem zusätzlichen Shuttlebus dazu, der dann das Ganze auch wiederum umgerechnet auf die Stunde 240 Plätze, dann auf ganze 960 Sitzplatzangebote oder Busplätze erhöht und ich stelle das den 180 Personen gegenüber, die aufgrund der Untersuchung tatsächlich im Durchschnitt hereinfahren, ja liebe Kolleginnen und Kollegen, dann verstehe ich weder den Antrag von der ÖVP noch die ganze Diskussion. In letzter Konsequenz müßte eigentlich die F bei ihrer Linie bleiben und den Abänderungsantrag zurückziehen, weil da haben wir so eine Überkapazität, daß wir uns nicht erfangen. Da muß ich den Kollegen Bremm auf alle Fälle 1.000%ig unterstützen, wenn wir sagen, schauen wir uns das zuerst einmal an und wenn es ist, dann können wir immer noch nachjustieren, weil etwas zurücknehmen, das haben wir ja bei den Citybuslinien gesehen, ist dann immer eine große Problematik.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Vorausschicken möchte ich, daß ich wahrscheinlich einer derjenigen bin, der hier auch stark zu kritisieren ist, weil ich sitze nämlich in dem Kommunalausschuß und ich war einer, der dafür gestimmt hat, daß das so sein soll, wie es jetzt kommen soll. Und zwar so kommen soll, in der ursprünglichen Situation, die jetzt wieder einmal oder schon des Öfteren eben zur Diskussion steht. Ich gebe auch gerne zu, der Herr Ing. Hack sitzt ja auch im Kommunalausschuß, daß er durchaus immer wieder darauf hingewiesen hat, daß er diese Linienführung nicht befürwortet. Aber wir sind halt in einem demokratischen Land und da zählen letztendlich auch Mehrheiten. Ich möchte jetzt so ein bißchen, was heute auch schon gefallen ist, einmal wiederholen. Die Erreichbarkeit des Stadtzentrums ist eine Forderung, die für uns alle genauso aufrecht ist, als wie die Forderung, die der Herr Prof. Stickler aufgestellt hat. Ich denke mir ja nicht, daß uns der sozusagen gesagt hat, man muß das Stadtzentrum erreichen sondern er hat nur bestätigt, was wir selbst für ein Gefühl haben. Prof. Stickler hat unter anderem gesagt, daß man es mit dem öffentlichen Verkehr möglichst ohne umsteigen, das gelingt halt nicht ganz, erreichen soll. Wir machen es halt mit umsteigen, aber erreichbar ist es. D. h., letztendlich denke ich mir, daß hier eine Forderung sehr wohl erfüllt ist. Er sagt auch, daß der Stadtplatz entlastet werden soll. Das werden wir halt nur zusammenbringen, wenn wir nicht alle Autobusse da hereinführen. Er sagt auch noch, und die Frau Kollegin Frech, die ist jetzt gerade nicht hier, hat zuerst auch gesagt, es müßte eigentlich jeder Stadtteil aus jedem Stadtteil sozusagen ohne umsteigen erreichbar sein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das hat der Herr Wein gesagt und hat dann den Stickler zitiert.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Der Herr Wein hat gesagt, das ist die Wunsch- und Idealvorstellung. Die Frau Frech hat das ganz am Anfang gesagt, weil ich habe es mir extra aufgeschrieben. Das ist eben so, daß die Idealvorstellung sozusagen durchaus ein Wunsch ist, aber es halt nicht immer gelingt. Ich würde mir ansehen, wenn wir jetzt auch noch zusätzliche Busse einsetzen und anschaffen müßten, daß wir vom Resthof direkt ins Munichholz fahren kann und umgekehrt. Also, daß würde ein Kuddelmuddel werden, daß man es hint und vorne nicht mehr aushalten würde. Daher denke ich mir, wir haben uns entschlossen eine neue Linienführung zu machen. Die ist neu und hat viele Verbesserungen. Wir haben verschiedene Teilungen von Linien zusammengebracht, die letztendlich viel Unmut erregt haben, das man ja auch in Studien und Umfragen herausbekommen hat. Man hat sich mehr an den Bewegungslinien der Menschen orientiert und ich denke mir halt, daß sie sinnvoll, aber, natürlich auch gewöhnungsbedürftig sind. Das ist schon klar. Alles was Neu ist, an das muß man sich zuerst gewöhnen. Auf der anderen Seite denke ich mir, daß auch das Umfeld für diese Buslinien ganz einfach viel angenehmer ist. Ersten bekommen wir eine neue zentrale Umstiegsstelle, die nicht nur schön gestaltet ist, welche die Verknüpfungspunkte biete, nein, sie bringt unter anderem auch, und das bitte erstmalig, eine gewisse Annehmlichkeit auch für die Bediensteten die wir beschäftigen, indem sie nämlich dort einen Raum, ein WC und was weiß ich noch haben. D.h., das kommt dazu. Wir haben, das haben wir zuerst schon gehört, voriges Jahr 4 neue Busse bekommen und heuer bekommen wir insgesamt 6. D.h., der Fuhrpark verändert sich. Wir schaffen auch eines, wir haben für alle Linien gleiche Intervalle. Daher denke ich mir, daß es hier schon viele Positivas auch gibt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Gleiche Intervalle haben wir nicht für alle. Wir haben Stundenintervalle, ½-Stunden-Intervalle, ¼-Stunden-Intervalle.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja, das ist schon richtig, aber sie sind zentral gesteuert über diese Umstiegsstelle. Wir haben eine tangentielle Bedienung des Stadtplatzes und so denke ich mir, wenn man sich ein bißchen umhört und nicht nur in der Mitte des Stadtplatzes spazierengeht, daß man dann durchaus auch hört, daß die Leute nicht so sehr unzufrieden sind, wenn die Leute dann plötzlich über den Grünmarkt auf den Stadtplatz hineingehen oder durch die Enge pilgern um sich vielleicht dort auch umsehen. Ich habe auch mit Leuten gesprochen. Es ist nicht nur so, daß die ÖVP und die FPÖ mit Leuten spricht. Ich denke mir, es gibt schon andere Leute auch noch die sich für diese Dinge interessieren und den einen oder anderen einmal fragen, wie sie es gerne hätten. Außerdem habe wir schon gehört, daß es also ein großer Wunsch war, daß die Busse vor dem Bummerlhaus wegkommen, von allen möglichen Gruppierungen udgl. mehr. Letztendlich denke ich mir auch, daß das sehr positiv wäre, auch wenn ich heute mit etwas Verwunderung festgestellt habe, daß man sich womöglich doch wieder entschließt, die Busstelle dort zu belassen.

Jetzt möchte ich auf etwas zu sprechen kommen wo ich mir denke, jetzt wird also im ÖVP- und Liberalen Forum-Antrag letztendlich nicht nur gefordert, daß da zusätzliche Busse hereinfahren sollen

sondern auch dieser Shuttledienst und von den beiden anderen Fraktionen, die also diese Abänderungsanträge gestellt haben zumindest oder nur der Shuttledienst. Sagen wir es einmal so. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese 7 ½ Minuten Bedienung mit einem Shuttlebus über eine Million Schilling kostet. Da möchte ich darauf hinweisen, daß gerade sie, Herr Kollege Hack, sehr oft im Kommunalausschuß, wenn es um Geld geht, uns immer wieder erzählen, wie defizitär diese Stadtwerke doch arbeiten aber es offensichtlich sehr dienlich ist, wenn man für sich selbst etwas haben will, daß das Defizit ruhig größer werden darf. Daher denke ich mir, daß man also auch hier letztendlich immer mit derselben Sprache umgehen müßte und sich nicht immer offenbar genau dem bedienen sollten, was gerade für einen dienlich ist. Weil wenn es gerade für einen dienlich ist, dann gehen wir auch her und nehmen den Rechnungshof immer sehr gerne als Argument. Aber nur dort wo wir ihn brauchen. Sonst wäre es uns lieber, wenn er uns keine Sachen ins Stammbuch schreiben würde, wie der Herr Bürgermeister immer so schön zu sagen pflegt. Auf der anderen Seite nimmt man auch gerne die Bürgerinnen und Bürger her, die älter sind, die Kinderwagen schieben und alle die, die Einkaufssackerl tragen, wenn sie halt gerade ins Argument hineinpassen um etwas zu unterstützen, wobei ich durchaus anerkenne, daß natürlich die, die Hauptbenützer der Buslinien sind. Das ist gar keine Frage. Nur eines muß ich auch sagen Herr Kollege Lengauer. Wenn ich ihre Wortmeldung konsequent zu Ende denke, hole ich sie vom Meinel ab und bringe sie bis zur Haustüre, weil nur dann brauchen sie auch keine 20 Schritte mehr gehen, wie sie gesagt haben, daß sie für manche offenbar unzumutbar sind. Dann führen wir einen Taxidienst mit Großraumbussen ein, der bis zur Haustüre fährt. Das wäre wahrscheinlich für alle das Angenehmste. Das denke ich mir schon. Aber letztendlich ist das nicht machbar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur für die Stadtplatzkaufleute.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

So wie der Wunsch hier war.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur für den Stadtplatz.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Na sicher, weil nur dort ist es bis jetzt gefordert. Dann denke ich mir halt auch, wenn immer dann wir die Kaufmannschaft und die Wirtschaft brauchen, dann nimmt man also das genauso als bedienbares Argument für alle möglichen Anträge bzw. Wünsche udgl. mehr.

Dann möchte ich zum Abschluß noch eine Bemerkung machen, daß man also sieht, daß sozusagen hier schon, für meine Begriffe, nach allen Beschlüssen die gefallen sind und nach allen Meldungen die so in den Zeitungen gewesen sind, und wo unter anderem halt auch von der ÖVP und dem Wirtschaftsbund kritisiert wurde, daß diese Veränderung so kommen soll, daß sie das nicht für so

sinnvoll erachten, der Herr StR Eichhübl, in seiner Funktion als Referent, hier auch Stellung nimmt und sagt, daß er das für klug erachtet. Da das alles nicht wirkt, legen wir dann eine Unterschriftenliste auf und dann wird in allen möglichen Auslagen proklamiert, man möge doch hier unterschreiben, daß die Buslinien 1) über den Stadtplatz führen, 2) ein Shuttledienst kommt und weil wir gleich in einem Aufwaschen sind, brauchen wir auch noch die Aufstiegshilfe auf den Tabor. Mich hat nur gewundert, daß die nicht in diesem Antrag steht. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Kollege Hoflehner.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Werte Damen und Herren. Ich glaube, daß es sicherlich ein sehr schwieriges Unterfangen war, was die Stadtwerke hier an Problemen zu lösen hatte, denn es ist eine sehr schwierige Sache, es allen Recht zu machen. Ich sage das nicht nur weil der Herr StR Eichhübl der politische Referent ist, dem ich natürlich nahe stehe, ich glaube, es ist wirklich so. Die Stadtwerke haben sich in einer akribischen und auch rücksichtsvollen Arbeit die Linienführung ausgedacht und sie haben alle Faktoren und alle Stadtteile gleichermaßen berücksichtigt und ich glaube es macht Sinn. Die Forderung der ÖVP bedeutet, ich sage es noch einmal, heute habe ich sogar gehört, daß es eine 25 Minuten Taktsteigerung bedeuten würde, diese Linien 2 a, 3 a, 8 a über den Stadtplatz zu führen, nicht mehr 15 Minuten Takt für alle Steyrer Buslinien sondern sogar 20, 25 Minuten Takt. D. h., daß einer der vom Resthof in seine Arbeitsstelle Krankenhaus z. B. zumindest 5, 10 Minuten länger auf den Bus wartet, wenn er wieder nach Hause fährt. Kann man das überhaupt allen Steyr Busbenützern zumuten? Das ist die Frage.

Weil es zum Thema paßt. Ich bitte dich, Gunter Mayrhofer, ich bin von dir bereits zweimal falsch zitiert worden, einmal in der Schwechater und einmal heute, du mußt das so sagen, wie ich es gesagt habe. Ich habe dem Herrn Anibas im Ausschuß für Kommunale Betriebe die Frage gestellt, ob das die vorrangige Aufgabe der Stadtwerke ist, für Frequenz am Stadtplatz zu sorgen. Das war eine Frage. Ich werde immer falsch zitiert. Das war keine Feststellung von mir sondern eine Frage. Ich kann nicht die Stadtwerke verantwortlich machen, daß sie Frequenz am Stadtplatz machen. Da müssen sich andere Leute auch Gedanken machen. Vielleicht auch die Stadtplatzkaufleute selbst z. B. Die Stadtwerke haben auch noch andere Aufträge nämlich Versorgungsaufträge. Es ist nicht erforderlich, die vordergründige Arbeit der Stadtwerke, für Frequenz am Stadtplatz zu sorgen. Das war damals eine Frage.

Noch etwas. Herr Dr. Kaiser ist gegen einen Steg. Sie wissen vielleicht warum oder auch nicht. Er sagt, der Stadtplatz war von den Architekten, die diesen wunderschönen Platz entworfen haben, gedacht, daß der Platz von den Enden erlebt wird. Wenn eine Brücke mitten am Stadtplatz führt, ist das schlecht. Das ist nicht im Sinne der Erbauer. Die nächste Frage ist: „Ist nicht vielleicht eh Zwischenbrücken die Mitte?“ „Ist nicht eh der Stadtplatz das Zentrum der Stadt Steyr? Das ist die Frage. Das muß man definieren können, was denn wirklich die Mitte der Stadt ist. Was ist so schlecht daran, wenn einer Zwischenbrücken aussteigt und gemütlich über die Enge am Stadtplatz geht? Was ist da so schlecht? Ihr redet immer nur von den Geschäftsleuten die woanders situiert sind, aber der Herr Haubeneder und auch der Herr Schmollgruber freuen sich über das z. B., daß viele Leute über die Enge gehen. Was ist so schlecht, wenn ich über das Neutor, über den Grünmarkt auf den Stadtplatz gehe? Was ist daran so schlecht? Ihr kehrt immer nur die schlechten Varianten hervor.

Ich glaube, daß gerade dieser letzte Satz vom Herrn Mayrhofer, „Totengräber“ ganz schlecht ist. Man sollte sich einmal Gedanken machen, speziell von der ÖVP, wie man ein neues, innovatives Stadtplatzkonzept erarbeiten könnte. Nicht nur immer schimpfen. Der Stadtplatz gehört wie ein großes Erlebniskaufhaus geführt. Da gäbe es für innovative, kreative Geister ein gewaltiges Betätigungsfeld. Das ganze Problem, was die Stadtplatzkaufleute haben, das alleine auf die Busse aufzuhängen, du weißt genau Gunter, was da alles im Umfeld mit Konjunkturabschwächung, mit dem Trend der Kunden, daß sie heute in künstliche Welten flüchten, das sind die Gründe. Die Frau Schmidtmayer hat das in ihrem Fax auch richtig dargestellt. Das sind die wahren Gründe. Aber nur „der Stadtplatz stirbt“ und „Totengräber“, weil die Busse so schlecht sind, das ist ein absoluter, ich will jetzt nicht sagen Schwachsinn, aber es geht in diese Richtung. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Kollege Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Vor einigen Jahren hat es ein Lied gegeben, in der Abwandlung jetzt „Skandal im Stadtbezirk“. „Draußen vor der großen Stadt, stehen die Kunden sich die Füße platt.“ So ungefähr erscheint mir das jetzt da. Ich meine, wenn zuerst der Herr Hauser und auch der Herr Oppl gesagt haben, das macht man demokratisch, wir sind die Mehrheit, das beschließen wir.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Was? Was haben wir gesagt?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es hat geheißen, das wird in demokratischer Art und Weise beschlossen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Da muß man schon zu den Sozialdemokraten sagen, es wird zwar sozialdemokratisch gemacht, aber sozial ist das Ganze sicher nicht.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Wenn ich mir jetzt nur ansehe, wie der Herr Wein auch gesagt hat, da gibt es die Bushaltestelle drüben schon unter dem Gymnasium. Ich meine, die Erreichbarkeit dieser Bushaltestelle ist ja wirklich toll. Das ist unheimlich sozial wenn man irgendwelche älteren Leute, Kinder oder Schüler, die sie jetzt vom Stadtplatz aussperren, wenn man die vielleicht da durchjagt. Ich muß ehrlich sagen, das schaut so aus wie der Weg des himmlischen Lichtes. Das ist der Weg zum Autobus, das ist der Weg zur Bushaltestelle. Da hat man sogar noch ein rotes Haltelicht. Also, was an dieser Sache sozial sein soll oder wie da ältere Leute damit umgehen werden, das ist mir sehr fraglich. Natürlich sind wir als Stadtplatzkaufleute auch betroffen, aber ich habe da ein paar schriftliche Stellungnahmen von älteren Leuten. Die eine ist sogar in kurrent geschrieben. Ich werde versuchen es ihnen vorzulesen, ich habe das nicht mehr gelernt.

„Der Autobus von der Neuschönau zum Stadtplatz soll erhalten bleiben für alte und gebrechliche Pensionisten.“

„Als Bewohner des Stadtplatzes Neuschönau/Jägerberg ist es uns und vielen Betroffenen wichtig, daß die Linie 3 a erhalten bleibt.“

„Für ältere Menschen und Familien mit Kindern ist es unzumutbar, mehrmals umzusteigen um zum Stadtplatz zu gelangen. Wir würden dann nicht mehr in der Stadt einkaufen.“

Also, da gibt es verschiedene Stellungnahmen in diese Richtung. Ob wir jetzt ein paar 1000 Unterschriften haben, die wir ihnen in Kürze präsentieren werden, das ist ja im Prinzip auch egal. Das sind irgendwelche Leute. Die sind unbedeutend.

Der Shuttlebus. Ein Bus alle ¼ Stunde am Stadtplatz war auch schon zu dieser Befragung geplant. Also, es ist keine Errungenschaft der Stadtwerke oder sonst etwas, daß sie da jetzt unheimlich stark reagiert hätten und jetzt auf einmal einen Shuttlebus, aufgrund der Umfrage, gemacht haben. Der war eigentlich schon in der Planung enthalten.

Die zentrale Busumstiegsstelle und die Busse über den Stadtplatz zu führen, nämlich die Busse, die eh beim Stadtplatz vorbeifahren, ist meiner Meinung nach kein Gegensatz und ist keine Konkurrenz zur zentralen Busumstiegsstelle. Die zentrale Busumstiegsstelle wird nicht infrage gestellt. Auch nicht von den Stadtplatzkaufleuten. Aber das rundherum, muß ich sagen, ist unserer Meinung nach nicht verträglich.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Das mit der Ennsleite ist schon so eine Geschichte. Ich meine, das ist jetzt die Frage, welcher Bus jetzt von der Ennsleite auf den Stadtplatz fährt. Aber offensichtlich gibt es schon irgendwelche, die ein bißchen gleicher sind und halt direkt am Stadtplatz runter kommen.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das mit den Haltestellen. Jetzt soll draußen vor der Stadt eine Haltestelle geplant werden. Das Zeitmanagement draußen ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es ist vor der Stadteinfahrt. Vor dem Haupteinfahrtstor zur Stadt. Die Innenstadt beginnt dort und dort draußen soll jetzt kurzfristig und schnell eine Haltestelle errichtet werden und nachher ist ein Geld da. Also, ich muß ganz ehrlich sagen, ich verstehe es nicht. Vor allen Dingen im Sinne der Leute, die da fahren sollen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Einzige was stimmt ist, daß sie es nicht verstehen. Da pflichte ich ihnen bei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech ist die Nächste am Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich gebe dem Herrn Dir. Zeilinger durchaus Recht, wenn er sagt, es ist in den letzten Jahren sehr viel zum Thema öffentlicher Verkehr passiert. Die Punkte die er allerdings angesprochen hat sind im Bereich der Hardware. Wenn sie sich beispielsweise einen Pentium 3 kaufen, dann ist das eine tolle Geschichte. Wenn sie aber kein gescheites Computerprogramm dazu haben, dann bleibt es ein Blechtrottel. Die Hardware, da ist sehr viel gemacht worden. Was wir aber auch brauchen, ist die Software. Diese Software ist die Linienführung. Genau für diese Linienführung setzt sich das Liberale Forum und die ÖVP ein. Auch sehr glaubwürdig ein, weil wir im Kommunalausschuß von Anbeginn an unsere Bedenken geäußert haben. Das ist nicht so, daß wir einfach so kurz vorher einen Dringlichkeitsantrag einbringen und vorher haben wir nichts getan. Zumindest ich, für meine Person, kann es behaupten. Es gab mehrere Stellungnahmen. Die letzte, Herr StR Eichhübl, wo sie gesagt haben am 2. Februar war ich nicht in der Sitzung, das stimmt, ich war aus beruflichen Gründen entschuldigt. Es gibt auch Mandatäre, die nicht hauptberufliche Politiker sind und sich das nicht immer so richten können. Sie machen dann z. B. eines, sie geben eine schriftliche Stellungnahme ab. Das habe ich auch für den 2. Februar gemacht. Mit der Bemerkung, sollte diese Linienführung so umgesetzt werden wie geplant, dann wird es schlichtweg passieren, daß wir Fahrgäste auf den öffentlichen Linien verlieren, wahrscheinlich nicht allzu viele, weil die, die fahren müssen, sprich Schüler, Pensionisten, werden weiterhin keine Alternative haben. Aber neue Fahrgäste zu gewinnen, und das müßte unser Ziel sein, das wird sehr, sehr schwer werden und das wird mit dieser neuen Linienführung, so wie sie jetzt dasteht oder nicht dasteht, nicht möglich sein. Irgendwie kommt mir die Geschichte, gerade im Bereich der FPÖ, etwas vor wie Kolumbus. Bei Kolumbus war es nämlich auch so. Wie er wegsegelt ist, hat er nicht gewußt wo er hin will. Wie er dann endlich dort war, hat er nicht gewußt wo er ist. Wie er von seiner Reise zurückgekommen ist, hat er nicht gewußt wo er gewesen war und das Ganze mit geborgtem Geld. Das geborgte Geld ist in unserem Beispiel aus der Gewerbeförderung für den Shuttlebus herausgenommen. Wenn ich mir ansehe, was sich in den letzten Tagen und Wochen da abgespielt hat, bei einigen Mandatären der FPÖ, dann muß ich sagen, ich kenne mich schlichtweg wirklich nicht mehr aus. Beispielsweise der Kollege Bremm sagt, sie

stimmen heute als SPÖ-Fraktion für den Amtsvorschlag. Dann frage ich mich: „Was ist denn jetzt der Amtsvorschlag?“ Wir wissen bis zum heutigen Zeitpunkt hier und heute nicht, gibt es eine Haltestelle Vorlandbrücke ja oder nein. Kostet diese Haltestelle Vorlandbrücke ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Laut Amtsvorschlag ja.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe den Herrn Anibas gefragt. Er hat gesagt, das ist jetzt ein Entwurf, man weiß aber nicht ob es fix ist.

Der nächste Punkt ist, Vorlandbrücke ja oder nein. Wieviel kostet das, ist das überhaupt machbar, was sind die Folgen usw. und so fort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Da habe ich den Plan hergezeigt. Haben sie den noch nie gesehen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da müssen sie öfters zu den Sitzungen gehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bin bei den Sitzungen.

So. Jetzt haben wir den einen Punkt, das wissen wir nicht genau. Dann kann ich mich erinnern, da ist man ursprünglich davon ausgegangen, daß es vor der Marienkirche eine Haltestelle gibt. Vor wenigen Tagen habe ich dann wieder gehört, das mit der Marienkirche ist nicht so ganz sicher. Evt. könnte die Haltestelle auch ein bißchen weiter ins Stadtzentrum hinein sein. Wenn ich dann das Schreiben des Herrn Bürgermeister Pfeil lese, das mich sehr amüsiert hat, das an den Herrn Bürgermeister gegangen ist, wo dann drinnen steht: „Die Haltestelle auf dem Stadtplatz bleibt in etwa wie bisher in der Mitte, rechts oder links neben dem Bummerlhaus.“ Dann habe ich eine neue Variante und so geht es dahin und daher. D. h., das Einzige was wir so ein bißchen wissen ist, nix ist fix. Zumindest auf der politischen Ebene, da geht dieser Vorwurf letztlich hin. Wenn ich mir dann z. B. auch ansehe, bis vor kurzem noch hat die F gesagt, in einer etwas unter die Gürtellinie gehenden Angelegenheit, ich glaube, es war in Richtung des Kollegen Hack, wenn er in der Früh aufwacht, dann sagt er eh nur mehr Shuttle, Shuttle, Shuttle. Jetzt auf einmal sind sie auch für den Shuttlebus. Ich meine, irgendwie ist das Ganze verwirrend. Wenn die FPÖ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... einen Antrag einbringt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Unterstützt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Oder unterstützt. Dann denke ich mir, na ja gut, die FPÖ hat neun Mandatare, 6 braucht man für einen Dringlichkeitsantrag. D. h., sie könnten jederzeit hier einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Sie brauchen es allerdings nicht, weil sie stellen den zuständigen Referenten und der hätte das ja alles längst über normale Anträge machen können, in seiner Funktion als zuständiger Referent. Aber gut, sie schreiben einen Brief an den Herrn Bürgermeister. Das ist eigenartig. Eine Fraktion mit neun Mann.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist nicht eigenartig. Ich werde es ihnen nachher sagen, warum das so ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie fordern ihn in diesem Schreiben auf, einen Antrag vorzubereiten, nämlich in Richtung Führung einer Shuttlebuslinie und sie könnten sich vorstellen, daß die freiheitliche GR-Fraktion einen solchen Dringlichkeitsantrag unterstützen wird.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gut. Das ist eine Möglichkeit. Dann, heute, sehe ich, daß sie einen Abänderungsantrag einbringen. Allerdings kann ich dem entnehmen, nachdem er ja abgeändert ist, daß es ursprünglich ein Dringlichkeitsantrag war, den sie schon am 12. April vor hatten. Die 12 ist halt durchgestrichen und auf 15 ersetzt worden. Da steht halt dort, Abänderungsantrag zu vorliegendem Dringlichkeitsantrag. D.h., sie haben diesen Dringlichkeitsantrag zwar am 12. 4. schon gehabt, sie haben ihn aber nicht einbringen getraut, weil sie ja den zuständigen Referenten stellen. Da haben sie dann den Bürgermeister ersucht, irgendwie so etwas zu machen. Das ist nicht passiert. Jetzt kommt der Dringlichkeitsantrag von ÖVP und LIF und jetzt machen sie halt schnell aus diesem Dringlichkeitsantrag einen Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann ihn allerdings auch mit der Hand schreiben, wenn sie wollen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jetzt bin ich am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, sie reden soviel Blödsinn. Das tut weh, es tut wirklich weh. Machen sie das in der Schule auch?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So. D. h., sie haben diesen Dringlichkeitsantrag schon vorbereitet gehabt. Jetzt schreiben sie noch schnell Abänderungsantrag hin. Nur, der stimmt ja auch nicht ganz. Da lese ich, der Shuttledienst soll auf ein Jahr begrenzt werden. Das ist dann scheinbar jetzt noch schnell vor der Sitzung abgeändert worden, weil jetzt steht auf einmal nur mehr ein ½ Jahr drauf. Daß natürlich die Innenstadtkaufleute keine Kaufabschlüsse fürchten, sie fürchten möglicherweise Politiker, die so agieren. Das kann schon sein. Und die Linie 3 b, die sie da zitieren, ich nehme an, sie meinen die neue Linie 9, die vom Bahnhof zum Stadtplatz fahren soll. Aber wie gesagt, das nur so am Rande. Man kennt sich eigentlich wirklich nicht mehr aus.

Ich glaube schon, daß das Thema viel zu ernst ist, um es an irgendwelchen Nebenfronten abzuspielen. Wir haben heute schon wieder irrsinnig viel vom Steg gehört. Ich bin auch für den Steg, aber er ist heute nicht Gegenstand der Debatte. Über die Aufstiegshilfe am Tabor, über Parkzeiten usw. und so fort. Wenn sie sich noch einmal die Mühe machen, diesen Dringlichkeitsantrag, den gemeinsamen zwischen ÖVP und LIF, anzusehen, dann steht dort nichts anderes als daß wir uns wünschen, daß der Stadtplatz im 7 ½ Minuten Takt bedient wird. Dort steht auch gar nicht Shuttlebus. Das kann Shuttlebus heißen. Wenn die Stadtwerke eine Linienführung zuwege bringen die diesen Shuttlebus nicht nötig macht, mag es auch recht sein. Es ist nicht unsere Aufgabe als Politiker, bis ins Detail Linienplanungen zu machen. Aber unsere Aufgabe als Politiker ist es, die Rahmenbedingungen festzulegen. Das ist eine dieser Rahmenbedingungen, von der wir nicht abgehen wollen und auch nicht können, wenn wir die Bedürfnisse der Fahrgäste befriedigen wollen.

Der andere Punkt ist die Linie 2 b beispielsweise, 8 a, 8 b, 3 a und 5 in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen. Das hat ja auch Hintergründe.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Was ist mit 8 a, 8 b. Der fährt bis jetzt nicht am Stadtplatz. Der fährt über Zwischenbrücken am Bahnhof. Das verstehe ich bis jetzt nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war auch bisher nicht sinnvoll, daß er nicht am Stadtplatz gefahren ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ach so, jetzt erst.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe es heute schon einmal gesagt, es darf doch wohl nicht so sein, daß man einen neue Linienführung macht und dann nicht versucht, diese wirklich zu optimieren. Eines meine Damen und Herren hier herinnen wundert mich schon sehr. Ich habe von niemanden hier herinnen ein offenes „ja“ zu diesem Vorschlag, so wie er jetzt im Raum steht, gehört, nämlich im Prinzip: Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Die SPÖ hat gesagt, wir sind nicht besonders glücklich darüber. Herr Oppl, sie haben selbst gesagt, die Linie 3 a würden sie sich über den Stadtplatz wünschen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die ÖVP hat klar signalisiert, sie ist nicht glücklich damit. Ich habe signalisiert, daß ich auch nicht glücklich damit bin.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Aber ich kann deswegen nicht das ganze Konzept umschmeißen Frau Kollegin. Das geht doch nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber man muß doch Konzepte nach Menschen richten und nicht Menschen nach Konzepten.

Auch die Grünen haben durch ihren Abänderungsantrag signalisiert, daß ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wenn man das realisiert, sitzt man eine ½ Stunde im Bus. Dann kommt kein Takt mehr zusammen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ja gar nicht wahr. Aber auch die Grüne Fraktion hat durch ihren Abänderungsantrag doch auch signalisiert, daß sie nicht zufrieden ist. Die FPÖ hat zuerst gesagt, sie sind nicht zufrieden. Wir stellen fest, es ist eh keiner wirklich zufrieden, aber wir machen es trotzdem. Wenn wir uns einmal eingebildet haben, da muß die Eisenbahn drüber fahren, müssen wir starr dieses Konzept durchhalten. Kein Mensch ist gegen die Umstiegsstelle am Bahnhof oben. Keine Frage. Beides ist möglich. Aber sie müssen halt auch schauen, daß sie Verbindungen herbekommen. Und nichts anderes soll dieser Antrag erreichen. Wenn sie diesem Antrag nicht die Zustimmung geben, dann sagen sie im Prinzip eines: Sie verlangen von den Fahrgästen, von Pensionisten, von Hausfrauen, von Hausmännern, von Leuten mit Kinderwägen, von Leuten die behindert sind, daß sie beispielsweise von der Linie 2, gerade wenn sie vom Krankenhaus kommen, durch eine ekelige Unterführung durchgehen müssen. Durch eine Unterführung, wo sie sich über Stunden hinauf- und hinabkämpfen müssen, die absolut nicht attraktiv ist. Das verlangen sie von denen. Es geht nicht nur um die Kaufleute. Es geht um Arzt-, Behördenbesuche, es geht um Kunden. Das verlangen sie dann. Sie verlangen von einem Pensionisten aus der Neuschönau, daß er für eine sehr, sehr kurze Wegstrecke einmal auch noch umsteigen muß. Das bleibt ihm nicht erspart, auch wenn er mit Einkaufstaschen bepackt ist. Das ist uns egal. Das ist halt einmal so. Damit muß er leben. Wir haben unser Konzept, das wir nicht abändern.

Wenn ich mir dann allerdings die einzelnen Abänderungsanträge ansehe, wie gesagt zu dem von der FPÖ möchte ich mich gar nicht weiter äußern, der spricht für sich. Aber wenn ich mir den Abänderungsantrag der Grünen ansehe, so gebe ich ihnen, den Kollegen Apfelthaler und Kupfer, in einem Punkt Recht. Natürlich ist schon oft die Diskussion einer Zweckwidmung aus der Parkraumbewirtschaftung für die Busse gewesen. Das haben wir schon sehr oft diskutiert. Das habe ich auch schon einmal gefordert, aber bis dato ist es nicht gekommen weil immer das Argument war, es wird ohnedies gemacht. Die Grünen können sich einer Führung der Linie 3 a an den Stadtplatz anschließen. Da frage ich mich aber: Warum nicht der Krankenhauslinie? Warum geht es da nicht? Der erste Punkt, Einführung einer Shuttlebusverbindung zwischen Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof und Stadtplatz kann allerdings so ausgelegt werden, daß sie ohnedies die Linie 9 damit meinen. Was ist der Shuttlebus in ihrem Antrag? 15, 7 ½ Minuten? Wie schaut es aus?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bedarfsorientiert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bedarfsorientiert. Gut, wenn wir heute über etwas bedarfsorientiertes abstimmen, wird der eine sagen, bedarfsorientiert ist einmal in der Stunde, und der andere sagt, bedarfsorientiert ist zehnmal in der Stunde.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist Shuttle.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sie das so meinen, wird es schon so sein. Ich denke mir, eines hat diese Diskussion hier herinnen leider gezeigt.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eines hat die Debatte hier herinnen sehr wohl gezeigt, daß wir jetzt, wenige Monate bevor diese neue Linienführung in Kraft tritt, nicht wirklich wissen, wie sie im Detail aussehen wird, daß es immer schwieriger wird, sie umzusetzen. Ich habe wirklich schon Angst vor dem Tag, wenn es darum geht, daß sie in Betrieb gesetzt wird, weil sie können nur etwas bewerben, was letztlich schon vorhanden ist, was sie fix wissen. Es wird dann nicht reichen, nur eine Presseaussendung vom Magistrat zu machen oder die Linienführung einmal ins Amtsblatt zu geben. Es müßten jetzt schon gezielte Marketingmaßnahmen da sein, um diese neue Linienführung auch zu verkaufen. Verkaufen kann ich nur etwas, was vorhanden ist. Verkaufen kann ich auch nur etwas, was positiv vorhanden ist. Sonst ist das Ganze letztlich nämlich ein Schmääh und wird auch nicht geglaubt.

Ich würde sie wirklich davor warnen, das jetzt so durchzuziehen. Nur aus einem Justamentstandpunkt heraus. Es wird uns allen hier herinnen auf den Kopf fallen. Eines muß ich auch noch sagen. Ich bete hier nichts krank. Ich möchte wissen, wenn ich hier die Frage stelle: Wer von ihnen fährt wirklich mit dem Bus? Da komme ich nicht auf sehr viele. Sehr viele sind es nicht, die da aufzeigen. Ich fahre damit. Ich nütze dieses Verkehrsmittel und ich merke deshalb auch, aufgrund meines Vielbenützens dieser Verkehrsmittel, was die Leute in den Bussen reden, welche Probleme die zum Teil haben. Ich denke mir, das alles zu ignorieren, ist ein Wahnsinn. Von einem Punkt möchte ich mich ein bißchen von der ÖVP abheben.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die ÖVP hat in ihren Punkten immer sehr stark die Ebene der Kaufleute angesprochen. Sicherlich, in gewissen Punkten, zu Recht. Ich bitte sie aber nicht zu vergessen, daß es um einen sehr, sehr viel größeren Kreis geht. Es geht um die Bedürfnisse aller Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Nicht nur um den Stadtplatz, nicht nur um die Stadtplatzkaufleute. Es geht um ältere Personen, es geht um Personen die behindert sind, es geht um Personen mit Kinderwägen, es geht um Personen, die den öffentlichen Verkehr nutzen. Das sollte mehr werden als bisher.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Kollege Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren, werte Presse. Ich gehe einmal davon aus, daß wir

uns alle darüber einig sind, daß draußen der Stadtplatz der schönste Teil in Steyr ist. Da werden wir uns alle darüber einig sein. Touristen muß man einmal fragen, warum sie da her kommen. Sie kommen wegen dem Stadtplatz her und nicht wegen dem Resthof, der Ennsleite, Münchenholz usw. Sie kommen um sich den Stadtplatz anzusehen. Es wird sich auch jeder darüber im Klaren sein, daß diese Busse, die da draußen stehen, diese grünen stinkigen Busse, wie sie oft bezeichnet werden, sich nicht positiv für das Ortsbild auswirken. Auch für die Schanigärten usw. wie das ist, wenn alle paar Minuten ein Bus vorbeifährt. Schön ist es sicherlich nicht. Auch aus dieser Überlegung heraus hat man diese Busumstiegsstelle auf den Bahnhof verlegt, weil man gesagt hat, man will diese Busse vom Zentrum haben. Bitte, erklären sie mir in irgendeiner Stadt in Österreich, die ihren schönsten Platz dazu hernimmt, um die Busse dort hineinzuleiten um eine zentrale Busumsteigestelle zu machen. Die ist jetzt weg, die ist jetzt am Bahnhof. Dann sagt die ÖVP, macht ja nichts, wir sind ja dafür, daß sie jetzt am Bahnhof ist. Aber im Gegenzug dazu sollen weiterhin, nach dem Antrag, 5 Busse ständig hereinfahren. 5 Busse, das ist genau das gleiche Ergebnis wie vorher. Auch jetzt, ich habe mich gerade beim Kollegen Eichhübl informiert, fahren 5 Busse ständig herein. Dann fahren in Zukunft, nach ihren Ideen, auch weiterhin 5 Busse herein. Davon abgesehen vom Stadtbild. Ich glaube, sie haben noch immer nicht verstanden, oder sie wollen es nicht verstehen, was der Direktor Wein auch sehr kräftig geschildert hat, daß die Busfahrpläne nicht eingehalten werden können, wenn man weiterhin am Stadtplatz hineinfährt. Insbesondere, daß die Verzögerungen, die jetzt hintangehalten werden sollen, wenn man die zentrale Umsteigestelle am Bahnhof macht, möglichst beseitigt werden. Wenn die Busse weiterhin am Stadtplatz hineinfahren, dann gibt es wieder die Verspätungen. Machen sie einmal die Augen auf, wenn sie am Stadtplatz hereinfahren, speziell vormittags, was da für ein hohes Individualverkehrs-aufkommen ist. Das schafft Stau. Da kann natürlich der Busfahrer den Fahrplan nicht einhalten und das schafft Verspätungen. Verspätungen führen zu Frustrationen. Da sagen viele Leute, wenn ich so lange auf den Bus warten muß, dann fahre ich lieber gar nicht. Da fahre ich wirklich dann mit dem eigenen Auto, um Dir. Wein zu zitieren. Das ist völlig logisch. Nur für die ÖVP ist es natürlich nicht logisch. Bei der ÖVP geht es halt wirklich einmal mehr darum, mit Halbwahrheiten die Leute aufzuhetzen. Die Steyrer Innenstadtkaufleute aufzuhetzen. Jede Gelegenheit wird von ihnen dazu ergriffen. Man sieht es ja an ihrer Diktion. Sie reden von „Totengräbern“. Ich weiß nicht. Arbeitsplätze werden vernichtet. Existenzen werden zerstört. Aber bitte nicht dadurch, daß die Busse nicht mehr so stark am Stadtplatz fahren. Das behaupten sie wohl nicht ernstlich? Das wissen sie wohl selbst, daß das nicht stimmt. In Wahrheit geht es um ganz andere Sachen. Um den Stadtplatz zu beleben gibt es zahlreiche andere Konzepte. Beispielsweise von uns. Die Einführung eines Citymanagers. Das wäre ein positives Zeichen, daß Leute herkommen, die etwas davon verstehen. Profis, keine Berufspolitiker, die sich das Ganze ansehen und dann konkret Konzepte vorlegen. Aber das wird natürlich von ihnen abgelehnt, weil es kommt ja von der FPÖ. Was von der FPÖ kommt, das muß man ja von vornherein ablehnen. Speziell sie, Herr Mayrhofer. Das ist die Linie, die sie vorgeben. Die haben sie vor der Wahl schon abgegeben, auf die FPÖ gescheit hinhacken. Man sieht eh, wo sie hingekommen sind. 15 %, und die Linie setzen sie vor. Sie werden schon sehen, wo sie damit hinkommen. Keine Gelegenheit auslassen. Heute, in übelster Art und Weise den Kollegen Hoflehner angreifen. Derart unsachlich. Ihm vorwerfen, er sei unglaubwürdig, weil er sein Geschäft in Linz hat. Ist denn der Kollege Hack glaubwürdiger, weil er sein Geschäft, seine Tschickbude, am Stadtplatz hat?

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das zeigt ihren Stil, ihren persönlichen Stil, den sie da fahren. Die Steyrer Innenstadtkaufleute aufhetzen, speziell gegen die FPÖ, weil der zuständige Referent von dort kommt.

Zu unserem Abänderungsantrag. Die Frau Kollegin Frech hat gesagt, wir sind klüger geworden. Mag sein. Wir lernen. Dazu stehe ich auch offen. Wir haben letzte Woche, nicht wir, der RFE, eine Informationsveranstaltung bzw. einen Diskussionsabend abgehalten und dort war der

vordergründigste Wunsch, um es zusammenzufassen, die Einführung des Shuttlebusses im 7 ½ Minuten Takt. Wir tragen dem jetzt Rechnung mit dieser Vorlage. Ja, wir lernen daraus und haben diesbezüglich, aus diesem Grund, diesen Abänderungsantrag gestellt und ich ersuche daher um Unterstützung. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Pramendorfer bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Die Ausführungen vom Dr. Wetzl kann ich nicht ganz übergehen. Ich möchte eigentlich das Wort „Halbwahrheit“ im Zusammenhang der ÖVP und Verkehrspolitik von ihnen und von der FPÖ wirklich nicht mehr hören. Das ist untergriffig und letztklassig. Mehr möchte ich eigentlich zu ihren Ausführungen nicht sagen. Stil ist etwas ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

„Totengräber“. Reden sie nicht von Stil.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Würden sie mich bitte ausreden lassen. Stil ist etwas, was ihnen offensichtlich nicht in die Wiege gelegt wurde.

Ich möchte die Haltung der ÖVP noch einmal ganz klar auf den Punkt bringen, im Gegensatz zu denen, die uns anderes unterstellen. Eine volle Zustimmung zur zentralen Umstiegsstelle und damit auch zum Konzept von Dr. Stickler. Es ist für uns allerdings kein Widerspruch zu den Bussen, die auf den Stadtplatz fahren, weil es sehr wohl einen Unterschied macht, ob 5 Busse hier ihre Umsteigestelle haben oder ob 5 Busse in einen gewissen Takt hineinfahren, die Leute aus- und einsteigen lassen und den Stadtplatz wieder verlassen. Es gibt auch von uns eine volle Zustimmung zu einem Shuttlebus im 7 ½ Minuten Takt vom Bahnhof zum Stadtplatz. D. h., eine optimale Anbindung des Stadtplatzes auch an den Bahnhof. Es gibt eine volle Zustimmung zur Linienführung von uns dann, wenn die Busse nicht am Stadtplatz vorbeifahren und die Kundenwünsche vorrangig behandelt werden. Kundenwünsche sind also nicht, daß der Kunde, und ich bin jetzt nicht nur der Kunde, der auf den Stadtplatz einkaufen fährt sondern, wie viele von ihnen wahrscheinlich wissen, arbeite ich mit behinderten Menschen, sind auch z. B. Spastiker, die ich in Behandlung habe, die z. B. den Röntgenologen oder einen anderen Arzt am Stadtplatz aufsuchen. Wenn sie einmal einen Spastiker gesehen haben, wie der mühsam in einen Bus einsteigt, Stiegen steigt, dann muß es jeden von ihnen vollkommen klar sein, daß jede zusätzliche Umsteigemöglichkeit für den einfach eine Strafe ist. Ich empfinde es fast ein bißchen als zynisch, wenn es heißt, na wir fahren sie halt dann mit dem Taxi vor Ort. Es wird dann einmal so sein, daß man sie mit dem Taxi vom Röntgenologen nach Hause fährt. Das geht eigentlich an der Realität eines solchen Menschen vorbei. Abgesehen davon ist es ein Kundenwunsch aller Kunden, schnell den Stadtplatz zu erreichen. Möglichst schnell. Das bedeutet im

Fall des Durchsetzens der jetzigen Pläne, daß die Menschen ca. 20 Minuten länger unter Umständen brauchen, um auf den Stadtplatz zu kommen. Das ist nicht Kundenfreundlichkeit. Das ist keine Orientierung an den Wünschen der Bevölkerung.

Zum Argument noch, daß im Bedarfsfall halt noch zusätzliche Busse auf den Stadtplatz geschickt werden. Ja, das ist ja unsere Befürchtung, daß es zu dem erst gar nicht kommen wird, weil wenn es unattraktiv und unbequem für die Leute wird, dann werden wir irgendwann einmal vielleicht mit Citybussen auskommen. D. h., dieses Szenario teile ich nicht, daß ich dann halt vielleicht noch ein paar zusätzliche Busse hinschicken kann. Ich fürchte, soweit wird es beim Umsetzen der vorliegenden Pläne dann gar nicht erst kommen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zur Zeit keine weitere Wortmeldung mehr. Doch noch. Herr Dr. Pfeil bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einiges kann man natürlich nicht so im Raum stehen lassen, bevor wir auseinander gehen oder abstimmen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich fange gleich bei der letzten Wortmeldung an. Ich verstärke und wiederhole das Wort „Halbwahrheiten“ von der ÖVP, denn es ist bisher von der ÖVP in der Öffentlichkeit kein Wort dazu gesagt worden, daß natürlich, wenn alle Busse dann zusätzlich hineingeführt werden, dann die Intervalle nicht mehr eingehalten werden können. D. h., alle anderen Steyrer müssen es büßen länger unterwegs zu sein und sie müssen auch auf den Bus länger warten und die Wirtschaftlichkeit unserer Stadtwerke wird dadurch natürlich abnehmen, weil in der Zeiteinheit weniger Linien bedient werden können. So einfach sieht die Geschichte aus. Dann kommt noch etwas dazu. Stickler hat auch ganz klar gesagt, da gibt es andere Verkehrsexperten, die bestätigen das. Wenn größere Stadtbezirke, Ennsleite, Münichholz, Resthof angefahren werden, dann ist jeder Takt, der über den 15 Minuten Takt hinausgeht so gut wie keine Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. Das müssen wir uns ins Stammbuch schreiben. Das sagt jeder Verkehrsexperte. 15 Minuten in den stadtbesiedelten Gebieten ist notwendig. Wenn wir das nicht bringen können, weil wir alle zusätzlich auf den Stadtplatz hineinführen wollen, wo eine Ansammlung von Bussen dann dort steht, da kommen wir wirklich in das Buch von „Schilder“ und werden dort ausgelacht.

Zur Frau Frech noch, weil sie den Antrag wirklich nicht verstehen will oder kann. Ich weiß es ja nicht. Es ist richtig, bei dieser Veranstaltung letzte Woche war die Mehrheit der Kaufleute der Meinung, daß eine zusätzliche Anbindung dringend gewünscht wird. Die Zahlen, die heute auch von den Stadtwerken vorgelegt wurden, und die wir ja auch alle hier in der Aufstellung haben, rechtfertigen rein von der Wirtschaftlichkeit, vonseiten der Stadt, keine zusätzliche Anbindung Stadtplatz/Bahnhof. Ein reines Wirtschaftsrechenbeispiel. Verstehen wir uns? Daher ist es ganz legitim, daß, wenn so ein Wunsch von den Kaufleuten in der Innenstadt, und den nehmen wir ernst,

kommt, daß der selbstverständlich aus den Titeln der Gewerbeförderung finanziert werden soll. Für die Gewerbeförderung ist der Herr Bürgermeister zuständig. Daher natürlich auch ein Schreiben an den Herrn Bürgermeister. Wir haben gesagt, wir werden so einen Antrag unterstützen. So einfach schaut die Welt aus, liebe Frau Frech. Aber ich bin ansich schon sehr verwundert über die Qualität der Auseinandersetzung, welche populistischen Züge sich man antut. Frau Frech, sie versuchen jetzt immer mehr ihre Obfrau, die Frau Schmidt, zu kopieren. Das sind sie nicht. Sie sind nicht die Frau Schmidt, die in ihrem Haß gegenüber alles was Freiheitlich ist, sagt, das kann nicht gut sein, das muß schlecht sein. Es wird auch von der Seite her, auch was die Frau Schmidt betrifft, auch bei ihnen langweilig.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Deshalb habe ich einen Antrag gemeinsam mit der FPÖ gemacht. Es wird alles abgeändert was von der F kommt. Das ist gut.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Der Bürgermeister hat sich überfordert gefühlt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war die Frau Frech, die hat die Batterie ausgeleert.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte mich eigentlich nur ganz kurz in dieser Angelegenheit zu Wort melden, weil eh so viele Experten schon gesprochen haben. Aber weil ich zum Schluß wieder einmal zitiert wurde mit Wirtschaft und Chefsache und so. Ich möchte folgendes sagen. Wir haben weder das Geld in den Wirtschaftsförderungsmitteln, wir haben natürlich auch nicht, Herr Kollege Kupfer, das Geld, was wir einnehmen in der Parkplatzbewirtschaftung auf die Kredenz irgendwo hinaufgelegt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht der Fall. Aber wir haben das auf Heller und Pfennig alles verplant. Dankenswerterweise hat heute schon jemand die gewaltigen Investitionen angesprochen, die wir getätigt haben. Der Frau Kollegin Frech ist das zuwenig, weil sie sagt, das ist Hardware und nicht Software. Aber bitte sehr. Fest steht eines, daß wir jedenfalls schon lange nicht so viele Busse gekauft haben. Fest steht eines, daß wir versucht haben, mit allen Mitteln, die Dinge attraktiver zu machen im öffentlichen Verkehr. Fest steht eines, daß dieses Riesenprojekt Bahnhofoberbauung eben dem öffentlichen Verkehr dient. 150 Millionen plus Grundstücke. Oft und oft ist hier kritisiert worden, wie teuer das ist. All das ist

letzten Endes im Hinblick auch vorrangig für den öffentlichen Verkehr gemacht worden. Dann rede ich gar nicht davon, wieviel Geld wir investiert haben, nämlich 70 % der 165 Millionen Schilling, die wir in etwa für das Kommunalzentrum auf die Welt bringen, sind ebenfalls zuzuordnen für die Stadtwerke. Bitte, das muß man doch in dieser Zusammenschau sehen, wenn wir dann eine halbe GR-Sitzung über Wirtschaft und Wirtschaftskompetenz, und ich weiß nicht was noch alles, reden. Dann muß man halt sehen, daß das Geld kein Mascherl hat, daß wir den selben Schilling immer nur einmal ausgeben können und nicht mehrmals, wie das immer wieder versucht wird darzustellen.

Ich darf euch über den aktuellen Stand auf dem Sektor unserer Wirtschaftsförderungsmittel informieren. Wir haben nämlich insgesamt, bitte nach einem Quartal, und im Hinblick darauf was wir an 5-Jahres-Förderungen für das heurige Jahr beschlossen haben, noch S 790.000,--. D. h., wir können den Shuttlebus aus Wirtschaftsförderungsmittel gar nicht finanzieren. Abgesehen davon müßten wir Wirtschaftsförderungen an Betriebe, Unternehmungen einstellen, die jetzt, im Laufe des Jahres noch an uns herantreten. Oder aber wir machen wieder einmal eine Kreditüberschreitung, die aber auch nicht sehr beliebt ist. Bei den Meisten schon gar nicht, bei unseren Freunden von der Freiheitlichen Fraktion haben wir auch viele Scharmützel gehabt. Zudem möchte ich noch einmal unterstreichen, daß bei der Schlußbesprechung mit dem Rechnungshof, Nachprüfung zum Endschaubericht, Kollege Eichhübl war als Referent zugegen natürlich auch die Herrn Stadtwerkedirektoren, die Herren uns klipp und klar erklärt haben, daß dieser Amtsvorschlag, im Hinblick auf die Linienführung, so plaziert werden soll, ihrer Meinung nach. Da haben sie also wirklich keinen Zweifel daran gelassen. Das sollten wir doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle miteinander sehen. Ich glaube daher, daß wir hier, überhaupt im Budgetvollzug, nicht zurande kommen. Herr Kollege Mayrhofer, Wirtschaftsförderungsmittel haben sie zwar nicht angesprochen, aber ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, das denke ich mir ja, weil sie wollen ja den Weihnachtsmarkt auch um 1,6 Millionen Schilling vergrößern. Nicht. Die habe ich auch im Hinterkopf. So summiert sich das. Der Herr Dr. Pfeil wird wahrscheinlich ungeheuer erfreut sein, wenn wir sagen, na ja, Verkehr, Verkehr, da müssen wir bei allfälligen Umschichtungen in der Finanzierung und Übertragung im Verkehr bleiben. Weil Wirtschaftsförderungsmittel für den öffentlichen Verkehr herzunehmen ist normal nicht eure, von der ÖVP, Sache gewesen, bisher zumindest. Aber auch nicht von der Freiheitlichen Seite. Wenn wir also beim Verkehr bleiben, dann müßten wir bei den Radfahrern Abstriche machen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das schmeckt ihm sicher auch nicht, ich habe ihn noch nicht gefragt. Aber das sollten wir alles sehen und hier beherzigen. Ich glaube, daß die vorsichtige Herangehensweise ein, als ausreichend von Fachleuten, in langen Beratungen, empfundenes Angebot plaziert werden sollte. Zunächst jedenfalls, daß wir dann, sollte sich die Notwendigkeit ergeben, dieses Angebot verbessern, wenn hier die Leute diese Busse darüber hinaus, über dieses Angebot, nachfragen. Das ist ja auch nicht so eine komplizierte Geschichte, wie es immer versucht wird darzustellen. Das sieht man ja sehr rasch, wenn die Leute nicht in den Bus hineinkommen oder wenn sie dort stehen. Das ist ja eigentlich zum Greifen. Es ist auch verhältnismäßig unproblematisch einer Erledigung zuzuführen, im kurzen Wege. Da gibt es ja Autobusunternehmen, die warten auf Werkverträge. Eines möchte ich dazu noch sagen. Meiner Meinung nach, wenn das geschieht oder geschehen sollte, vertrete ich die Auffassung, daß das

nur über die Stadtwerke geordert werden könnte, weil 5 Linien haben wir bei den Stadtwerken und 3 Linien haben wir als Bestelleistung, ich weiß nicht von wo, wer soll sich denn da noch zurecht finden und wir müssen ja dann immerhin auch die Kapitalzuführungen und all dieses machen. Das kann ich mir nicht vorstellen. So lassen wir uns die Stadtwerke sicher nicht zerfleddern. Das kommt sicher, aus meiner Sicht jedenfalls, nicht infrage. Bestelleistungen, ich meine, das ist ja auch unheimlich reizvoll für die Stadtwerke. Das kann ich mir schon denken. Jetzt haben wir den Stadtwerken ein Aufgabengebiet übertragen. In Zukunft dann, wenn wir irgendetwas wollen, in irgendeine Richtung, da werden die sage, es ist eine Bestelleistung. Das habt ihr Politiker euch eingebildet. Uns ginge es eh ganz gut, wenn wir euch nicht hätten. Also, das wird ja auch nicht funktionieren können. Das sollte man bei dieser Gelegenheit auch noch bedenken.

Eines noch. Wenn ich mich richtig erinnere Frau Kollegin Frech, haben sie sich ja x-mal stark dafür gemacht, wann wir endlich dieses neue Statut für unsere Stadtwerke haben. Da sind wir säumig, haben sie uns auf die Finger geklopft und eingemahnt. Wohin geht denn eine solche Entwicklung? Auch der Rechnungshof hat uns ja in dieser Richtung gesagt wohin der Zug fahren soll. Es soll also mehr Selbständigkeit in den Stadtwerken zum Schluß herauskommen, sodaß wir nicht jedes Sphärogußrohr, gell Roman, so heißt das, im Stadtsenat beschließen und auch nicht noch der mühsamen Zeit raubenden und ich weiß nicht wie effektiven Beratung in Ausschüssen und Befassung mit Gemeinderat passieren sollte. Das ist das Ziel dieser Änderung. Mehr Selbständigkeit bei den Stadtwerken direkt. Nicht alles in den großen Gremien abhandeln müssen, weil die wirtschaftliche Situation, der Konkurrenzdruck, dem sie auch ausgesetzt sind, schnelle Entscheidungen verlangt und die stärker in der Verantwortung der Direktor, der Geschäftsführer dort getroffen werden sollten. Das ist in etwa die Philosophie. Wenn ich mir die heutige Debatte vergegenwärtige meine Damen und Herren, dann habe ich ja nicht den Eindruck, daß das jemals irgendwer ernst gemeint hat, weil ihr wollt ja bis zur letzten Haltestelle und ich weiß nicht, vielleicht bis zum linken Hinterrad vom Autobus, wollt ihr da mitentscheiden, mitbestimmen usw., jedenfalls wenn es gerade in die Debatte hineinpaßt. Das ist das konkrete Gegenteil von dem was die Philosophie des Rechnungshofes ist, was hier neues Statut bringen soll. Es soll mehr Verantwortung dort bringen, weniger Einmischung von uns und schon gar nicht ins Tagesgeschehen und ins Tagesgeschäft. Das meine Damen und Herren sollte bei dieser Entscheidung auch letztendlich mitüberlegt werden. Diese Bitte hätte ich auch noch gerne angeschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Fürweger. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren, ich möchte es ein bißchen grundsätzlicher betrachten und weil heute gefallen ist, vor der Stadt, es sagt jemand, draußen bei der Schönauerbrücke vor der Stadt. Mir ist diese Debatte ein bißchen zu stark auf den Stadtplatz bezogen gewesen. Ich kann mich an Prof. Breitling erinnern der uns auch in seinem Konzept dargelegt hat und zwar den Begriff der Heimortorte. Er hat also Ennsdorf, Steyrdorf etc. als Heimortorte bezeichnet und gesagt, es ist ganz wichtig, daß wir in diesen Heimortorten schauen, daß die Bürger unserer Stadt dort alles machen könnten was sie zum Leben brauchen. Daß sie einkaufen, in die Schule, in den Kindergarten gehen können, Freizeit verbringen usw. Ich kenne auch selbst Leute, viele sogar, die kommen nie auf den Stadtplatz. Es gibt Steyrer, der ist ein Monat oder zwei Monate lang nie auf dem Stadtplatz, weil er einfach keinen Grund hat. Ich glaube, das sollten wir auch einmal hinterfragen, weil die öffentlichen Verkehrsbetriebe sind ja kein Tourismusbetrieb. Die Leute kommen ja nicht in die Stadt wegen des Busfahrens. Sie fahren ja nicht per Spaß Bus sondern sie müssen eine Motivation haben. Wir, als

Stadt, müssen, glaube ich, die ganze Stadt betrachten. Es gibt Geschäftsleute auch in Ennsdorf, in Steyrdorf. Ich muß es einfach sagen, mir ist die Debatte zu stark auf die Stadt, auf den Stadtplatz bezogen. Die Steyrer kommen Donnerstag vormittags in die Stadt, da sind die Pensionisten alle in der Stadt, da „wurlt“ es nur so, und am Samstag. Samstag ist ein Traumatag. Jetzt beginnt es sogar in den Nachmittag hinein zu gehen. Also, es tut sich doch irrsinnig viel, finde ich. Da kommen die Leute herein, weil sie sich treffen. Das ist aber mehr im gesellschaftlichen Bereich. Aber für die Grundversorgung, für die Bewältigung der täglichen Lebensbedürfnisse brauchen sie nicht jeden Tag am Stadtplatz. Es gibt Leute, die sind krank, die bekommen eine Überweisung zu einem Facharzt, da ist es klar, da ist ein Grund vorhanden. Aber nicht täglich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Neuschönau.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Und hier wird jetzt so der Eindruck erweckt, ohne dem Stadtplatz würde die Stadt nicht funktionieren. Also, das glaube ich auch nicht. Das Konzept steht, wir haben sogar das Stadtentwicklungskonzept, glaube ich, einzubeziehen und sollten das Ganze mehr betrachten. Wir haben uns jetzt, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, sehr intensivst im Detail schon beschäftigt, was vielleicht auch einmal gehört. Früher haben wir das nicht gehabt, weil da haben wir die Konzepte noch nicht gehabt. Da ist es uns mehr um das Grundsätzliche gegangen. Jetzt, weil wir die Konzepte haben, gehen wir so ins Detail. Das ist vielleicht auch ein Grund. Aber im Großen und Ganzen sehe ich kein Problem. Es ist sehr heftig gewesen. Ich glaube, das ist gar nicht notwendig. Es geht hier um die Errichtung von einer Haltestelle und ein paar Buslinien. Viel mehr ist es nicht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Es scheint mir, daß wir am Ende der Rednerliste angelangt sind. In diesem Fall hat der Herr Referent das Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, das muß ich doch schamlos ausnützen.

Gelächter

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Referent hat immer das Schlußwort, nicht nur wenn er den Antrag stellt. Es muß ja aus seiner

Sicht eine Betrachtung möglich sein.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, es wäre ja, mit Verlaub gesagt, ein Wunder, wenn die Frau Frech jetzt keinen Einwand gehabt hätte. Ich nehme es eh sehr gerne zur Kenntnis. Aber Spaß beiseite.

Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Jetzt ist der seltene Fall eingetreten, daß ich ohne Vorbereitung, weil ich nicht daran gedacht habe, daß ich die Möglichkeit habe das Schlußwort zu machen, hier herauskommen muß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fair. Fair ist fair.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber ein bißchen etwas fällt mir schon noch ein. Herr Bürgermeister du erlaubst, daß ich einige Passagen aus deinen Ausführungen herausnehme. Du hast also kritisiert, warum wir Freiheitlichen die Wirtschaftsförderung, in diesem Zusammenhang die Einführung eines Shuttlebusses, angesprochen haben. Und zwar, auch in diesem Zusammenhang von dir eine Aussage getätigt wurde, nämlich die Bestelleistung die vom Rechnungshof immer wieder sehr wohl in den Mund genommen wurde. Wenn jemand zusätzliche Leistungen verlangt, die über ein gewisses Ausmaß hinausgehen, dann ist das eine Bestelleistung und soll auch aus entsprechenden Bereichen abgedeckt werden. Das war eben so ein Fall. Wir haben ja gemeint, aufgrund dieser Diskussion, daß eben der Wunsch der Stadtplatzkaufleute primär in die Richtung gegangen ist, zusätzlich zu diesen ansich sehr guten Angeboten, das ich ja heute hier schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe, was von den Stadtwerken ausgearbeitet wurde, einen Shuttlebus im 7 ½ Minuten Takt einzuführen. Wir sehen es daher, wenn es solche Maßnahmen geben sollte, daß das nur über ein Gewerbeförderung abgewickelt werden kann. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß also die ÖVP dagegen sein könnte. Es ist ja ein paar Mal schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß an und für sich, bei dieser Argumentation im Besonderen nur vom Stadtplatz die Rede war. Ich kann sogar feststellen, daß nicht nur vom Stadtplatz die Rede war sondern, für den Kollegen Hack habe ich festgestellt, hört der Stadtplatz bereits beim Schodl auf.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Wie haben sie das festgestellt?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aufgrund ihrer Äußerungen Herr Kollege Hack. Also, sie haben sich ja sehr intensiv eingesetzt, also auch in dieser Faxangelegenheit, die ja vom Kollegen Apfelthaler, ich sage es noch einmal, bereits in sehr humorvoller Art und Weise dargelegt wurde. Es waren sicher einige Meter Fax, das ist richtig, und da waren sie offensichtlich der Initiator. Ich bin schon sehr verwundert darüber, und das darf ich auch in Richtung vom Kollegen Mayrhofer sagen, das habe ich auch bei der Fernsehdiskussion zum Ausdruck gebracht, als es auch um diese Buslinien gegangen ist, daß die ÖVP als Wirtschaftspartei oder als Vertreter der Wirtschaftspartei offensichtlich nur immer den Stadtplatz im Auge hat. Denn mit derselben Berechtigung, der Forderung der Leute vom Stadtplatz noch einen intensiveren Busverkehr dorthin zu führen, könnten ja auch die Kaufleute und die Gewerbetreibenden aus anderen Stadtteilen kommen und diese Anforderungen stellen. Wie ist das zu finanzieren? Das hätte ich auch gerne gewußt. Ich habe auch damals einen Vorschlag gemacht. Wenn man so interessiert daran ist, dieses gute Angebot der Stadtwerke vonseiten der Wirtschaftstreibenden noch weiter auszuweiten, dann könnte es durchaus sein, daß auch die Stadtplatzkaufleute sich überlegen, einen Beitrag dazu zu leisten oder aber, und ich betone es noch einmal, kann das nur aus dem Topf der Gewerbeförderung abgedeckt werden. Damit glaube ich, bin ich schon am Ende meiner Ausführungen, denn es wurde heute bereits sehr viel zu diesem Thema gesagt und es gibt ja noch beim nächsten Dringlichkeitsantrag die Möglichkeit sich noch einmal über den öffentlichen Verkehr und dessen Entwicklung in die Zukunft zu Wort zu melden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nunmehr, meine Damen und Herren, zur Abstimmung. Als erstes lasse ich über den Abänderungsantrag der Grünen abstimmen. Ich darf den nochmals zur Verlesung bringen.

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung.

Einführung einer Shuttle-Bus-Verbindung zwischen Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof-Stadtplatz. Führung der Linie 3 A über den Stadtplatz.

Die Shuttle-Bus-Verbindung wird von den Steyrer Verkehrsbetrieben eingerichtet. Die Stadt Steyr finanziert diese Linie in Form eines Bestellervertrages über die zweckgebundenen Parkgebühreinnahmen Stadtplatz/Grünmarkt/Ennskai.

Dieser Abänderungsantrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. 2 (GAL). Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? SPÖ, FPÖ, ÖVP, LIF. Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

Abänderungsantrag Nr. 2) vom Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil eingebracht.

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr stellen die unterfertigten GR-Mandatare folgenden Abänderungsantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr erteilt den Stadtwerken Steyr den Auftrag die Führung einer Shuttle-Bus-Linie alternierend zur Linie 3 b im Bereich Hessenplatz - Stadtplatz öffentlich auszuschreiben.

Die Kosten für diesen vorerst auf ½ Jahr begrenzten Shuttle Dienst sollen aus Mittel der Gewerbeförderung gedeckt werden.

Begründung:

Am 7. April 1999 fand im Hotel Styria ein vom RFW organisierter Diskussionsabend über die zukünftige Linienführung der Städtischen Busse im Bereich Zentrum/Stadtplatz statt.

Die zahlreich erschienenen Innenstadtkaufleute fürchten Kaufkraftabflüsse nach Inbetriebnahme der zentralen Busumsteigstelle auf dem Hessenplatz.

Nunmehr steht dieser Antrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 9 (FPÖ). Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? 7 (ÖVP + LIF). Wer enthält sich der Stimme? 18 (SPÖ + GAL). Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

Gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat Steyr möge beschließen:

Änderung der eingereichten neuen Linienplanung für den städtischen Busverkehr (Fahrplanzeiten) von der Busdrehscheibe Hessenplatz - Stadtplatz von derzeit 15 Minuten auf 7 ½ Minuten umzustellen. Weiters fordern wir, die geplanten Haltestellen an der Vorlandbrücke nicht zu errichten, sondern die Linien 2 b, 8 a, 8 b, 3 a und 5 in einer Schleife über den Stadtplatz zu führen.

Das andere sind Begründungen. Ist das richtig? Begründungen brauche ich nicht näher erläutern.

Es steht nunmehr der Dringlichkeitsantrag, in dem Fall der Hauptantrag, zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. 7 (ÖVP + LIF). Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? 13 (FPÖ, GAL, 2 SPÖ - GR Klausberger, GR Hauser). Wer enthält sich der Stimme? 14 (SPÖ). Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Das heißt meine Damen und Herren, das müssen wir ein bißchen interpretieren, weil das ein paar Mal infrage gestellt wurde, daß der Amtsvorschlag zur Umsetzung gelangt.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geht damit in die Ausschüsse.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch irgendwelche Fragen? Da wäre der Referent gefragt. Roman du schreibst alles auf, was für Fragen sind, und erörterst das am kurzen Wege mit den Stadtwerkedirektoren.

Es steht nunmehr der Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion auf der Tagesordnung. Ich nehme an, daß jemand aus dieser Fraktion den Dringlichkeitsantrag zur Verlesung bringt und eine Erläuterung abgibt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Herr StR Eichhübl wird dazu Stellung nehmen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, geschätztes Präsidium, ich habe ja bereits vorher angekündigt, daß ich sie heute nochmals mit einer Wortmeldung quälen werde. Und zwar geht es um den Dringlichkeitsantrag den die Freiheitliche GR-Fraktion im Zusammenhang einer geplanten EU-Verordnungsänderung eingebracht hat. Ich darf mich dafür bedanken, daß sie der Dringlichkeit die Zustimmung gegeben haben, die ja durchaus gerechtfertigt war. Daraus resultiert, daß es ja tatsächlich bereits Gespräche und Verhandlungen auf EU-Ebene gibt, die eine entsprechende Verordnungsveränderung mit sich zieht, daß auch in Zukunft die Kommunen, die öffentlichen Personen, Nahverkehr betreiben, diese Leistungen EU-weit öffentlich ausschreiben müssen. Gerade das ist die große Gefahr und wir weisen ja auch in der Begründung darauf hin, daß durch eine derartige Eu-weite Leistungsausschreibung zweifelsohne eine Qualitätsverschlechterung des öffentlichen Verkehrs eintreten wird, denn es gibt bereits Beispiele. In England, Schweden und Dänemark wo die gutgehenden Linien vor allen Dingen von französischen Unternehmen geführt werden. Allerdings auch unter einem anderen Qualitätsstandard wie wir uns das vorstellen. Da gibt es Reservepersonalien, da gibt es an und für sich auch was die Wartung und Reinigung der Fahrzeuge betrifft, ganz andere Qualitätsmerkmale, wie gesagt, als wir das z. B. in Steyr gewohnt sind. Was noch dazu kommt, daß eben die schwach frequentierten Linien vonseiten der Gemeinde finanziert werden müssen oder überhaupt brach liegen.

Zusätzlich ist es dann aber auch die Aufgabe, und Herr Bürgermeister jetzt kommen wir wieder auf die Bestelleistung zurück, wäre dann ein Besteller, diese Leistungen entsprechend bezahlen müßte und auch natürlich für die Planung der Linien und Schaffung der dazugehörigen Infrastruktur finanziell aufkommen müßte.

Ein weiteres Argument für die Verabschiedung dieser Resolution ist auch, und darüber haben wir in diesem Kreis ja bereits des Öfteren diskutiert, daß es geplant ist, daß es in einigen Jahren diese sogen. Querverbundfinanzierungen, aufgrund von EU-Regelungen, nicht mehr geben wird. D. h., daß auch ein derartiges Verbundsystem, wie es wir in Steyr haben, nicht mehr möglich ist. Dann müßten die Gewinne vonseiten des Gas-Versorgungsbetriebes an diesen gewinnversteuert abgeliefert werden.

Also, meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine Reihe von Argumenten, daß alles daranzusetzen ist diese EU-Verordnung 1893/91 nicht in der gewünschten Form durch das EU-Parlament abändern zu lassen. Ich darf sie daher bitten, nachdem sie der Dringlichkeit bereits die Zustimmung gegeben haben, auch diesem Antrag auf Verabschiedung einer Resolution inhaltlich die Zustimmung zu geben. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 15. April 1999.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge folgende

Resolution

an Bundeskanzler Mag. Viktor Klima und an die in der EU vertretenen österreichischen Fraktionen beschließen:

Der Bundeskanzler und die in der EU vertretenen österreichischen Fraktionen werden ersucht, sich in der EU mit aller Kraft für ein Beibehalten der VO 1893/91 einzusetzen, damit die Kommunen weiterhin von einer verpflichtenden Ausschreibung des städtischen ÖPNV ausgenommen werden.

Begründung:

Die EU-Verordnung VO 1191/69 in der Fassung VO 1893/91 verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Ausschreibung des ÖPNV im Sinne eines freien Wettbewerbes. Diese Verordnung gilt jedoch nicht verpflichtend für die Kommunen, in denen hauptsächlich Beförderungen mit örtlicher oder regionalen Charakter durchgeführt werden. Es ist den Kommunen selbst überlassen, ob sie ihr ÖV-Netz ausschreiben oder nicht.

Nun plant aber die EU die VO 1893/91 derart abzuändern, daß auch die Kommunen Stadt- und Vororteverkehrsdienste verpflichtend EU-weit ausschreiben müssen. Die Stadt Steyr wird dadurch zum Besteller und müßte auf eigene Kosten in Zukunft folgende Leistungen erbringen:

Planung der Linien und Schaffung der dazugehörigen Infrastruktur (z. B. Haltestellen, Oberleitungen, Fahrscheinautomaten)
Festlegung von Intervallen

Erhaltung des best. ÖV-Netzes

Öffentlichkeitsarbeit

Eine wesentliche Veränderung ergibt sich auch durch den Entfall des Querverbundes. D. h. die derzeitige Verlustabdeckung aus Gewinnen der Energiewirtschaft würde in Zukunft nicht mehr möglich sein, da diese Gewinne an die Mutter abgeliefert und gewinnversteuert werden müssen.

In England, Schweden und Dänemark hat dieser freie Wettbewerb bereits zu einer Verminderung des Netz- und Fahrplanangebotes geführt. Profitable Linien sind von einigen wenigen - zumeist französischen Unternehmen - heiß umkämpft, weniger frequentierte Linien liegen brach.

Die Qualität der Verkehrsleistung sank, weil die Betreiber bei der Ausbildung des Fahrpersonals und bei der Reinigung der Verkehrsmittel sparen. Es werden auch keine Reserven gehalten, wenn ein Verkehrsmittel mit Defekt ausfällt oder Fahrpersonal erkrankt. Die Unternehmen haben auch keinen Anreiz, mehr Kunden zu gewinnen, weil die Einnahmen für den Unternehmer ja von der Kommune gesichert werden.

Es ist somit zu befürchten, daß das ÖV-Angebot auch in Steyr sinkt und die Steyrer wieder verstärkt auf das Auto umsteigen, was sich negativ auf die Wohn- und Lebensqualität auswirkt.

Gerade im Bereich der Leistungsverwaltung, wo es um die staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge geht, erscheint das Instrument der verpflichtenden Ausschreibung problematisch: Im konkreten Fall ist hiedurch die Bereitstellung eines fahrgastorientierten und qualitativ hochwertigen ÖV-Netzes und in weiterer Folge die Steigerung des ÖV-Anteils bedroht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu das Wort? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Das Problem das ich mit dieser Resolution schlichtweg habe ist, daß ich mich frage, warum diese Resolution nicht im letzten Kommunalausschuß besprochen worden ist. Ich denke mir, das Thema ist schon sehr oft eines gewesen, diese Quersubventionierung, daß diese in der EU nicht mehr halten wird, haben wir schön öfters im Rahmen von aktuellen Stunden abgesprochen. Ich kann mich auch an einige Kommunalausschußsitzungen erinnern wo ich das unter dem Punkt „Allfälliges“ gebracht habe, wo ich auch von ihnen, Herr Eichhübl, unterstützt worden bin, wo sie das bestätigt haben, da muß man einmal etwas tun. Ich denke mir, wenn ich mir das jetzt so ansehe, glaube ich nicht daß es möglich ist, sich innerhalb von 5 Minuten das durchzulesen und zu wissen, aha, was steht überhaupt in dieser neuen, geplanten EU-Verordnung drinnen. Ich, als Mandatar, möchte mich eigentlich, bevor ich etwas beschließe, mich mit einer Materie auseinandersetzen. Das ist bei diesem Antrag, wie jetzt, schlichtweg nicht möglich.

Der andere Punkt ist, daß ich schon sagen muß, ich verstehe jetzt nicht ganz worum es geht. Und zwar deshalb, wenn ich es richtig verstanden habe, dann geht es hier um eine Resolution, daß wir uns dafür einsetzen, nämlich eine Resolution an den Bundeskanzler richten, daß die Kommunen weiterhin von der verpflichtenden Ausschreibung des städtischen ÖPNV ausgenommen werden. Einen Antrag vorher hat die F noch gefordert, wir müssen diesen privaten Shuttledienst machen, wir müssen das ausschreiben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das eine ist verpflichtet, das andere ist freiwillig. Da ist ein Unterschied.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es steht der Kommune frei nach wie vor Leistungen auszuschreiben, aber es ist nicht verpflichtend EU-weit auszuschreiben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aha gut. Aber zuerst haben sie betont sie wollen das ausschreiben, jetzt wollen sie das nicht so ausschreiben. Man kann, aber man muß nicht. Ich glaube auch, man kann einen solchen Dringlichkeitsantrag einbringen, man muß aber nicht. Man kann ihn vorher ordentlich in den jeweiligen Gremien beraten, damit die Leute auch wissen wofür oder wogegen sie stimmen. Ich halte es für eine Verpflichtung der Mandatare, sich über ein Thema genau zu informieren, bevor sie etwas beschließen oder nicht beschließen. Das ist der Punkt, der mir hier herinnen schlichtweg fehlt. Ich frage, wer von ihnen kann wirklich sagen, da kann ich meine Zustimmung geben oder da kann ich

mich enthalten oder da stimme ich dagegen. Wer von ihnen kann das wirklich ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das sind aber nicht viele.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Frau Kollegin Frech, ich kann es. Ich glaube, alle die im Kommunalausschuß tätig sind können das auch. Das Thema ist nichts Neues. Das haben wir ja des Öfteren schon diskutiert. Nicht nur im Kommunalausschuß sondern auch schon auf breiterer Ebene. Diese Entwicklung, wenn das so umgesetzt werden würde, würde für die Kommunen schon große Probleme bringen. Das wissen wir genau. Also, ich bin da nicht so empfindlich, weil diese Resolution nicht im Kommunalausschuß vorbereitet oder diskutiert worden ist. Ich habe da kein Problem damit. Wenn wir es gemacht hätten, dann hätten wir vielleicht sogar einen einheitlichen Antrag stellen können oder zumindest aus unserer Sicht, von unserer Fraktion werden wir dieser Resolution die Zustimmung geben, weil es hier keine parteipolitische Angelegenheit ist sondern weil uns das insgesamt, als Kommune für den öffentlichen Verkehr, betrifft. Also, wir werden dieser Resolution die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, ich habe schon eine Begründung warum das Liberale Forum jetzt mit dieser Resolution Probleme hat. Denn dieses Begehren, das von der EU-Kommission ausgeht und in den letzten Monaten wieder verstärkt in die Debatte eingebracht worden ist, ist natürlich ein Liberalisierungs- und Deregulierungsschritt der vielleicht dem Liberalen Parteiprogramm entspricht aber sicher nicht unseren Vorstellungen wie in Zukunft städtische Kommunen Verkehrsbetriebe führen. Ich kann für meine Fraktion sagen, ich kenne dieses Problem. Wir haben uns auch damit auseinandergesetzt und ich begrüße diese Resolution außerordentlich und wir werden sie auch unterstützen. Nicht nur weil die Qualität der Verkehrsbetriebe, das hat ja der Kollege StR Eichhübl schon ausgeführt, davon betroffen sein kann. Insbesondere französische oder ein französisches Unternehmen drängt da sehr stark in diesen Markt herein. Es gibt ein weiteres Problem, das die Arbeitnehmer betrifft, nämlich dieses Unternehmen unterbietet so durchschnittlich unter 30 % die kollektivvertraglichen Regelungen und aus diesem Grund gilt für uns, daß beim öffentlichen Nahverkehr der Bestbieter und nicht der Billigbieter zum Zug kommt und nicht immer

nur das scheinbar Billigste.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine weiteren Wortmeldungen. Also, ich persönlich muß sagen, ich stimme dem Antrag deswegen ganz besonders gerne zu, weil ich in einem Papier der Freiheitlichen Fraktion lesen darf daß steht: In England, Schweden und Dänemark hat dieser freie Wettbewerb bereits zu einer Verminderung des Netz- und Fahrplanangebotes geführt. Profitable Linien sind von einigen wenigen - zumeist französischen Unternehmen - heiß umkämpft, weniger frequentierte Linien liegen brach. Es geht auch auf der nächsten Seite noch schön weiter. Das ist eigentlich in Wirklichkeit eine neue Tonlage, die ich aber sehr begrüße und natürlich auch gerne unterstütze.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung. 2 (LIF + GR Hack). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben heute, meine Damen und Herren, 17,450.400,-- Schilling mit unseren Beschlüssen ausgegeben bzw. zur Kenntnis genommen.

„Aktuelle Stunde“. SPÖ? Kein Thema. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP? Kein Thema. Grüne? Kein Thema. Frau Frech bitte? Kein Thema.

Danke. Ich bedanke mich für die Mitwirkung. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 21.33 Uhr

Der vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

Die protokollführer: die protokollprüfer:

OAR Anton Obrist eh. GR Kurt Apfelthaler eh.

Gabriele Obermair eh. GR Martin Fiala eh.